



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

AUSGABE 2/2014

8. Jahrgang

ISSN 1869-1684

»ISLAMISCHER STAAT«

Gekommen
um zu bleiben?

INDIEN

Unbekannte Größe
Narendra Modi

www.adlas-magazin.de

SCHWERPUNKT

ABC
Bedrohung für
Massen

Publikation für den





»The threat of global nuclear war has gone down, but the risk of a nuclear attack has gone up.«

US-Präsident Barack Obama in einer [Grundsatzrede am 5. April 2009 in Prag](#)

Lange sah es so aus, als ob wir auf dem besten Wege wären, die drei von Menschenhand geschaffenen Reiter der Apokalypse – A-, B- und C-Waffen – wieder in die Büchse der Pandora zu verbannen. Biologische Waffen wurden bereits 1971 international geächtet und spielten, zumindest in der breiten öffentlichen Wahrnehmung, keine besonders bedrohliche Rolle mehr. Das Ende des Kalten Krieges läutete ab 1992 mit der Übereinkunft über das Verbot chemischer Waffen auch das Ende dieser Variante des massenhaften Tötens ein, und spätestens mit dem Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama 2009 schöpften auch die Atomwaffengegner wieder Hoffnung auf ein baldiges »global zero«.

Doch der Abgesang auf existentielle Gefahren aus Biologie, Chemie und Physik kam offenbar zu früh. Der Einsatz von Sarin durch Assad-treue Kräfte im syrischen Bürgerkrieg mit hunderten Toten zeigte, dass die roten Linien, die einen Einsatz dieser eigentlich »uneinsetzbaren Waffen« verhindern sollen, unter bestimmten Umständen ziemlich farblos werden können. Und das auch nach der Entsorgung des C-Waffen-Programms Syriens weiterhin Menschen durch chemische Kampfstoffe zu Tode kamen, beweist nur eines: Das Ende eines Rüstungskomplexes für Massenvernichtungswaffen schafft diese noch lange nicht aus der Welt.

Auch die Gefahr durch biologische Agenzien ist heute keineswegs gebannt. Hochgefährliche Viren – ob aus dem Labor oder dem Schoß von Mutter Natur – sind, trotz des Verbots von Biowaffenforschung, weltweit für immer mehr Akteure erreichbar und setzen so internationale Experten und Verantwortliche unter zunehmenden Handlungsdruck. Trotzdem bleibt das globale Vorsorgetnetz (immer noch) Stückwerk.

Und auch alle Träume von »global zero« sind vorerst wohl ausgeträumt: Angesichts der zunehmend konfrontativen Entwicklung der Beziehungen zwischen den Nuklearmächten scheint eine Abkehr von dem wohligen Sicherheitsgefühl, das die »mutually assured destruction« offenbar immer noch bietet, wieder in weitere Ferne zu rücken.

Es lohnt also, sich wieder einmal mit nuklearen, biologischen und chemischen Bedrohungen auseinanderzusetzen – auch und gerade, weil wir sie bereits als eingehgt und (fast) überwunden wähten. Denn die Welt hat sich seit dem »Ende der Geschichte« weiter gedreht und neue Bedrohungskonstellationen geschaffen, denen unsere Schutzmechanismen aus vergangenen Zeiten möglicherweise nicht mehr voll gewachsen sind. Der »Islamische Staat« etwa, dem wir in diesem Heft ein eigenes Dossier widmen, kontrolliert seit kurzem ehemalige irakische Produktionsstätten für C-Waffen. ●●●

Ihre ADLAS-Redaktion

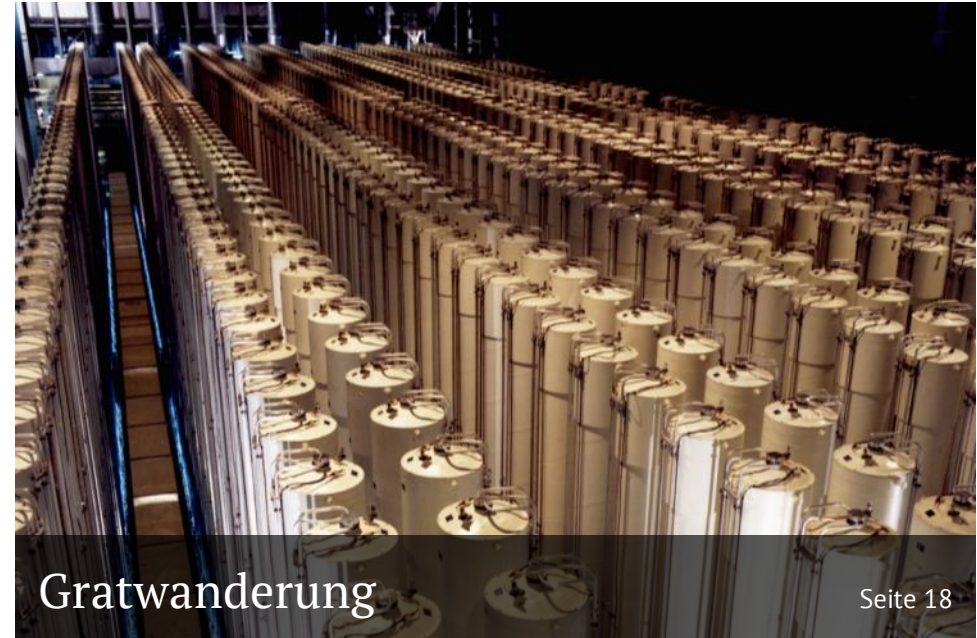
INHALT

SCHWERPUNKT: ABC

- 6 BIOSICHERHEIT I: **Natur, Terror und Wahrscheinlichkeiten**
Die Weltgemeinschaft tut viel, um sich gegen die Bedrohung aus dem Reagenzglas zu schützen, doch Projekte und Regime sind nur Stückwerk.
- 13 BIOSICHERHEIT II: **Last der Verantwortung**
Forschung schafft Gutes, aber auch Gefahr. Wissenschaftler müssen sich fragen, ob ihre Arbeit wirklich nur Nutzen bringt.
- 17 NOTIZ: **Hydrolyse für den Frieden**
- 18 NUKLEARE PROLIFERATION: **Der schmale Grat**
Der Schritt von ziviler Kernkraft zu militärischer Atommacht ist nur ein kleiner. Löst der Ausstieg das Dilemma?
- 25 KOMMENTAR: **Katastrophe in Warteschleife**
Eine Geschichte von Unfällen zeigt, dass Atomwaffen tickende Zeitbomben sind. Auf den roten Knopf muss niemand mehr drücken.

DIE WELT UND DEUTSCHLAND

- 30 ISLAMISCHER STAAT I: **Beim Barte des Kalifen**
Die Terrormiliz »IS« hat viele Namen. Mit der Wiedererrichtung des Kalifats betritt sie nun dschihadistisches Neuland.
- 36 ISLAMISCHER STAAT II: **Die Revolution frisst ihre Eltern**
Der Aufstieg des »IS« ist eine Folge regionaler Konfliktlinien und einer einzigartigen Fähigkeit zur eigenständigen Finanzierung.



Gratwanderung

Seite 18



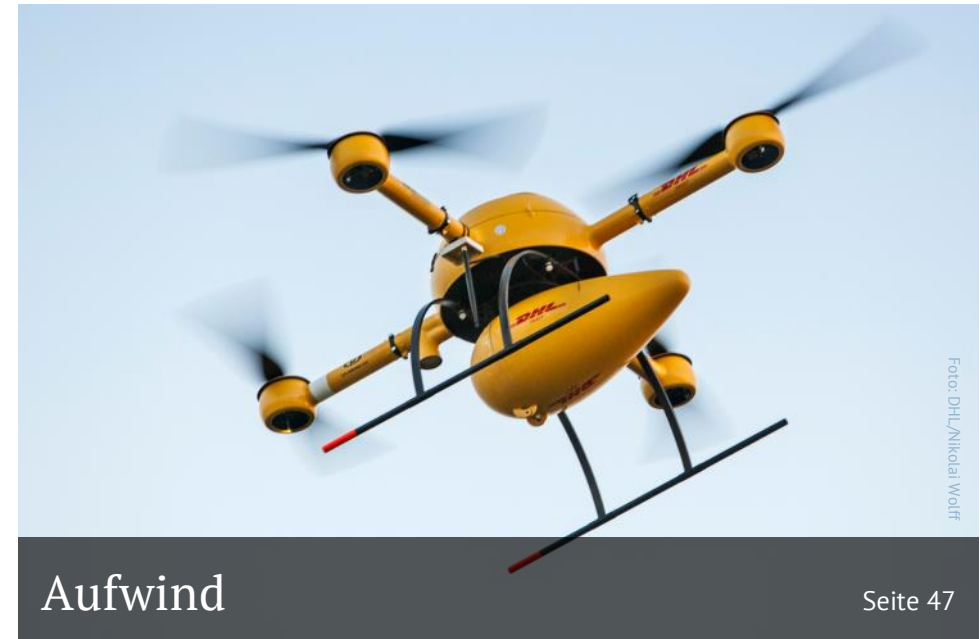
Erfolgspfad

Seite 29

INHALT

- 43 ISLAMISCHER STAAT III: **Der Newcomer**
Das »Kalifat« in Syrien und Irak etabliert sich dank akribischer Regierungsführung und guter Vernetzung.
- 47 UNBEMANNTEN LUFTFAHRZEUGE: **Schwerter zu Flugscharen**
Nach dem Militär entdeckt nun auch die zivile Luftfahrt »Drohnen« für sich. Die Behörden mühen sich, damit Schritt zu halten.
- 52 SCHUTZVERANTWORTUNG: **Fortschritt oder Feigenblatt?**
An der »Responsibility to Protect« scheiden sich die Geister.
- 55 KONFLIKTURSACHEN: **Eine Frage der Prioritäten**
Als Hindunationalist und Wirtschaftsreformer polarisiert Indiens neuer Premierminister Narendra Modi die Gesellschaft.
- 60 ACHSE BERLIN-PARIS: **Ist das Tandem auf Kurs?**
Mehr Verantwortung, mehr Kooperation? Eine Bestandsaufnahme der deutsch-französischen Militärszusammenarbeit

- 2 EDITORIAL
- 3 INHALT
- 22 WELTADLAS I
- 34 WELTADLAS II
- 64 LITERATUR
- 66 IMPRESSUM UND AUSBLICK



BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,

wussten Sie schon, dass Sie sich durch den *ADLAS* nicht nur blättern, sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal klicken** können? Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen »Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.

Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren:

Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.

Am Ende eines jeden Beitrags finden Sie die Text-Endzeichen ••• oder einen Autorennamen. Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!



Tief im Bauch des US-Schiffs »Cape Ray« wurden kürzlich die Lagerbestände des syrischen Chemiewaffenprogramms erfolgreich unschädlich gemacht – auf hoher See irgendwo zwischen den Badestränden Griechenlands, Italiens und Tunesiens. Vorausgegangen war dem eine überraschende Wiederkehr dieser überwunden geglaubten, »uneinsetzbaren« Waffen im Bürgerkrieg in Syrien. Doch ebenso wie für chemische gilt auch für biologische und atomare Bedrohungen: Nur weil man sie im Alltag erfolgreich verdrängt, hören sie nicht auf, zu existieren.

Foto: US Army/todd Lopez



NATUR, TERROR UND WAHRSCHEINLICHKEITEN

VON MICHAEL SUMMERER

Die ältesten Massenvernichtungswaffen der Menschheit sind seit Mitte der 1970er Jahre geächtet. Doch das Verbot staatlicher Biowaffenprogramme weist Lücken auf, und asymmetrischer Bioterror wurde 2001 grausame Realität. Experten sehen das Risiko durch Biowaffen sogar stetig steigen – schon jetzt experimentieren Terrorgruppen mit gefährlichen Erregern. Zwar tut die Weltgemeinschaft deshalb viel, um »biologische Sicherheit« herzustellen, doch Gelder, Projekte und Regime sind nur Stückwerk.

James Clapper, der nationale Geheimdienstkoordinator der USA, bekräftigte Anfang 2014 mit klaren Worten eine Warnung britischer Experten vor den Gefahren des syrischen Biowaffenprogramms. Diese hatten zuvor gemahnt, die biologische Bedrohung über die Bekämpfung der syrischen Chemiewaffen nicht zu vernachlässigen – insbesondere, da terroristische Gruppierungen die unübersichtliche Situation im Land ausnutzen und sich in den Besitz dieser Waffen bringen könnten.

Nur wenige Monate später: Der »Islamische Staat« (IS), ehemals bekannt als der mit al-Quaida assoziierte ISIS und dringend verdächtig, nach Massenvernichtungswaffen zu streben, dringt nahezu ungebrems in Syrien und Irak vor. Erste ehemalige +

Chemiewaffenlager des Assad-Regimes konnte er bereits erobern. Die Bedrohung scheint realer geworden zu sein und ist auch räumlich näher an uns herangerückt. Seit gut einem Jahr verteidigen

Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen« (BWÜ) eingeschränkt. Es schließt damit

Osten, keine BWÜ-Vollmitglieder. Brisante Beispiele sind Ägypten, Israel – und eben Syrien.

Entscheidender ist, dass beim Vertragsdesign im Kalten Krieg kein starkes Verifikationsregime durchsetzbar war. Jeder Staat gibt selbst über seine Vertragstreue Auskunft, das Ahnden von Verstößen wird komplex ausgehandelt. Erst seit 2006 gibt es ein, ganze drei Personen starkes, Sekretariat, das aber keine eigenen Kontrollen durchführt, sondern lediglich die nationalen Angaben verwaltet. Die +

WELCHE BEDROHUNGSSZENARIOEN SIND REAL, WELCHE ÜBERHAUPT BEDEUTEND?

»Patriot«-Staffeln mehrerer Nationen den türkischen Luftraum in Richtung Syrien. Unter ihnen sind auch bis zu 400 deutsche Soldatinnen und Soldaten. Allerdings gilt bei einer so komplexen Waffenart wie Biowaffen, dass zwischen Einsatzmöglichkeit, Einsatzwille und tatsächlichem Einsatz erhebliche Hürden liegen. Experten debattieren daher seit Jahrzehnten darüber, wie schwerwiegend die biologische Bedrohung durch nicht-staatliche Akteure tatsächlich ist. Welche Szenarien sind realistisch? Welche bedeutend? Und was kann getan werden, um der biologischen Gefährdung »biologische Sicherheit« gegenüberzustellen?

Weltweit haben Institutionen, die biologische Gefährdungen bekämpfen, grundsätzlich drei Risiken vor Augen: Die unabsichtliche Freisetzung gefährlicher Agenzien, den bewussten Missbrauch hochansteckender, tödlicher Erreger und Toxine sowie die biologische Kriegsführung durch Staaten. Trotz des Tabubruchs durch den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien gilt gerade letzteres als mögliches, aber heutzutage unwahrscheinlichstes, Szenario.

Staatliche Biowaffenprogramme wurde mit dem 1975 in Kraft getretenem »Übereinkommen über das

Lücken des Genfer Protokolls von 1925 und ist laut Auswärtigem Amt »der erste multilaterale Vertrag, durch den eine Waffenart in ihrer Gesamtheit geächtet wurde.«

Möglich wurde dies nicht zuletzt, weil weltweit Militärs nach den Erfahrungen in beiden Weltkriegen und angesichts »besserer« Alternativen bereitwillig auf diese Waffenart verzichteten. Denn Biowaffen eigneten sich nicht für den industrialisierten Krieg. Lagerung, Transport und räumlich und zeitlich begrenzter Einsatz unter Eigenschutz sind meist zu aufwendig. Zudem können je nach eingesetztem Wirkstoff UV-Strahlung oder die Hitze von Gefechtsköpfen die Wirkung behindern, der Wind ihn gegen eigene Truppen und Bevölkerung richten oder unvorhergesehene Gegnerbewegungen eine Krankheitsübertragung verhindern.

Während Nuklearwaffen und chemische Mittel wie »Agent Orange« zunächst weiterhin in den Arsenalen verblieben, schien die Bedrohung durch Biowaffen eingedämmt. Doch das Verbot weist mehrere Schwachstellen auf. So sind trotz andauernder Verhandlungen und 170 Beitritten über 30 Staaten, insbesondere aus Afrika und dem Nahen und Mittleren

Ein Begriff, viele Interpretationen

»Biosicherheit« ist ein deutsches Kunstwort, entstanden aus den englischen Begriffen »biosafety« und »biosecurity«. Diese beschreiben den Sachverhalt eigentlich präziser, denn überspitzt bedeutet Ersteres »preventing the bug from getting to the man« – also den Menschen vor gefährlichen Viren zu schützen, während Letzteres den Menschen vom Zugriff auf gefährliche Viren fernhalten soll: »preventing the man from getting to the bug«. Es geht in der deutschen Variante also sowohl um den Schutz vor unbeabsichtigter Freisetzung als auch um den Missbrauch gefährlicher biologischer Agenzien.

Zur Verwirrung trägt bei, dass auch andere Arbeitsgebiete den Begriff in ihren Kontexten – mit anderer Bedeutung versehen – verwenden. So bedeutet »biosecurity« beispielsweise in vielen Staaten auch den Schutz heimischer Flora und Fauna vor Fremdkörpern aus anderen Ländern. Und auch das Bundesforschungsministerium spricht von »Biosicherheit« – um auf die Gefahren der Gentechnik in Pflanzen hinzuweisen.

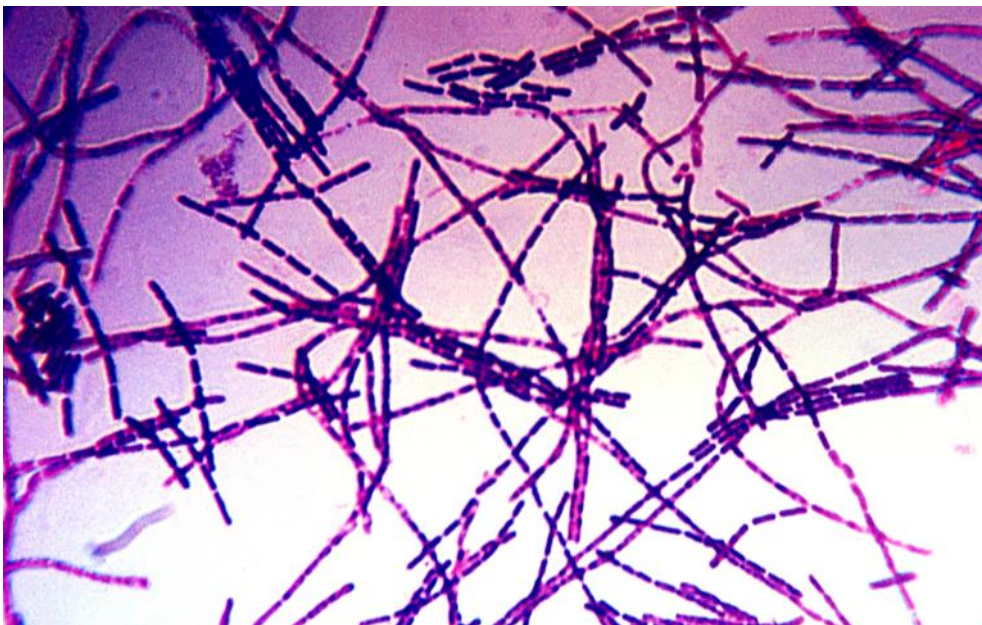
wiederum kommen nur unregelmäßig: 2010 wurden beispielsweise weniger als die Hälfte vorgelegt. Dass sich daran mittelfristig etwas ändert ist unrealistisch. Nur alle fünf Jahre – zuletzt 2011 – entscheiden die Mitglieder über Vertragsanpassungen. Gegen strukturelle Veränderungen, gefordert unter anderem von den EU-Staaten, gibt es Fundamentalopposition: »Die USA und Kanada vertreten die Ansicht, dass das BWÜ nicht verifizierbar sei«, so Volker Beck, Berater des Auswärtigen Amtes. Der Vertrag sei zwar eine wichtige Grundlage für die Beseitigung biologischer Waffen, der praktische Beitrag aber begrenzt.

Ein entscheidender Grund dafür ist das Herzstück des BWÜ, das »allgemeine Zweckkriterium«.

Es hält die Übereinkunft auch nach jahrzehntelangem Forschungsfortschritt relevant, da der nicht-friedliche Einsatz biologischer Agenzien generell verboten ist. So müssen keine aufwendig geführten, international abgestimmten Listen von Kampfstoffen aktuell gehalten oder zukünftige Entwicklungen vorausgesehen werden. Entscheidend ist der, fahrlässige oder absichtliche, Wille, anderen mit biologischen Agenzien zu schaden. Einen solchen zweifelsfrei nachzuweisen, idealerweise noch vor einem bevorstehenden Einsatz, damit dieser präventiv verhindert werden kann, ist allerdings eine gewaltige Herausforderung. Und Abwehrforschung gilt als erlaubt – fleißige Forscher sind beispielsweise die BWÜ-Staaten USA und Nordkorea, aber auch der

Bundeswehr attestierten Experten des Bundesumweltamts 2001 umfassende Arbeiten in dem Bereich. Dabei zeigten sich die Militärs laut den Experten »ignorant gegenüber der Zweischneidigkeit der biologischen Abwehr«, denn wer präventiv an Impfstoffen oder Übertragungswegen für gefährliche Erreger forscht, lernt diese auch selbst einzusetzen. Dieses Schlupfloch ist damit eines der Grundprobleme des BWÜ, zumal jede neue Entdeckung das bisher ablehnende Kalkül der Militärs gegenüber Biowaffen wieder ändern könnte. Dass viele Experten angesichts dieser Herausforderungen eine objektive Implementationsinstitution, die Kontrolle von und Lobbying gegen Biowaffen unabhängig stärkt, anstreben, ändert nichts an der zähen internationalen Interessenlage. Viele Staaten investieren daher lieber gleich in andere Wege, um biologische Risiken zu reduzieren.

Die Terroranschläge in den USA im Jahr 2001 bestärkten die Verfechter dieser Denkart. Mehrere Personen erlitten damals durch Anschläge mit Anthrax-Briefen gefährliche Infektionen, fünf Menschen starben. Trotz kleiner Opferzahlen war die psychologische Wirkung groß. Dass der angebliche Täter samt Tatwaffe aus einem staatlichen Labor der US-Armee stammte, änderte daran nichts: Nur Wochen nach den traumatischen Terroranschlägen von »9/11« waren viele US-Bürger in Sorge, durch unsichtbare Erreger und Toxin im Alltag nahezu überall zum Opfer werden zu können. »Bioterrorismus« war Teil der asymmetrischen Bedrohungen geworden, »biologische Sicherheit« das neue Ziel. William First, damals Mehrheitsführer im US-Senat, verkündete 2005 gar: »die größte existenzielle Bedrohung in der Welt ist heutzutage biologisch«. Ein +



Unsichtbare Killer für Briefbomben:
Zellen des *Bacillus anthracis* in 800-facher Vergrößerung

Foto: Centers for Disease Control and Prevention

Bioterroranschlag in den nächsten zehn Jahren schien ihm geradezu unvermeidlich. Das BWÜ, fokussiert auf staatliche Waffenprogramme und ohne Präventivmaßnahmen konzipiert, trat vor dieser neuen Bedrohungslage in den Hintergrund.

Mit dem Abklingen der unmittelbaren Anthrax-Hysterie bildeten sich in der Folge zwei Lager. Einige Experten, beispielsweise des »WMD Terrorism Research Center« oder das langjährige Mitglied des US Defense Science Board, der Molekularbiologe und Medizinnobelpreisträger Joshua Lederberg, beteuerten, dass bereits geringe Kapazitäten für verheerende Wirkungen ausreichen. Sie warnten, entschlossene Kleingruppen könnten problemlos Biowaffen von einer Schlagkraft produzieren, die zuvor nur Nationalstaaten zur Verfügung gestanden hätten. Andere Fachleute rieten zur Mäßigung. Dem-

So missglückte der Anschlag der japanischen »Aum Shinrikyo«-Gruppe Mitte der 1990er Jahre und Experimente von al-Quaida mit Anthrax in Albanien, Rizin im Jemen und der Pest in Algerien blieben glücklicherweise fruchtlos. Doch nach 9/11 schien, wie bei Flugzeugattentaten auch, die Büchse der Pandora geöffnet. Bioterrorismus wurde als »Low probability, high impact«-Szenario mit hohen psychologischen Auswirkungen eingestuft.

Um dem Risiko möglichst unmittelbar zu begegnen, setzten die USA nach 2001 auch hier auf eine Abkehr vom langwierigen Multilateralismus. Sie investierten, neben dem Heimatschutz, vor allem in bilaterale Kooperation und flexible Foren außerhalb des BWÜ. Kanada, Großbritannien und andere folgten dem Vorbild. Hier konnten sie ihre Machtressourcen gezielt ausspielen, um mehr Gestaltungs-

Kooperation auch die oft eher einseitig ausgelegte »Transparenz« über die einschlägigen staatlichen Aktivitäten, beispielsweise durch die Förderung nationaler Referenzlabors oder staatlicher Stellen zur Forschungscoordination.

Die bilateralen Einzelprojekte führten allerdings zum Ausfasern des weltweiten Engagements und zur Öffnung für Partikularinteressen. Die Biosicherheit wird so zwar gefördert. Der Einfluss, die Kontakte und die Einsichten, welche zumeist finanzkräftige Unterstützungsvorhaben in Umsetzungsländern mit sich bringen, verbleiben aber bei den jeweiligen Geberstaaten. Sie kommen nur mittelbar einem globalen Regime zur Biosicherheit zu Gute, dem eine eigene, möglichst unabhängige Umsetzungsorganisation durchaus mehr Schlagkraft verleihen könnte. Es entsteht ein verzweigtes Sicherheitsnetz, dessen

DIE BILATERALEN EINZELPROJEKTE FÜHRTEN ZUM AUSFASERN DES WELTWEITEN ENGAGEMENTS UND ZUR ÖFFNUNG FÜR PARTIKULARINTERESSEN.

nach könnten – wenn überhaupt – nur extrem aufwendige Biowaffenprogramme die gezeichneten Schreckensszenarios Realität werden lassen. Der gezielte Einsatz von Agenten, die hochansteckend, gleichzeitig tödlich und zudem in ausreichender Menge und konzentrierter Form am richtigen Ort verfügbar sein müssten, sei für nicht-staatliche Akteure kaum zu bewerkstelligen. Gescheiterte Versuche terroristischer Gruppen, Anthrax und andere Erreger derart kontrolliert zum Einsatz zu bringen, würden dies belegen.

spielraum gegenüber einzelnen Staaten geltend zu machen. Ein Ziel scheint dabei zu sein, nicht nur die Staaten an sich, sondern auch die häufig nicht-staatliche Wissenschaft in Abrüstungsregime einzubinden. So wirken die zahlreichen Einzelprojekte wie der Versuch, dem jeweiligen Partner die gewünschten Präventions- und Reaktionsverfahren gezielt »hinzufördern«. Bioterror, aber auch unbeabsichtigte Biokatastrophen sollen bereits »vor Ort« verhindert werden und gar nicht erst die eigene Bevölkerung erreichen. Ganz nebenbei fördert diese

Knoten nicht zentral geknüpft werden. Allein die USA starteten drei prominente Initiativen.

Die »Global Health Security Initiative« (GHSI) brachte als Austauschforum kurz nach den Anthrax-Briefen die Europäische Kommission und Gesundheitsministerien vieler Industriestaaten zusammen. Es folgte die »Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -Materialien« der ehemaligen G8-Staaten. In der 2002 durch deutsch-russische Initiative entstandenen, mehrfach erweiterten Gruppe stand ursprünglich die +

atomare und chemische Abrüstung Russlands im Vordergrund. Auf Drängen der USA wurden aber zunehmend Biosicherheitsprojekte realisiert, bis 2012 unter US-Vorsitz gar eine informelle Arbeitsgruppe zur Koordination der jeweils nationalen Engagements entstand. Anders als in der GHSI sind in dieser die klassischerweise mit Abrüstung betrauten Ressorts Außen und Verteidigung tonangebend, die in der Regel deutlich finanzkräftiger als andere Ressorts mit Projekten im Ausland agieren.

Nahezu alle Politikbereiche sind wiederum in der 2014 initiierten »Global Health Security Agenda« eingebunden. Der Grund: Das Weiße Haus und der Nationale Sicherheitsrat zogen das Thema an sich und erhoben es zur hohen Politik. Durch die tödliche Bedrohung grenzüberschreitender Pandemien wie SARS in den Jahren 2002 und 2003, der »Schweinegrippe« H1N1 2009 und neuere Krankheiten, wie dem MERS-Coronavirus in Nahost, sind die gesundheitliche Prävention, Detektion und Reaktion mittlerweile sicherheitsrelevante Themen für die US-Administration und werden entsprechend prioritär behandelt. Zwei Gründe werden für die Initiative genannt, für die erneut zahlreiche internationale Partner durch hochrangige Gespräche gewonnen wurden und die US-Gesundheits-, Außen- und Verteidigungsressorts allein 2015 45 Millionen US-Dollar kosten wird: die erwähnten Epidemien und Pandemien sowie die schleppende Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV).

Beides sind fachlich sinnvolle Argumente – mehr jedoch aus Gesundheitssicht, als für Sicherheitsprogramme. Tatsächlich tragen die IGV viel zur biologischen Sicherheit bei. Die völkerrechtlich bindenden Vorschriften der WHO regeln seit 1969 ei-

Bemühung um Kohärenz: Anlässlich des Starts der »Global Health Security Agenda« am 13. Februar 2014 in Washington, D.C., spricht die damalige US-Gesundheitsministerin Kathleen Sebelius. Neben ihr Thomas Frieden, Direktor der »Centers for Disease Control and Prevention«

Foto: US Department of Health and Human Services



gentlich die Bekämpfung von Infektionskrankheiten. Seit einer Überarbeitung 2005 beeinflussen sie aber auch das Vorgehen bei chemischen und biologischen Bedrohungslagen, egal ob natürlich, durch Unfälle oder absichtlich hervorgerufen – also explizit auch bei Bioterror. Denn für Gesundheitssektor und Katastrophenschutz ist das Vorgehen bei natürlichen und intentionalen Biobedrohungslagen – bis auf Forensik und Strafverfolgung – sehr ähnlich.

Die WHO trägt dieser gewachsenen Verantwortung durch die Einrichtung und Regulierung des Bereichs »Health Security« selbstbewusst Rechnung. Dass mancher Sicherheitsexperte hier gerne mehr Einfluss hätte, liegt auf der Hand. Ein Vehikel dafür ist, dass die bis 2012 anvisierte Umsetzung der Kernkapazitäten in allen Vertragsstaaten sich schnell als überambitioniert herauskristallisierte. Noch Mitte 2013 beantragten 115 Staaten eine

Fristverlängerung bei der WHO. Sicherheitspolitisch motivierte Akteure sprangen daher bereits vielfach bei: Projekte im Rahmen der »Globalen Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -Materialien« oder jene der EU, die seit 2009 nationale »CBRN Centres of Excellence« in Afrika, Asien und Osteuropa fördert, beziehen sich seit langem oftmals auf die IGV.

So wichtig weitere Unterstützung also grundsätzlich ist, besteht hier sowohl das Potenzial einer weiteren Doppelung von Strukturen als auch die Gefahr, dass unter dem Schlagwort der Biosicherheit alle möglichen Gesundheitsthemen umfassend »versicherheitlicht« werden. Dass insbesondere Letzteres wohl auch Gründe in der kurz- bis mittelfristigen US-Innenpolitik hat, die derzeit nicht in allen Wählerschichten mit ihrer Gesundheitspolitik punkten konnte, darf vermutet werden. Doch egal +

wieso: Beides würde den Biosicherheitsbemühungen nachhaltig schaden, für die eigentlich eine gleichberechtigte, transparente und dauerhafte Koordination von Außen-, Sicherheits-, Forschungs- und Gesundheitspolitik nötig ist.

Denn biologische Sicherheit lässt sich nicht alleine durch Verbotsregime, die klassischen Sicherheitsakteure und -entscheider und lose koordinierte

ckendem Pandemievirus H1N1 von 2009 gekreuzt – ein Horrorszenario, insbesondere, da es Fouchier mit relativ einfachen Mitteln gelang. Zwar infiziert das Virus aktuell keine Menschen, die an Versuchen mit Frettchen erarbeiteten Mechanismen erlauben aber weitere Schritte in diese Richtung. Wie verunsichernd die Entdeckung ist, zeigt der Umgang mit der Arbeit: Erstmals in ihrer Ge-

icherheit, nutzte den Anlass, um auf einen grundsätzlichen Fehler im Vorgehen hinzuweisen: Verbieten und Verdrängen löse die Herausforderungen nicht. Denn der Fortschritt und vor allem die Verbreitung von Wissen habe zu viele Vorteile und lasse sich in der Praxis effektiv nicht verbieten. Um dennoch Terroristen nicht in die Hände zu spielen, gibt es einen simplen, aber effizienten

WIE PROBLEMATISCH ES SEIN KANN, ZU LÖSUNGEN ZU KOMMEN, ZEIGT DIE STAGNATION DES BIOWAFFEN-ÜBEREINKOMMENS.

Einzelprojekte herstellen. Dafür werden die Herausforderungen – auch jenseits etwaiger staatlicher Waffenprogramme – in Zukunft viel zu groß. Denn es ist der transparente Fortschritt der global vernetzten Naturwissenschaften, der bislang verborgenes, hochkomplexes oder gut gehütetes Wissen für immer mehr Menschen zugänglich – zum Teil sogar direkt online abrufbar – macht. Gepaart mit einer marktorientierten Biotechnikbranche werden schwer zu handhabende Gefahrenstoffe zunehmend auch für Durchschnittsverbraucher beherrschbar. Was manche Experten nach 2001 direkt befürchteten, wird heute Stück für Stück realer.

Dabei sind spektakuläre Fortschritte, wie sie jüngst zwei unabhängigen Forscherteams um Ron Fouchier und Yoshihiro Kawaoka gelangen, selten. Die in Amsterdam beziehungsweise Wisconsin forschenden Virologen hatten 2011 die Gene des oft tödlich wirkenden, aber nur schwer übertragbaren Vogelgrippevirus H5N1 mit dem hochanste-

schichte verbot das amerikanische »National Science Advisory Board for Biosecurity« die Veröffentlichung der Ergebnisse. Man wollte Bioterroristen keine Blaupause liefern.

Allerdings waren Teilergebnisse bereits zuvor auf Konferenzen vorgestellt worden. Ein ganz normaler Vorgang in der Welt der Wissenschaft. Denn wer forscht, tauscht sich – oft global – mit anderen aus, holt sich Rat und Bestätigung. Zudem forderte die wissenschaftliche Gemeinschaft Zugang zu den Ergebnissen, denn nur dadurch können auch Impfstoffe und Abwehrmechanismen erforscht werden. Das war auch die Intention von Fouchier und Kawaoka. Die Forscher setzten sich schließlich durch. Ende 2012 wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Eine Bioterror-Katastrophe ist dennoch nicht zu befürchten. Zu groß ist die Aufmerksamkeit in der Fachwelt für diese spezielle Grippevirusart.

Alexander S. Kekulé, Forscher und Berater der Bundesregierung in Fragen der Biologischen Si-

Weg: Um dennoch Terroristen nicht in die Hände zu spielen, gibt es einen simplen, aber effizienten Weg: Die oft auf ihr Thema, auf den Wissensgewinn konzentrierte Experten müssen sich bereits präventiv stärker für eventuellen Missbrauch sensibilisieren lassen, ein bedachterer Umgang mit Ergebnissen muss gefördert und eingefordert werden. Denn generell ist das Verständnis vieler Forscher für Beschränkungen durch Sicherheitsakteure noch gering. Ein entscheidender Grund dafür ist, dass die Aufklärung über die Risiken der »dual use«-Problematik wissenschaftlicher Erkenntnis weltweit – auch in Deutschland – selten fixer Teil des Lehrplans ist. Diese Nicht-Beschäftigung fördert indirekt den Glauben, dass nur das gefährlich sei, was die Anderen tun und öffnet dem Missbrauch Tür und Tor.

Gerade Aufklärung, das Schaffen eines Bewusstseins für umsichtige Forschung, ist aber eines der schärfsten Schwerter im Kampf um weltweite Biosi- +

cherheit. Denn die Missbrauchsmöglichkeiten werden wachsen. Im Laufe der letzten Jahre akzeptieren aber mehr und mehr Sicherheits-, Gesundheits- und Bioexperten ihre gegenseitige Abhängigkeit, die ebenfalls weiter wachsen wird. Sie arbeiten täglich abseits von großen staatlichen Abrüstungsregimen an der Schaffung von Transparenz und Vertrauensbildung. Seit 2008 weisen beispielsweise deutsche Forschungsinstitute und Biounternehmen in Verhaltenskodizes verstärkt auf die »dual use«- Problematik hin. Damit wird den Kollegen aus Großbritannien und den USA, die schon um 2001 in diesem Feld aktiv wurden, spät gefolgt. Der gereifte Diskurs vermeidet aber manche Überregulierung und erlaubt kooperativere Lösungen statt einseitiger »Versicherheitlichung«. So forderte der »Deutsche Ethikrat« jüngst zwar schärfere Regulierungen, diese sollen aber explizit international und intersektoral abgestimmt und von Diskursen und Schulungen zur Steigerung des Verantwortungsbewusstseins begleitet werden.

Die Chancen hierfür werden besser: International wird das Thema mit neuem Elan diskutiert. Zentren sind zum Beispiel die WHO, aber auch zahlreich entstehende, nationale Biosicherheitsvereinigungen. Letztere werden in vielen Ländern gezielt durch internationale Programme gefördert, auch durch Projekte der »G7 Globalen Partnerschaft«. Mehr und mehr erkennt die internationale Gemeinschaft im dynamischen Feld der biologischen Sicherheit den Mehrwert eines präventiven Dialoges aller Beteiligten gegenüber einseitiger Regulierung, starrer zwischenstaatlicher Regime oder rein technischer Sicherheitsmaßnahmen.

Ein besonderes Problem bleibt dabei aber ungelöst. Denn obgleich die vielschichtigen Dialoge, die

zahlreichen internationalen Projekte alle zum Vorgesetz der Biosicherheit beitragen, ist eine ordnende Hand weiter nicht in Sicht. Unterschiedliche nationale Regeln zu Forschung, »dual use«-Exporten oder staatlichen Schutzmaßnahmen und kleinteilige bilaterale Förderprojekte in Asien, Europa oder Afrika zerfleddern das Netz. Tendenzen zur Versicherheitlichung und Überregulierung oder Verklärung und Verdrängung, statt auf gemeinsamer Bedrohungsanalyse basierender, abgestimmter Vorsorgemaßnahmen, verhindern seine straffe Spannung.

Wie problematisch es sein kann, hier zu Lösungen zu kommen, zeigt die Stagnation des BWÜ. Wie wichtig sie wäre, zeigen die Entwicklungen in Syrien. Doch die Zeit bis eine Institution existiert, die – ähnlich der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) oder der Atomenergiebehörde IAEA – die biologische Sicherheit koordinieren und fördern kann, sollte nicht ungenutzt bleiben. Statt Maximalforderungen nachzujagen, empfiehlt es sich schrittweise Chancen zu nutzen:

Die Global Health Security Agenda mit ihren vielen beteiligten Ressorts und Akteuren bietet, bei allen Risiken, eine Gelegenheit – der Wunsch nach mehr europäischer Sicherheitszusammenarbeit, und sei er nur aus Kostengründen, einen Rahmen. Würden die EU-Staaten ihre Sicherheits- und Gesundheitsengagements zur Biosicherheit hierauf fokussieren und statt einer informellen eine echte Steuerungsgruppe zur gleichberechtigten Koordination forcieren, könnten Effizienz und Akzeptanz der vielen Biosicherheitsbemühungen deutlich steigen. Die Wahrscheinlichkeit des »low probability, high impact«-Szenarios von Bioterror würde dann wohl weiter sinken. ●●●

Michael Summerer *studierte Politik, Wirtschaftspsychologie, Betriebswirtschaftslehre und Kommunikation. Er arbeitet für die GIZ im Bereich »Sicherheit, Wiederaufbau und Frieden«. Der Artikel gibt ausschließlich seine private Meinung wieder.*

Quellen und Links:

[Bericht der *Foreign Policy* zu »IS« und Biowaffen vom 28. August 2014](#)

[Stellungnahme des Deutschen Ethikrats zum Thema Biosicherheit vom 7. Mai 2014](#)

[Online-Beilage der *Wissenschaft & Frieden*, Ausgabe 2/2012, zur 7. Überprüfungskonferenz des Biowaffen-Übereinkommens](#)

[Informationssammlung der Bundeszentrale für Politische Bildung über Biowaffen](#)

[Übersicht des Auswärtigen Amts zum deutschen Biosicherheitsprogramm](#)



LAST DER VERANTWORTUNG

VON CHARLOTTE HAMMER

Forschungsergebnisse zur Übertragbarkeit von Vogelgrippe-Viren auf den Menschen haben 2012 zu einem einschneidenden Ereignis für die Biowissenschaften geführt: Nachdem Sicherheitsbedenken über deren Verwendung aufkamen, wurde die Untersuchung des Virus zeitweilig eingestellt. Experten berieten darüber, ob derartige Experimente durchgeführt und veröffentlicht werden sollen, da somit Wissen geschaffen wird, welches unwiederbringlich und potentiell gefährlich ist.

Zum Tod sei er geworden, sagte der Physiker Robert Oppenheimer, der gemeinhin als Vater der Atombombe gilt, zum Zerstörer von Welten. Wie die Physik zu seiner Zeit haben die Biowissenschaften heute Wissen geschaffen, welches die Menschheit nicht mehr ungeschehen machen kann. Daher müssen sich Wissenschaft und Forscher ihrer Position zwischen Verantwortung und Forschung, zwischen Sicherheitsbedenken und Freiheit der Wissenschaft bewusst sein.

Im Gegensatz zur Physik bewegen sich die Diskussionen über mögliche Folgen der Forschung allerdings im theoretischen Raum. Trotz der Geschehnisse und Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte und trotz der Tatsache, dass die Verwendung von +

Mikroorganismen zu Kriegszwecken eine jahrtausendealte Geschichte besitzt, blieb die große Bio-waffen-Katastrophe bisher aus. Die Verantwortung der Forschung im Bereich der Biowissenschaften wirft allerdings aufgrund der klinischen Bedeutung der Forschung und der Unberechenbarkeit der Natur noch komplexere ethische und sicherheitsrelevante Fragen auf, als es in der Physik je der Fall war.

Die sogenannte Dual-Use-Problematik, die die Schwierigkeit der sowohl friedlichen als auch schädlichen Verwendung von Forschungsergebnissen betrifft, ist in den Biowissenschaften seit den Anschlägen vom September 2001 zu einem großen Thema geworden. Häufig gefürchtet wird ein Missbrauch von Forschung, die eigentlich zu Zwecken der besseren Prävention und Behandlung an der Entwicklung der Übertragbarkeit von natürlich vorkommenden

der Vogelgrippe warf erhebliche Sicherheitsbedenken auf und führte so nicht nur zu einem einstweiligen Stopp der Publikation dieser beiden Artikel, sondern auch zu einem Moratorium über die gesamte Forschung in diesem Bereich, und somit zu einem einjährigen Forschungsaufschub zwischen 2012 und 2013. Die Forscher aus den USA und den Niederlanden hatten mit Mutationen des Virus experimentiert, die eine Übertragung von Mensch zu Mensch ermöglichen würden. Ein Vorgang, der in den nächsten Jahren natürlich entstehen könnte und der somit nicht nur für die Virologie, sondern auch für das öffentliche Gesundheitswesen von großer Bedeutung ist.

Die Sicherheitsreviews der beiden Zeitschriften *Nature* und *Science* hatten festgestellt, dass es sich um potentiell gefährliches Wissen handeln könnte.

arbeiten Forscher wieder mit dem Virus. Beide Zeitschriften veröffentlichten allerdings eine deutlich reduzierte Fassung, ohne Details bezüglich der experimentellen Anordnung und der genauen Ergebnisse.

Die Empfehlungen des NSABB in diesem konkreten Fall beziehen sich nicht nur auf die potentiellen Gefahren, die aus einer Veröffentlichung resultieren, sondern auch auf die potentiellen Gefahren einer Nicht-Veröffentlichung. Aufgrund der hohen Wahrscheinlichkeit, dass eine Mutation, die den in den Experimenten beschriebenen ähnelt, in naher Zukunft natürlich entstehen wird, tragen die Artikel entscheidend zur Sicherung des internationalen Gesundheitswesens bei und können konkrete Hinweise für Prävention und Überwachung und somit für die gesamte Kontrolle von Infektionskrankheiten, liefern. Die Veröffentlichung von Forschungs-

DAS POTENTIAL FÜR MISSBRAUCH MUSS GEGEN DEN NUTZEN DER FORSCHUNG ABGEWÄGT WERDEN.

Krankheitserregern, insbesondere von Viren und Bakterien, experimentiert. Biosicherheits-Experten tendieren dazu, sehr restriktiv mit den Ergebnissen umzugehen, während Experten für Infektionskrankheiten die Risiken einer Veröffentlichung aufgrund der Bedeutung der Forschung für die internationale Gesundheitsvorsorge eher akzeptieren.

2011 wurde die theoretische Diskussion von Dual-Use-Bedenken, so genannten »dual use research concerns«, konkret. Die Publikation von zwei Artikeln über die Übertragbarkeit der H5N1 Variante

In einem solchen Fall ist das »National Science Advisory Board for Biosecurity« (NSABB) für eine weitere Beurteilung und abschließende Einschätzung zuständig. Dieses amerikanische Gremium, welches dem Department of Health and Human Services unterstellt ist, besteht aus einer Reihe von Experten, die sich nach Durchsicht der Artikel in Empfehlungen zu der Möglichkeit der Publikation äußern. In Anlehnung an die vom NSABB ausgesprochenen Empfehlungen veröffentlichten *Nature* und *Science* beide Artikel im Sommer 2012, und seit Januar 2013

resultaten ist somit ein wichtiger Bestandteil der internationalen wissenschaftlichen Kooperation, die unabdingbar für die Pandemieprävention ist.

Am Ende ist es eben dieses Dilemma, welches Forschung so schwierig macht. Denn obwohl die Veröffentlichung von Erkenntnissen absolut notwendig ist, muss doch ein Weg gefunden werden, die Risiken durch Missbrauch der Forschung zu minimieren. In der Diskussion ist die Möglichkeit, Forschungsergebnisse nur denjenigen zur Verfügung zu stellen, die ein legitimes wissenschaftliches Interesse daran ha-

ben. Doch in der Praxis wird dies schwer durchführbar sein und zum Beispiel auch die Verwendung von Forschungsergebnissen zu Unterrichtszwecken und damit den Aufbau wissenschaftlichem Nachwuchs erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen.

Von einem risikowissenschaftlichen Standpunkt ausgehend, ist die Diskussion um Dual Use von Interesse, da sie den Logiken der Prävention und Vorsorge in besonderer Weise folgt und sich mit possibilistischen und in der Zukunft liegenden Perspektiven und Konsequenzen beschäftigt, also mit Risiken für die sich keine probabilistischen Wahrscheinlichkeiten angeben lassen. Restriktionen orientieren sich nicht daran, was geschehen wird, sondern was geschehen könnte. Die Akteure der Biosicherheit versuchen mit präventiven Entscheidungen der Zukunft zuvorzukommen und sowohl absichtlichem als auch unabsichtlichem Missbrauch von Forschungsergebnissen vorzubeugen.

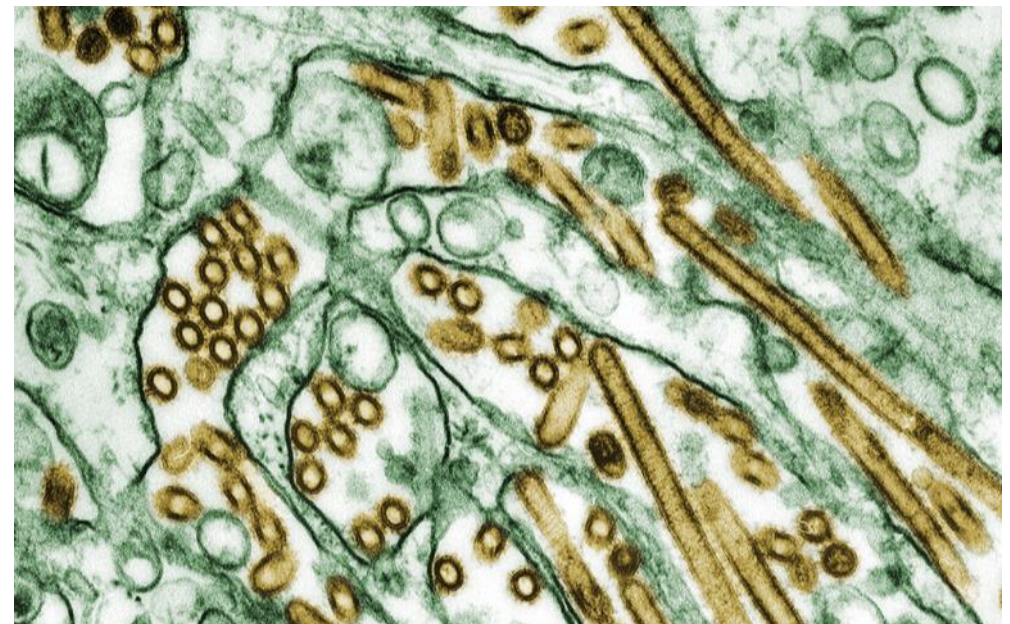
Wie jedoch auch die Virologen Ron Fouchier, Sander Herfst und Albert Osterhaus vom Erasmus Medical Center in Rotterdam 2012 feststellten, ist diese Vorgehensweise bedenklich, da man unter Einbeziehung aller Aspekte zu dem Schluss kommen muss, dass die Natur selber der größte Bioterrorist ist. In den Biowissenschaften folgt nicht nur die Restriktion von Material den Logiken der Prävention und Vorsorge, sondern auch die Forschung selber kann aus diesem Blickwinkel betrachtet und als possibilistisch und präventiv eingestuft werden. Die Forschung an den Mutationen des H5N1-Virus zielt auf Ergebnisse ab, die Erkenntnisse für mögliche zukünftige Entwicklungen bieten sollen und ist in ihrem Kern präventiv. Somit kann es zu einem möglicherweise unlösbaren Dilemma zwischen zwei

präventiven Interessen kommen: zwischen dem, Forschung und Veröffentlichung einzuschränken, um potentiellen Missbrauch von Forschungsergebnissen zu verhindern, und dem, Forschung zu betreiben und zu veröffentlichen, um einen Vorsprung vor einer potentiellen natürlichen Mutation zu gewinnen. Aus diesem Grund befinden sich die Befürworter und die Ablehner der Publizierung potentiell gefährlicher Forschung in einem Interessenkonflikt, der in seinem Kern die Frage behandelt, was gefährlicher ist: Bioterrorismus oder Natur?

Angesichts der Tatsache, dass die Forschung selber präventiv und risikomindernd ist, ist eine völlige Einschränkung der Forschung weder wünschenswert noch angebracht. Es müssen daher Mittel und Wege geschaffen werden, die Forschung und Publi-

kation ermöglichen, ohne die nationale und internationale Sicherheit zu gefährden.

Die zwei Lager, die sich im Fall der Biowissenschaften gebildet haben, müssen eine Einigung finden und standardisierte Vorgehensweisen festlegen. Kompromisse sind in diesem Fall entscheidend. So gibt es zum Beispiel den Vorschlag, Ergebnisse erst zu veröffentlichen, wenn ein Impfstoff für den jeweiligen Erreger entwickelt wurde, was allerdings deutliche praktische Komplikationen und auch ethische Bedenken mit sich zieht. Problematisch ist, dass dabei der Gesamtprozess aus allgemeiner Forschung und Impfstoffforschung verzögert und der Personenkreis, der Ergebnisse beitragen könnte, eingeschränkt bleibt. Außerdem führt ein solches Vorgehen zu einer verstärkten Verstrickung von +



Wie böse ist ein Virus?
Aufnahme des H5N1-
Erregers (gelbbraun
gefärbt) unter dem
Elektronenmikroskop

Foto: Centers for Disease
Control and Prevention/Cynthia
Goldsmith

Pharmaindustrie und medizinischer Forschung, die als Form der Kommerzialisierung von elementarer Forschung durchaus kritisch gesehen werden kann.

Generell stellt sich die Frage, ob wirklich die Veröffentlichung von Forschung das Sicherheitsproblem ist oder ob das Wissen selber, welches wir als Menschheit schaffen, uns gefährlich wird. Wäre die Lösung dann, keine solche Forschung mehr zu betreiben? Einige wenige Wissenschaftler und Poli-

und anthropogene Risiken zusammenkommen und teilweise entgegengesetzte Mitigationsstrategien erfordern, die dazu führen, dass man mit der Eindämmung eines Risikos das andere erhöht. Dual-Use-Bedenken, sowohl in den Biowissenschaften als auch in anderen Bereichen der Wissenschaft, zeigen, dass die moderne Wissenschaft an einen Punkt gelangt ist, an dem sie nicht mehr nur von Nutzen ist, sondern dass neues Wissen auch besorgniserregend

der in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sicherlich noch weitere hinzukommen werden. Da diese Bedenken eine Konsequenz von Modernisierung und Technologisierung sind, werden sie so lange bestehen, wie die Gesellschaft sie betreibt. ●●●

Charlotte Hammer *hat in Durham Risikowissenschaften studiert und promoviert seit September 2014 an der Aberystwyth University über Biosicherheit.*

FORSCHUNG MAG GEFAHREN BERGEN, ABER LETZTENDLICH IST DIE NATUR DER GRÖSSTE BIOTERRORIST.

tiker argumentieren genau auf diese Weise. In Anbetracht der Zerstörungskraft von natürlichen Mutationen von Viren wie dem H5N1-Stamm scheint diese Haltung jedoch nicht nur kurzfristig, sondern auch gefährlich.

So betrachtet, lassen sich nicht nur praktische Schlüsse aus dem Dilemma ziehen. Es zeigt auch deutlich, dass die Thesen zur »Risikogesellschaft« des deutschen Soziologen Ulrich Beck alles andere als veraltet sind. Wissenschaft und Risikomanagement müssen mit den Konsequenzen der radikalen Modernisierung und mit den Konsequenzen von Eventualitäten leben und arbeiten, unabhängig davon, ob diese Eventualitäten eintreten werden oder nicht. Dabei kommen Risiken nicht länger nur von außen, wir schaffen sie selber, indem wir Wissen schaffen.

Im Fall der Biowissenschaften ist dies besonders schwierig, da hier externe und interne, natürliche

und riskant sein kann, während natürliche Risiken, wie der Ausbruch von Infektionskrankheiten, weiterhin eine Gefahr sind. Jede Entscheidung bedingt es, Möglichkeiten abzuwägen und zukünftige Folgen possibilistisch und probabilistisch zu betrachten, um das Potential für Missbrauch gegen den Nutzen der Forschung abzuwägen. Es kann dabei nicht die Lösung sein, Forschung zu unterbinden.

Es müssen vielmehr Wege gefunden werden, sie abzusichern. Wissenschaftler im Feld der Infektionskrankheiten haben die moralische Verpflichtung, Forschung durchzuführen, die zwangsläufig Dual-Use-Bedenken aufwirft und müssen im Interesse der Allgemeinheit ihre Ergebnisse auch teilen können. Dieses Dilemma in den Biowissenschaften wird daher wohl noch lange aktuell bleiben. Damit reiht sich dieser Forschungsbereich in eine immer länger werdende Liste der Wissenschaften ein, die mit Dual-Use-Bedenken umgehen müssen und zu

Quellen und Links:

[Webpräsenz des »Office of Science Policy Biosecurity Program« der National Institutes of Public Health](#)

[Charta des »National Science Advisory Board for Biosecurity« vom 21. März 2014](#)

[Interview »Unsere Viren sind keine Biowaffen« mit Ron Fouchier der Zeit vom 25. Januar 2013](#)

[Ron Fouchier, Sander Herfst und Albert Osterhaus: »The Future of Research and Publication on Altered H5N1 Viruses« im *Journal of Infectious Diseases* vom 1. Juni 2012](#)

[Richtlinie »Responsible Life Science Research for Global Health Security« der WHO aus dem Jahr 2010](#)

[Forschungspapier »Health, Security and the Risk Society« des Nuffield Trust vom 15. November 2005](#)

NOTIZ

HYDROLYSE FÜR DEN FRIEDEN

Die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen hat fundamentale Gegensätze überbrückt – in Deutschland wie auch international. Mittlerweile ist sie abgeschlossen.

Seit dem 18. August 2014 gibt es offiziell keine syrischen Chemiewaffen der so genannten »Kategorie 1« mehr. Nach weniger als einem Jahr konnte die mit der Vernichtung beauftragte »Organisation für das Verbot Chemischer Waffen« (OPCW) vermelden, dass die letzten C-Waffen des Assad-Regimes an Bord des US-Schiffs »Cape Ray« unschädlich gemacht worden waren. Nach dem Einsatz von Giftgas nahe Damaskus im August 2013 mit hunderten Toten war Syrien, unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft, im September 2013 dem »Übereinkommen über das Verbot von Chemiewaffen« beigetreten. Damit hatte es auch der Vernichtung seiner Bestände zugestimmt.

Ermöglicht wurde diese – angesichts des andauernden Bürgerkrieges bemerkenswerte – Leistung nur durch die enge Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft. Besonders Russland und die USA hatten dabei, trotz ihrer ansonsten völlig ge-



AIS Eskorte der für ihren Sonderauftrag ungerüsteten amerikanischen MV »Cape Ray« fährt die deutsche Fregatte »Augsburg«. Foto: US Navy/Desmond Parks

gensätzlichen Syrien-Politik und der zunehmenden Konfrontation wegen der Ukraine-Krise, relativ lautlos und Hand in Hand zusammengearbeitet. Während Russland beispielsweise durch die Bereitstellung gepanzerter Lastwagen beim Transport der Chemikalien innerhalb Syriens assistierte, installierte die US-Armee an Bord des Transportschiffs »Cape Ray« zwei mobile Hydrolyseanlagen zum Zerlegen der chemischen Kampfstoffe in ungefährlichere Ausgangsstoffe.

Auch in Deutschland führte die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen in sicherheitspolitischen Fragen sonst eher unversöhnliche Lager etwas näher zusammen. Als der Bundestag am 9. April dieses Jahres darüber entschied, ob die deutsche Fregatte »Augsburg« zur Absicherung der »Cape Ray« in See stechen sollte, stimmten erstmals fünf Abgeordnete der Partei Die Linke mit der Regierungskoalition und den Bündnisgrünen für einen Auslands-

einsatz der Bundeswehr. Sie lösten damit nicht nur innerhalb ihrer Fraktion ein kleines politisches Erdbeben aus.

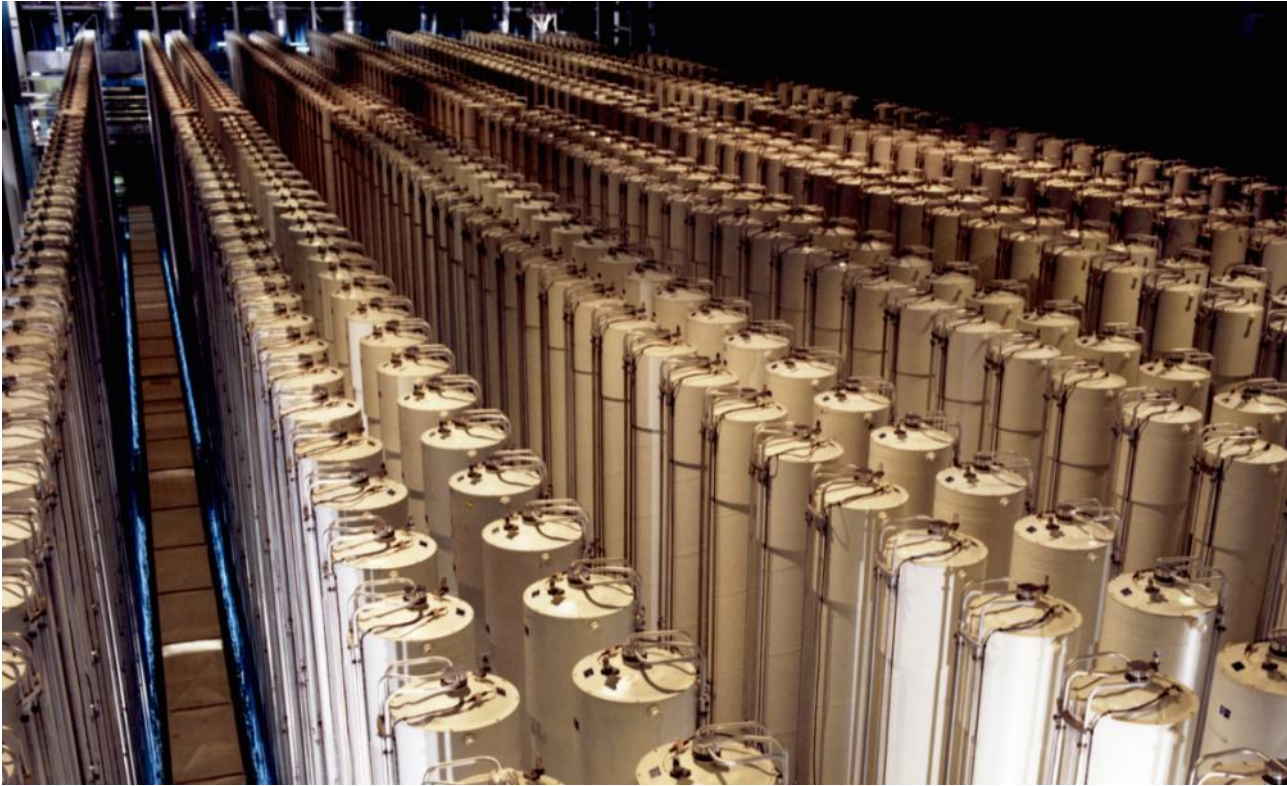
Einig in der Haltung zu diesem Thema zeigte sich ebenso das norwegische Nobelkomitee: Am 10. Dezember 2013 zeichnete es die OPCW mit dem Friedensnobelpreis aus. **doe**

Quellen und Links:

[Bericht der tageszeitung über die Abstimmung im Bundestag vom 9. April 2014](#)

[Informationsseite des Auswärtigen Amts über die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen](#)

[Website der OPCW über die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen](#)



DER SCHMALE GRAT

VON LEA MANJANA PECHT

Seit der Entfesselung des Atoms in den 1940er Jahren strebten zahlreiche Staaten unter dem Vorwand der »friedlichen Nutzung« – teilweise erfolgreich – nach dem Zugang zu Kernwaffen. Genauso alt wie dieser Griff nach der »Bombe« sind auch die Versuche, die zivile von der militärischen Nutzung der Kernkraft zu trennen. Doch alle Initiativen und Kontrollregimes, die das eine fördern und das andere unterbinden wollten, sind letztlich gescheitert. Es gibt einfach keine »zwei Kernenergien«. Der Atomausstieg könnte das Dilemma auflösen.

»Smiling Buddha« – mit diesem Codenamen versah die Regierung Indira Gandis die erste »friedliche nukleare Explosion«. Ausgerechnet am Geburtstag Buddhas reihte sich Indien im Mai 1974 mit der erfolgreichen Zündung dieses Nuklearsprengsatzes in die Reihe der Atommächte ein. Noch zehn Jahre zuvor hatte Homi Bhabha, Vorsitzender der indischen Atomenergiekommission verkündet, Wissen aus der zivilen Kernenergienutzung könne leicht für militärische Zwecke angewendet werden. Er sollte Recht behalten. Denn Indien nutzte zur Produktion des für seine Bombe benötigten waffenfähigen Materials einen von Kanada für zivile Zwecke gekauften Reaktor.

Der indische Atomversuch war etwas Besonderes. Zum einen weil er im Vergleich zu allen vorangegan-

genen Tests nicht von einem der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats durchgeführt worden war, zum anderen aber insbesondere, da die »friedliche Kernexplosion« angeblich keinen militärischen Hintergrund hatte. Nach zahlreichen Nukleartests der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (P5) in den 1950er und 1960er Jahren war es somit erst dieser

Ungewissheiten zurück in unsere Köpfe holt. Unklar ist, wie weit der Iran noch von der Fähigkeit, eine Waffe zu entwickeln, entfernt ist, oder ob er möglicherweise bereits über eine solche verfügt. Sicher scheint jedoch, dass eine iranische Bombe in dieser – an Konflikten keineswegs armen – Region von Saudi-Arabien bis Israel eine nukleare Rüstungspi-

werden. Der rasche Zuwachs an Kernwaffenstaaten zeigte jedoch, dass es – und das trotz intensiver Bemühungen der Staatengemeinschaft – nicht möglich gewesen war, Nationen von der Entwicklung der Kernwaffe abzuhalten. Lange vor Indiens Test waren der Sowjetunion (1949), Großbritannien (1952), Frankreich (1960) und der Volksrepublik China (1962) die Entwicklung von Kernwaffen gelungen. Der Plan Eisenhowers war somit gleich mehrfach gescheitert und der Hochstilisierung des »friedlichen Atoms« in den 1950er Jahren folgte eine Phase bitterer Enttäuschung. Die Ernüchterung rührte dabei aus der weitverbreiteten Einsicht, dass neben Eisenhowers +

DIE NUKLEARPROLIFERATION DER 1960ER UND 1970ER FOLGTE DEM MOTTO »ANYTHING GOES«.

unerwartete Nukleartest Indiens, der der Weltgemeinschaft das nukleare Gefahrenpotenzial erneut in Erinnerung rief: Als im August 1945 mit dem Abwurf der beiden amerikanischen Atombomben über Hiroshima und Nagasaki das nukleare Zeitalter eingeläutet wurde, hatten »nur« zwei Bomben binnen Sekunden etwa 100.000 Menschenleben gefordert und zahlreiche weitere Zehntausende verletzt. Zusätzlich versinnbildlichten verseuchtes Grundwasser, verstrahlte Regionen und weitere Tausende an den Spätfolgen Verstorbene seither die apokalyptischen Auswirkungen dieser Waffen. Trotz nuklearem Tabu – der ungeschriebenen Norm, dass Kernwaffen nicht nochmals angewendet werden dürften – besteht seither die Angst eines erneuten Einsatzes der »absoluten«, der gewaltigsten aller Waffen fort. Zu groß ist das potenzielle Risiko von Fehlkommunikation, menschlichem oder technischem Versagen, von Diebstählen nuklearer Materialien und nuklearem Terror.

Gegenwärtig ist es insbesondere das iranische Nuklearprogramm, das diese Ängste, Risiken und

rale in Gang setzen könnte. Doch auch jenseits der Kernwaffen existiert ein globales und komplexes nukleares Gefahrenpotenzial. So ist etwa die Liste von Unfällen in kerntechnischen Anlagen – Tschernobyl im Jahr 1986 oder Fukushima in 2011 sind dabei nur die bekanntesten – lang. Und nicht erst seit 2001 wird immer wieder auf die Gefahr terroristischer Anschläge mit nuklearem Material, etwa durch eine »schmutzige Bombe«, hingewiesen.

Längst ist die anfängliche, heute kaum noch verständliche Euphorie gegenüber der »Supertechnologie« verflogen. Schon in den 1950ern erkannten der ehemalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower und seine Berater das zerstörerische Potenzial der Kernenergie. Sie beschlossen jedoch, die nahezu unerschöpfliche nukleare Energiequelle nicht aufzugeben, sondern sie auch zivil nutzbar zu machen. Zu diesem Zweck initiierte Eisenhower 1953 das sogenannte »Atoms for Peace«-Programm: Durch die friedliche Nutzung der Atomenergie sollte auf globaler Ebene ihre militärische Zweckentfremdung ausgeschlossen

Atomare Dreckschleuder

Bei einer »Schmutzigen Bombe« handelt es sich um einen konventionellen Sprengsatz, dem radioaktive Stoffe beigemischt sind. Das Ziel dieser Bombe ist es, Schadstoffe möglichst weiträumig in der Umwelt zu verteilen. Während dieser Waffentypus somit für Streitkräfte weniger von Interesse ist, ist er für Terroristen auf Grund der relativ einfachen Herstellung – man benötigt weder hochangereichertes Material noch muss für die Wirkung eine Kettenreaktion gestartet und erhalten werden – umso interessanter. Tatsächlich war es »IS«-Terroristen jüngst gelungen, in Besitz von 40 Kilogramm Urangemisch, die eigentlich Forschungszwecken dienen, zu gelangen. Doch dieses Beispiel ist nur eines unter vielen. 2005 wurde in Venezuela ein Lkw, der eine Kapsel mit hochradioaktivem Material geladen hatte, gestohlen. Ein sehr ähnlicher Vorfall ereignete sich im Juli dieses Jahres auch in Mexiko.

»Atoms for Peace« auch die regen Exporte von ziviler Kernenergie anderer Staaten, teils in politisch instabile Regionen, neue Ängste schürten.

Als Reaktion auf die Enttäuschung der mangelnden Effizienz des bisherigen Antiproliferationsregimes wurden in Folge zusätzliche Maßnahmen ergriffen: Technologische Barrieren, der physische Schutz nuklearer Materialien, die Überwachung von Vereinbarungen und die Förderung nuklearer Ab-

Die friedliche Bombe

In den 1950er Jahren begann eine Phase der Hochstilisierung des »friedlichen Atoms«. Immer wieder wurden die positiven Möglichkeiten der Kernenergie betont und heute geradezu grotesk erscheinende Einsatzmöglichkeiten propagiert. Atomreaktoren sollten alle möglichen und unmöglichen Geräte des täglichen Bedarfs mit Energie versorgen, die Raumfahrt revolutionieren, die Rohstoffgewinnung erleichtern und sogar preisgünstig einen zweiten Panama-Kanal aus dem Gestein sprengen. Erst 1976 beendeten die Supermächte USA und UdSSR ihre entsprechenden Programme wegen erheblicher nuklearer Nebenwirkungen endgültig.

Vor diesem Hintergrund hat auch Indien den »Smiling Buddha«-Test 1974 für »friedlich« erklärt. Die Regierung bekräftigte, es habe sich nicht um eine Atombombe, sondern nur um einen nuklearen Sprengsatz gehandelt. Die Explosion habe angeblich nicht der Entwicklung von Waffentechnik gedient, sondern vielmehr das Ziel verfolgt, die zivile Nutzung von Nuklearsprengungen, etwa zur Rohstoffgewinnung, voranzubringen.

rüstung sind nur Beispiele. Als das Fundament dieses nuklearen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregimes gilt der Nuklearwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty – NPT). Dieser von den P5 initiierte internationale Vertrag wurde 1968 unterschrieben und verzeichnet inzwischen 190 Vertragsstaaten. Ausgerechnet Indien, Israel und Pakistan gehören allerdings nicht dem NPT an und auch Nordkorea kündigte seine Mitgliedschaft 2003

Auf dieser Grundlage florierten in den 1960er und 1970er Jahren, ausgehend von Europa, legale und zivile nukleare Proliferationsnetzwerke von nuklearem Material, nuklearer Technologie und nuklearem Know-how. In diesem Umfeld erwarb beispielsweise Abdul Kadir Khan, der spätere »Vater der pakistanischen Atombombe«, seine nuklearwissenschaftlichen Meriten an deutschen, niederländischen und belgischen Universitäten – und als Angestellter der

EUROPAS »FRIEDLICHES ATOM« FÜHRTE DANK ABDUL KADIR KHAN DIREKT ZU PAKISTANS »BOMBE«.

auf. Der NPT verbietet die Verbreitung von Kernwaffen, verpflichtet die bereits existierenden Atom-mächte zur nuklearen Abrüstung, garantiert seinen Mitgliedsstaaten gleichzeitig aber das Recht auf friedliche Nutzung. Als sei dies nicht genug, sind zudem alle Vertragsparteien verpflichtet, den nuklearen Habenichtsen »den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern«. Erst dieser vierte Artikel des NPT gewährleistete, dass dem Vertrag ausreichend Staaten beitraten. So verzichteten neben den offiziellen Nuklearwaffenstaaten (USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China) also all jene, die zum 1. Januar 1967 noch keine Kernwaffe getestet hatten, auf deren Entwicklung – erhielten jedoch gleichzeitig das Recht, zivile Kernenergie zu entwickeln und diese zu friedlichen Zwecken zu gebrauchen.

niederländischen Filiale des europäischen Urananreicherers *Urenco* erste praktische Erfahrung mit der Urananreicherung. Durch die schwachen Sicherheitsvorkehrungen vor Ort konnte er zudem problemlos und unbemerkt in den Besitz von Bauplänen fortschrittlicher Gaszentrifugen für die Urananreicherung gelangen. Getrieben durch den »friedlichen« indischen Nukleartest von 1974 setzte sich der pakistanische Patriot Khan mit diesen Plänen in der Tasche und dem Know-how im Kopf in seine Heimat ab und wurde bereits zwei Jahre später zum Chef des Kernwaffenprogramms. Vom schwunghaften Schwarzhandel mit Spaltmaterial, Know-how und Nukleartechnologie seiner »Khan Research Laboratories« profitierten in der Folgezeit neben den Atomprogrammen des Iran, Libyens und Nordkoreas auch die zahlreicher weiterer Staaten.

Als der »friedliche« indische Nukleartest 1974 erneut die Schlupflöcher der zivilen Nutzung der +

Kernenergie aufzeigte, wurden die Forderungen nach besseren Regeln zur Verhinderung nuklearer Proliferation immer lauter. Als direkte Reaktion auf den indischen Test wurden daher weitere Maßnahmen zur Eindämmung der nuklearen Weiterverbreitung unternommen. So wurden zusätzliche Exportkontrollen und IAEO-Inspektionen durchgeführt und vermehrt Maßnahmen zur Begrenzung von Trägersystemen unternommen. Doch auch diese Vorkehrungen sollten nicht ausreichen: Mit Israel (1979), Pakistan (1998) und Nordkorea (2003) gelang es in der Folge drei weiteren Staaten, dem indischen Beispiel zu folgen.

War es der doppelten Nutzbarkeit der Nuklear-technologie geschuldet, dass Antiproliferationsmaßnahmen wie auch der Nuklearwaffensperrvertrag nicht in der Lage waren, die Entstehung weiterer

schmelzung oder aus der Kernspaltung. Insbesondere bei letzteren sind die Gemeinsamkeiten zwischen zivilem und militärischem Nutzen enorm. Der Friedensforscher Ottfried Nassauer, Direktor des »Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit«, bezeichnet Kernenergie und Kernwaffe daher als »siamesische Zwillinge«, da ihnen die gleichen kernphysikalischen Grundlagen zugrunde liegen: Beide benötigen Spaltstoffe wie (hoch-) angereichertes Uran oder Plutonium und Technologien zu deren Herstellung und Verarbeitung. Durch die Reaktion dieser Spaltstoffe verfolgen sowohl Kraftwerk als auch Waffe das Ziel, eine Kettenreaktion in Gang zu setzen, um die dabei entstehenden gewaltigen Energiemengen zu nutzen. Mittels ziviler Anreicherungstechnologien kann dabei sowohl Brennstoff für Atomreaktoren als auch Material für

Kernwaffenfähigkeiten zunächst unbemerkt auszubauen. Denn im Vergleich zu anderen möglichen Wegen – etwa dem Kauf einer einsatzfähigen Nuklearwaffe »von der Stange« oder entsprechenden Bauplänen und hochangereichertem Spaltmaterial auf dem Weltmarkt – ist das Risiko, dass die eigentliche, militärische Motivation durch die Weltgemeinschaft entdeckt und sanktioniert wird, deutlich geringer.

Entscheidet sich ein Staat schließlich für den Bau einer Kernwaffe so hat er zwei Optionen: den Weg über Uran oder über Plutonium. Für ersteren wird eine kritische Masse von bis zu 50 Kilogramm hochangereichertem Uran, für letzteren sechs bis acht Kilogramm Plutonium für den Sprengkopf benötigt – je nach Art der Waffe auch deutlich mehr. Vorausgesetzt, das theoretische Wissen über die Konstruktion der Waffe ist vorhanden, sind Urananreicherung und Wiederaufbereitung die eigentlich kritischen Stellen auf dem Weg zur Bombe. Denn natürliches Uran besteht zu 99,3 Prozent aus dem Uranisotop U-238, aber nur zu 0,7 Prozent aus U-235. Letzteres ist sowohl für zivile Reaktoren als auch für den Bau einer Uranbombe der relevante Brennstoff.

Nicht nur für Kernwaffen, sondern auch für die meisten Reaktoren, ist jedoch der natürliche Anteil an U-235 im natürlich vorkommenden Uran zu gering. Für den Betrieb in Kernkraftwerken muss der Anreicherungsgrad von U-235 daher auf zwei bis fünf Prozent erhöht werden. Für eine Kernwaffe benötigt man zwar einen Anreicherungsgrad von über 85 Prozent, laut der Internationalen Atom-Energie-Organisation (IAEO) kann schwach angereichertes Uran allerdings binnen nur eines Jahres soweit angereichert werden, dass es für Kernwaffen gebraucht werden kann. Der Schritt vom schwach- zum hoch-

»ES GIBT KEINE ZWEI ATOMENERGIEN«, STELLT FRIEDENSFORSCHER BERND KUBBIG FEST.

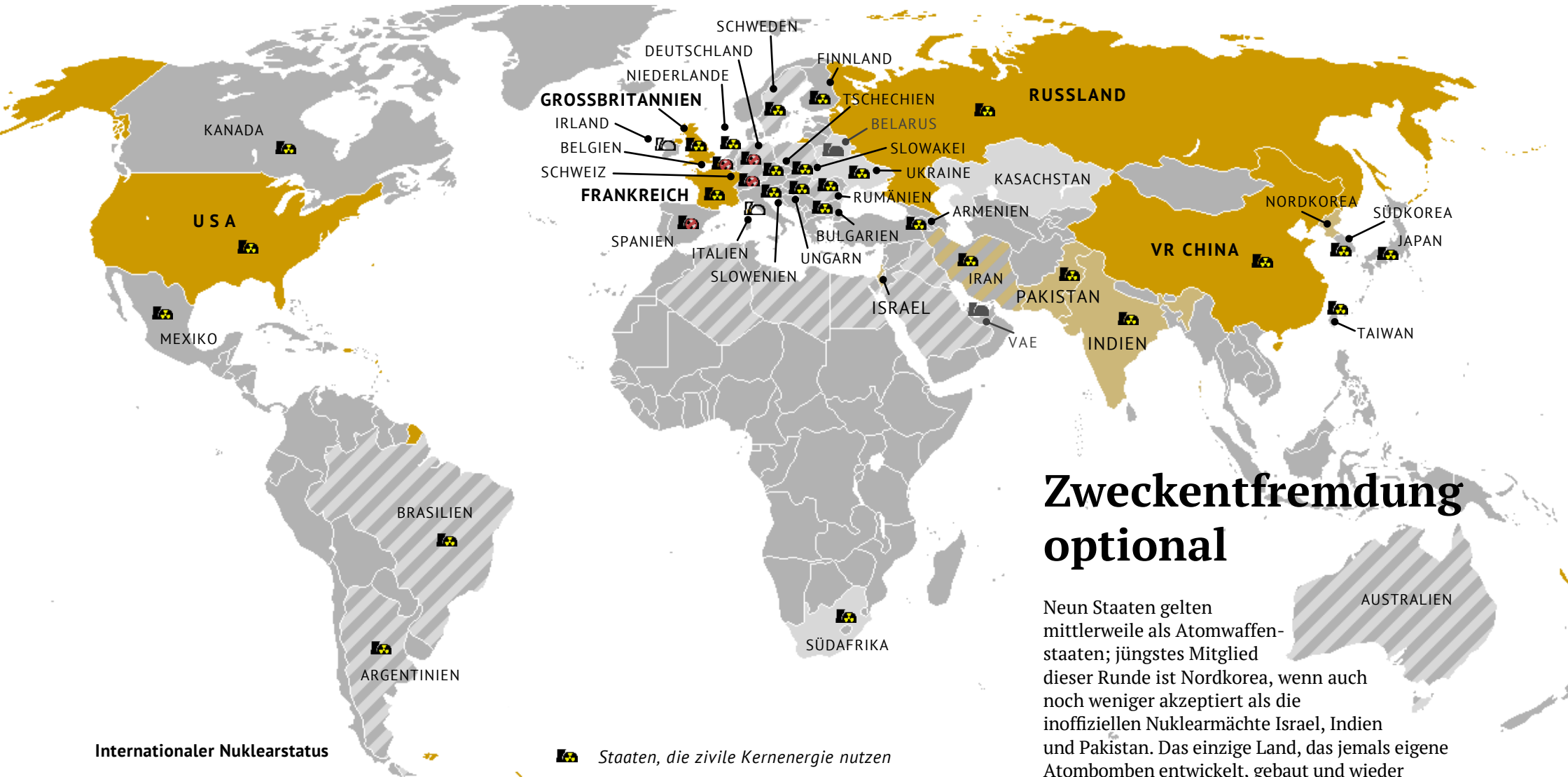
Kernwaffenstaaten zu verhindern? Existiert also eine »nukleare Verkettung«, ein Zusammenhang zwischen Kernenergie und Waffe? Die Tatsache, dass mit Indien, Israel, Pakistan und Nordkorea gleich vier Nutzer zunächst ziviler Kernenergie später die Waffe entwickelten, erweckt zumindest den Anschein.

Diese starke Vermutung basiert nicht zuletzt auf der Tatsache, dass zivile und militärische Spaltstoffkreisläufe zumindest teilweise parallel verlaufen. Denn Kernwaffen gewinnen die für eine Explosion notwendige Energie entweder aus der Kernver-

Atomwaffen gewonnen werden. Es ist dieser duale Charakter der zivilen Kernenergie, der sie so gefährlich werden lassen kann. Daher kommt auch der Politikwissenschaftler Bernd Kubbig zu dem Schluss: »Es gibt keine zwei Atomenergien«.

Wenn schon keine verschiedenen Atomenergien existieren, so gibt es dennoch mehrere Wege zur Kernwaffe. Von diesen ist der »Umweg« über eine zunächst friedliche Nutzung nur einer – und nicht einmal der billigste. Was ihn jedoch so attraktiv macht, ist, dass er es Akteuren ermöglicht, ihre

WELTADLAS I: NUKLEARE PROLIFERATION



Internationaler Nuklearstatus

- offizielle Atomwaffenstaaten
- inoffizielle Atomwaffenstaaten
- Staaten mit vermutetem Atomwaffenprogramm
- Staaten, die Atomwaffen aufgegeben haben
- Staaten, die ein tatsächliches oder vermutetes Atomwaffenprogramm aufgegeben haben

- Staaten, die zivile Kernenergie nutzen
- Staaten, die den Atomausstieg beschlossen haben
- Staaten, die aus der Kernenergie ausgestiegen sind
- Staaten, die erste Kernkraftwerke bauen

Quelle: Wikipedia Grafik: mmo

Zweckentfremdung optional

Neun Staaten gelten mittlerweile als Atomwaffenstaaten; jüngstes Mitglied dieser Runde ist Nordkorea, wenn auch noch weniger akzeptiert als die inoffiziellen Nuklearmächte Israel, Indien und Pakistan. Das einzige Land, das jemals eigene Atombomben entwickelt, gebaut und wieder abgeschafft hat, ist Südafrika. Indes ist die Kernkraft, trotz des geplanten Ausstiegs von Deutschland und anderen, immer noch *en vogue*: Neben dem Bau erster Reaktoren in Belarus und in den Vereinigten Arabischen Emiraten planen derzeit weltweit neun Staaten mehr oder weniger konkret den Einstieg. •••

angereicherten Nuklearmaterial ist demnach kein großer. Dem Politikwissenschaftler und Sicherheitsexperten Oliver Thränert zufolge ist wirksamer Schutz vor militärischem Missbrauch ziviler Kernkraft an diesen »gefährlichen Enden« des nuklearen Brennstoffkreislaufes demnach nur schwer möglich.

Etwas schwieriger, jedoch nicht unmöglich, gestaltet sich die Entwicklung einer Plutoniumbombe.

von Technologie und Know-how ist leichter, Sanktionen wie sie bei einem offiziellen Streben nach der Bombe zu erwarten wären, bleiben – zumindest bis zur Entdeckung der wahren Absichten – meist aus. Durch die weite Verbreitung ziviler Kerntechnologie sind die technologischen Barrieren auf dem Weg zur Bombe über die Jahre immer geringer und dadurch auch die klare Unterscheidung zwischen Atomstaat

hinter dem Deckmantel ziviler Kernenergienutzung ein Atomwaffenprogramm betreiben. Auch wenn sich derzeit noch nicht sicher sagen lässt, ob Teheran die Entscheidung zum Bau der Bombe bereits getroffen hat, gibt es zahlreiche Indizien dafür, dass seit Jahren Spaltmaterial auf einen waffenfähigen Anreicherungsgrad gebracht wird. Wie groß die internationalen Befürchtungen sind, mit dem Iran

DER WEG ZUR BOMBE – WENN ER EINMAL BESCHRITTEN WURDE – IST KEINE EINBAHNSTRASSE.

Plutonium kommt in der Natur nahezu nicht vor. Es entsteht jedoch als Abfallprodukt in jedem Kernreaktor. In Wiederaufbereitungsanlagen kann Plutonium durch chemisch-physikalische Prozesse von anderen Substanzen getrennt werden. Betreibt ein Staat beispielsweise einen Forschungsreaktor, ist es ihm jederzeit möglich, seine militärischen Absichten hinter der zivilen Nutzung zu verbergen. Je größer die Produktion an Spaltmaterial ist, desto leichter gestaltet sich dabei das heimliche Abzweigen von waffenfähigem Material. Besitzt ein Staat dieses dann, kann die Herstellung einer funktionstüchtigen Kernwaffe sehr schnell gehen – laut IAEA ist dies unter Idealbedingungen angeblich sogar innerhalb nur eines Monats möglich.

Deutlich wird, dass zivile Atomforschung das Tarnen und Täuschen bei etwaigen Atombombenambitionen erleichtert, denn sie lässt sich gegenüber der Weltgemeinschaft besser legitimieren und durchsetzen, der Import nuklearer Materialien sowie

– mit ziviler Atomkraft aber ohne Kernwaffen – und Atommacht mit Bombe, immer diffuser geworden.

Diese Feststellung hat in den Politikwissenschaften zur Einführung des Begriffs der »nuklearen Latenz« geführt. Dabei wird angenommen, dass ein Staat im Rahmen eines zivilen Atomprogramms über die für den Bau einer Atomwaffe notwendigen Materialien und Technologien verfügt, jedoch (noch) auf deren Zusammensetzung zu einer funktionsfähigen Waffe verzichtet. Ein Staat in nuklearer Latenz ist laut dem Politikwissenschaftler und Historiker Matthias Küntzel folglich ein »Zwitterwesen«, oder dem ehemaligen Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation, Mohammed el-Baradei, zufolge ein »virtueller Atomwaffenstaat«.

Gegenwärtig scheint mit der Islamischen Republik Iran ein weiterer Staat diese nukleare Latenz zum Bau einer Kernwaffe auszunutzen. Eindeutige Beweise stehen bisher zwar aus, doch diverse Beobachtungen nähren die Vermutung, der Iran könne

könnte sich ein weiterer Staat der Atomwaffe nähern, zeigen die internationalen Sanktionen und die jüngst geführten Atomverhandlungen.

Doch natürlich strebt nicht jedes Land, das zivile Kernenergie nutzt, auch nach der »Bombe«. Nicht jeder Staat, der über die notwendigen materiellen und technologischen Fähigkeiten verfügt, wird automatisch zu einer Atommacht. Die Entwicklung von Kernwaffen ist immer eine politische Entscheidung, der Weg zur Bombe – wenn er einmal beschritten wurde – keine Einbahnstraße. Die meisten Staaten sehen schlicht keinen Nutzen in dem Schritt zur Kernwaffenmacht. Zu hoch ist allgemein der politische Preis, den sie hierfür zahlen müssten, zu gering die zu erwartenden positiven Effekte. Doch, je nach Einschätzung der eigenen Bedrohungslage, können das Prestige, die Abschreckungswirkung und mögliches politisches Druckpotenzial auch Faktoren sein, die für den Besitz der »Bombe« sprechen. Aber auch dann müssen Staaten, die den militärischen Weg +

NUKLEARE PROLIFERATION

einmal betreten haben, ihn nicht auch zu Ende gehen. Brasilien, Südafrika und Libyen entschieden sich beispielsweise für eine Umkehr und somit für eine ausschließlich zivile Nutzung der Kernenergie.

Auch wenn Energieriesen wie *RWE*, *EnBW*, *E.ON* und Co. aus nachvollziehbaren Motiven einen Zusammenhang zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Atomkraft gerne bestreiten, zeigt die Geschichte so bereits mehrfach, dass sich mit ziviler Nutzungsfreiheit und militärischer Nichtverbreitung

sich 71 weitere derzeit im Bau. Angesichts dessen, dass heute weitere 45 – bislang atomfreie – Staaten ihr Interesse an der friedlichen Nutzung von Kernenergie signalisieren, ist es wichtiger denn je, Lehren aus den Entwicklungen der vergangenen Dekaden zu ziehen. Denn knapp achtzig »virtuelle Atom-mächte« würden die Welt kaum sicherer machen.

Zivile Kerntechnologie bietet immer Schlupflöcher zur militärischen Nutzung. Nur durch eine absolute Überwachung wäre eine militärische Zweck-

Ausweg aus dem Dual-Use-Dilemma ziviler und friedlicher Nutzung möglich machen.

Mit seinem angekündigten Atomausstieg hat Deutschland somit bereits einen Schritt in die richtige Richtung getan. Derzeit durch die zahlreichen Atomreaktoren noch »virtuelle Atommacht«, wird es nach dem Abschalten der letzten Reaktoren im Jahr 2022 auch theoretisch nicht mehr in der Lage sein, nach der Bombe zu greifen. Belgien und die Schweiz haben sich diesem Beispiel angeschlossen und werden 2025 beziehungsweise 2034 aus der Kernkraft aussteigen. Möge ihr Beispiel Schule machen. •••

MITTLERWEILE EXISTIEREN SAUBERE, UND WIRTSCHAFTLICH KONKURRENZFÄHIGE ALTERNATIVEN.

zwei Konzeptionen gegenüber stehen, die sich – zumindest bei genauerem Hinsehen – nicht vereinen lassen: Denn unter dem Deckmantel eines zivilen Atomprogramms war es Staaten wie Indien, Israel, Pakistan und Nordkorea möglich, die Entwicklung von Kernwaffen zunächst unbemerkt – und daher unsanktioniert – voranzutreiben. Neben ihnen haben zahlreiche weitere Atomstaaten in der Vergangenheit – zumindest temporär – Anstrengungen unternommen, unter dem Deckmantel der zivilen Atomkraft-Nutzung ein militärisches Programm voranzutreiben, auch wenn sie ihre Programme aufgrund verschiedener Gründe inzwischen beendeten.

Der derzeitige nukleare Status quo ist aus dieser Perspektive unbefriedigend. IAEO-Angaben zufolge betrieben Ende 2014 insgesamt 31 Staaten weltweit insgesamt 438 Kernreaktoren. Zwar gehen in Zukunft einige Anlagen vom Netz, allerdings befinden

entfremdung auszuschließen. Eine solche ist jedoch nicht gegeben und wird – allen Bemühungen zum Trotz – wohl auch nie existieren. Daher wird es Staaten, die dem Beispiel von Indien, Pakistan, Israel oder Nordkorea folgen wollen, auch weiterhin möglich sein, sich auf legale Weise alle notwendigen Voraussetzungen für den Bau der »Bombe« anzueignen und sich Schritt für Schritt der »absoluten« Waffe zu nähern. Wirkliche Sicherheit liegt somit nur im totalen Verzicht auf die gesamte nukleare Option. Da sich die Entdeckung der Kernenergie nicht rückgängig machen lässt, liegt es in den Händen der Menschheit, zumindest die mit ihr einhergehenden Gefahren abzuwehren. Eine solche Entscheidung ist nicht technischer, sondern politischer Art. Glücklicherweise existieren mittlerweile nicht nur saubere, sondern auch wirtschaftlich konkurrenzfähige Alternativen zur Kernenergie, die den

Lea Manjana Pecht *studiert Internationale Studien/ Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt.*

Quellen und Links:

[Übersicht »Nuclear Power Reactors in the World« der Internationalen Atomenergie-Organisation](#)

[Übersicht »Under Construction Reactors« der Internationalen Atomenergie-Organisation](#)

[Übersicht »Emerging Nuclear Energy Countries« der World Nuclear Association](#)

[Sammelband »Mythos Atomkraft. Warum der nukleare Pfad ein Irrweg ist« der Heinrich-Böll-Stiftung vom 17. September 2010](#)

[Studie »Von »Atomen für den Frieden« zu Atomen für den Krieg?« der Stiftung Wissenschaft und Politik vom Juni 2010](#)

[Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968](#)



Jagdbomber »Tornado« der Luftwaffe auf dem Fliegerhorst Büchel Foto: Büro/Wikimedia Commons

KATASTROPHE IN WARTESCHLEIFE

VON IGOR L. FAYLER

Atombomben sind Relikte des Kalten Krieges. Trotz zahlreicher Unfälle mit ihnen, die durch menschliches oder technisches Versagen ausgelöst wurden, gibt es bis heute immer noch mehr als 16.000 Sprengköpfe. Weil selbst das geringste Restrisiko im Zusammenhang mit der Existenz dieser Massenvernichtungswaffen ein zu großes ist, kann wirkliche nukleare Sicherheit nur durch ihre komplette Abrüstung garantiert werden. Es ist Zeit für »global zero«.

In seiner wohl berühmtesten Pressekonferenz vom 12. Februar 2002 wies Donald Rumsfeld auf das Problem der »unknown unknowns« hin, auf »unbekannte Unbekannte«. Bezogen auf sicherheitspolitische Fragestellungen stellen »unknown unknowns« für Rumsfeld ein hohes Gefahrenpotenzial dar. Ob der ehemalige US-Verteidigungsminister mit dieser Rede sprachlich und inhaltlich brillierte, ist unter Kommentatoren bis heute umstritten. Ohne Zweifel jedoch verhalf er durch diese po- +

KOMMENTAR

litische Prosa außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen kurzzeitig zu medialer Prominenz.

Neben solchen abstrakten Bedrohungen existieren zahlreiche konkrete Sicherheitsrisiken, welche zwar bekannt, jedoch nicht unbedingt prominent sind. Seien es Staatszerfall, Binnenflüchtlinge oder Desertifikation und deren Folgen – ob ein Phänomen »versicherheitlicht« wird, das heißt als sicherheitspolitisches Problem definiert wird, bestimmen letztendlich Menschen. Eine nicht minder große Gefahr stellen deshalb sicherheitspolitische »known knowns« dar, um die wir zwar wissen, die jedoch kleingeredet oder gar gänzlich ignoriert werden.

Eine Vielzahl an bekannten Sicherheitsrisiken finden sich im Zusammenhang mit der Bewachung, der Lagerung und dem Transport – sprich, der bloßen Existenz – von Nuklearwaffen. Diese Risiken sind lange bekannt und stellen eine hohe Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Sie zu verharmlosen oder

cherheit von Nuklearwaffen betraut ist, mit atomarem Unwissen. Die Leistung des Personals wurde als »unbefriedigend« bewertet.

August 2013: Erneut fällt eine US-Einheit, welche für die Überwachung von zahlreichen Nuklearwaffen verantwortlich ist, bei einer Sicherheitsüberprüfung durch. Sie konnte die Kontrolle über den im Rahmen einer Simulation „gestohlenen“ Sprengkopf nicht zurückerlangen.

Oktober 2013: USAF-Personal lässt eine Bunkertür offen stehen und ermöglicht somit unbefugtem Personal direkten Zugang zu atomaren Sprengköpfen.

März 2014: Bei schriftlichen Prüfungen des mit Atomwaffen befassten Personals der USAF über Handlungsabläufe bei Raketenstarts kommt es zu zahlreichen Täuschungsversuchen. Darüber hinaus wird vermehrt über illegalen Drogenbesitz und Fälle nicht weiter definierten, »persönlichen Fehlverhaltens« berichtet.

re offizielle Nuklearmächte. Auch in Europa birgt die Existenz von Nuklearwaffen ein ernstzunehmendes Risiko. In fünf europäischen NATO-Mitgliedsstaaten – Belgien, Italien, den Niederlanden, der Türkei und Deutschland – lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe weiterhin US-Atomwaffen.

So gelang es 2010 belgischen Aktivisten, so genannten »bomb spotters«, unbemerkt die Luftwaffenbasis »Kleine Brogel« zu betreten und sich dort über eine Stunde lang aufzuhalten. Zwei Jahre zuvor berichteten Medien über ernstzunehmende Probleme bei der sicheren Lagerung von Atomwaffen im Luftwaffen-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz. Der Absturz eines »Tornados« in der Nähe von Büchel Anfang dieses Jahres bekräftigte die dortige Bevölkerung sowie Atomwaffengegner im Allgemeinen in ihrer ablehnenden Position zu Atomwaffen.

Bei diesen Beispielen handelt es sich aber lediglich um bekannt gewordene Zwischenfälle. Bei einem

VIELE SICHERHEITSRISIKEN ERGEBEN SICH ALLEIN AUS DER BLOSSEN EXISTENZ VON NUKLEARWAFFEN.

schlicht zu ignorieren, zeigt deshalb ein besonderes Maß an Verantwortungslosigkeit. Allein in den letzten Jahren wurden viele – teils schwerwiegende – Probleme im Zusammenhang mit Nuklearwaffen öffentlich bekannt. Ein Rückblick:

August 2007: Ein B-52 Bomber der US Air Force (USAF) wird versehentlich mit sechs atomar bewaffneten Marschflugkörpern beladen bevor er mehrere US-Bundesstaaten überfliegt; die Crew war über die brisante Ladung nicht informiert.

Mai 2008: Bei einer Routinekontrolle glänzt das 5. Bombengeschwader der USAF, welches mit der Si-

Diese Zwischenfälle reihen sich in eine Vielzahl tatsächlicher Unfälle im Zusammenhang mit Nuklearwaffen ein. Im US-Militärjargon als »Broken Arrow« bezeichnet, sind allein in den USA 32 solcher Unfälle seit 1950 dokumentiert und von offizieller Seite bestätigt. Die Liste ist lang und besorgniserregend: Sie reicht von Kollisionen nuklear bewaffneter Flugzeuge und U-Boote, über spurlos verschwundene Kernwaffen bis hin zu Flugzeugabstürzen auf Atomwaffenmagazine.

Doch beschränkt sich die Gefahr von Unfällen mit Nuklearwaffen nicht nur auf die USA und weite-

militärisch und politisch so sensiblen Thema wie den nuklearen Fähigkeiten eines Staates bleiben viele Informationen unter Verschluss. Dies gilt insbesondere für Zwischenfälle, welche wertvolle Informationen, beispielsweise wehrtechnische Probleme oder Fähigkeitslücken, preisgeben könnten. Weil es einige Nuklearmächte mit der Transparenz und freien Berichterstattung nicht so ernst nehmen, muss bei Unfällen und Fällen von Missbrauch von einer weitaus höheren Dunkelziffer ausgegangen werden.

Die Geschichte der nuklearen »known knowns« verdeutlicht, dass es keinesfalls krimineller Energie +

KOMMENTAR

oder terroristischer Absichten bedarf, um vor unserer Haustür einen Nuklearunfall herbeizuführen; Ignoranz, Überforderung oder eine bloße unglückliche Fügung sind bereits ausreichend. Doch wie sollen wir mit diesen zwei potentiellen Schwachstellen – Mensch und Technik – welche zwischen uns und einem möglichen atomaren Unfall liegen, umgehen? An dieser Stelle drängt sich die Frage nach der »Versicherheitlichtung« auf: Sind mögliche nukleare Unfälle (noch) nicht ausreichend »versicherheitlicht« oder nehmen wir ein solches Risiko wissend in Kauf?

Hinter diesem Problem steckt die Frage, ob es sich bei technischem und menschlichem Versagen um kalkulierbare Größen handelt. In Seminaren und Fachpublikationen lässt sich wunderbar über diese philosophische Frage streiten – im Falle von nukle-

ge Unterbrechung der Kommunikation zwischen den USA und der Sowjetunion gegeben hätte? Trotz des gehaltenen »Heißen Drahts« fiel es beiden Supermächten schwer, das Handeln des Gegenübers richtig einzuschätzen. Wie schnell hätte es aber zu einer Fehleinschätzung der Situation kommen können, wenn keinerlei Dialog mehr möglich gewesen wäre? Heute wissen wir, dass auf diesem Höhepunkt des Kalten Krieges der nukleare Schlagabtausch mehrfach nur einen Schritt entfernt war – und das trotz aller Korrespondenz und Gespräche.

Sind die Faktoren Mensch und Technik aber nicht kalkulierbar, stellt sich zwangsläufig eine ethische Frage: Können wir es verantworten, dass das Schicksal zahlreicher Menschen – im schlimmsten aller Fälle der gesamten Menschheit – in Hän-

schriftweise, kontrollierte multilaterale Abrüstung aller Nuklearwaffen sein. Denn nur eine Welt frei von Atomwaffen – »global zero« – wie von US-Präsident Barack Obama bei seiner historischen Rede auf dem Prager Hradtschin am 5. April 2009 gefordert, kann garantieren, dass nicht das Versagen eines einzigen Mikrochips oder eines einzelnen Menschen über das Schicksal der gesamten Menschheit entscheidet. ●●●

Igor L. Faylor studiert *International Relations (MA)* in Bremen und engagiert sich bei der Initiative »Global Zero« für nukleare Abrüstung.

KÖNNEN WIR ES VERANTWORTEN, DASS DAS SCHICKSAL VIELER MENSCHEN IN HÄNDEN DES ZUFALLS LIEGT?

arer Sicherheit ist jedoch mehr Pragmatismus geboten. Denn wenn man diesen Ansatz für die beiden Schwachstellen genauer betrachtet, wird schnell klar, dass er, aus jeweils unterschiedlichen Überlegungen heraus, stets abzulehnen ist. Erachtet man technisches und menschliches Versagen als kalkulierbare Größen, spricht das Erfahrungswissen eindeutig gegen eine solche Kalkulation. Denn die Geschichte lehrt uns, dass Unfälle – bei aller Vorsicht – trotzdem passieren, dass sie dramatische Auswirkungen haben können, und wir etliche Male nur knapp einer Katastrophe entgangen sind.

Eins von zahlreichen erschreckenden Gedankenexperimenten: Was wäre gewesen, wenn es während der Kuba-Krise im Herbst 1962 eine kurzzeiti-

den des Zufalls liegt? Können Regierungen, Streitkräfte und die Zivilgesellschaft allein auf die Hoffnung setzen, dass Mensch und Technik stets einwandfrei funktionieren? In manchen Fällen kann über ein »Ja« als Antwort auf diese Fragen vielleicht diskutiert werden. Im Fall von Nuklearwaffen jedoch, muss jede aufgeklärte Gesellschaft diese Fragen stets verneinen. Zu viele Risiken sind mit Nuklearwaffen verbunden – sie sind weithin bekannt und dürfen nicht wegdiskutiert werden. Heute liegen noch immer mehr als 16.000 dieser Relikte des Kalten Krieges in den Händen von Mensch und Technik – und beide sind sehr fehleranfällig.

Weil es immer ein zu hohes Restrisiko geben wird, kann die einzige richtige Antwort nur eine

Quellen und Links:

[Bericht über Sicherheit von Atomwaffen auf Spiegel Online vom 23. Oktober 2013](#)

[Bericht des Business Insider über »Broken Arrows« vom 23. Mai 2013](#)

[Forschungspapier des Belfer Center der Harvard University über taktische Atomwaffen in Europa vom Mai 2011](#)

[Webpräsenz der Initiative »Global Zero«](#)

[Webpräsenz der »Nuclear Threat Initiative«](#)

ganz neue Methoden ...



ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik betritt Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.

JETZT HERUNTERLADEN BEI WWW.ADLAS-MAGAZIN.DE

DIE WELT UND DEUTSCHLAND: ISLAMISCHER STAAT



Graffiti des Anführers der Gruppe »Islamischer Staat«, Abu Bakr al-Bagdadi. Der französische Bildhauer und Kunstunternehmer Thierry Ehrmann hat ihn inzwischen zum Teil seiner post-apokalyptischen »Demeure de Chaos« gemacht, einer Art kollektiver Großinstallation, die er und andere Künstler seit 1999 laufend aktualisieren. Hier findet sich Bagdadi in Gesellschaft zum Beispiel mit solchen Persönlichkeiten wie Muammar al-Gaddafi und Osama bin Laden.

Foto/Illustration: Thierry Ehrmann/CC BY 2.0

Beim Barte des Kalifen

von Marco Bitschnau

Mit Agilität, Tücke und Grausamkeit hat sich der »Islamische Staat« dieses Jahr ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit katapultiert. Doch die Gruppe und ihre Intentionen sind selbst im sunnitisch-extremistischen Spektrum höchst umstritten.

Besonders das Insistieren auf der Erneuerung des historischen Kalifats sorgt bei Rivalen auf dem nahöstlichen Terrortableau für hochgezogene Augenbrauen – sowohl machtpolitisch wie auch theologisch.

Im Spätherbst 744 wurde Ibrahim Ibn al-Walid, in der Geschichtsschreibung meist einfach nur Ibrahim genannt, zum Kalifen und damit zum nominellen Oberhaupt der islamischen Gemeinschaft, der *umma*, ausgerufen. Doch das einstmals mächtige Umayyaden-Reich befand sich bereits an der Schwelle zum Niedergang. Die rasante Expansionspolitik der letzten Jahrzehnte forderte ihren Tribut: Aufstände in Koilesyrien und Mesopotamien waren ebenso an der Tagesordnung wie Steuerrevolten unter den ägyptischen Kopten, eigenmächtige Rebellionen einzelner Provinzfürsten und die zunehmende Auflösung des islamischen Vorwärtsdrangs in einem Bad aus inneren Zwistigkeiten und gegenseitigem Misstrauen.

Es ist erstaunlich, wie sich die Muster gleichen. Ganze 1.270 Jahre sind vergangen, und wieder gibt es Aufruhr, Zerwürfnisse und unübersichtliche Verhältnisse in der Region. Wieder wird die bestehende Konstitution staatlicher Ordnung infrage gestellt, und wieder findet sich ein Kalif namens Ibrahim inmitten des Geschehens. Dieser Ibrahim, besser bekannt unter seinem Kampfnamen Abu Bakr al-Bagdadi, ist gebürtiger Iraker aus der alten Abbasidenstadt Samarra und seit der Ausrufung des Kalifats durch den »Islamischen Staat« (IS) rechtmäßiger Herrscher aller Gläubigen und von Gott ausersehener Nachfolger seines Namensvetters aus dem 8. Jahrhundert. Zumindest nach IS-Lesart.

Die radikalislamische Organisation hat eine überaus komplexe und verworrene Geschichte. Die Vielzahl an internen Fehden, Namensänderungen, Zusammenschlüssen und Abspaltungen, die durchaus mit den zahlreichen Palastintrigen der späten Umayyaden mithalten kann, ist beeindruckend. Ursprünglich aus einer Fusion lokaler Organisationen mit der al-Qaida-Außenstelle »al-Qaida im Irak« (AQI) hervorgegangen, kam der IS, damals noch unter dem Namen »Islamischer Staat im Irak« (ISI) bekannt, bald in Konflikt mit dem als schwachbrüstig wahrgenommenen Bin-Laden-Nachfolger Aiman al-Zawahiri.

Der Ägypter Zawahiri verlangte die Beibehaltung der territorialen und strukturellen Trennung zwischen ISI und der von Abu Mohammed al-Jawlani geleiteten Nusra-Front. Diese solle weiter die dschihadistischen Operationen in Syrien koordinieren, der ISI solle sich auf den Irak beschränken. Eine Forderung, die Bagdadi verweigerte. Er sah in dieser Trennlinie eine implizite Anerkennung der Grenzen des Sykes-Picot-Abkommens, die der Verwirklichung eines grenzüberschreitenden Gottesstaates entgegenstünden und widersetzte sich Zawahiris Order. Aus ISI wurde ISIS (»Islamischer Staat im Irak und Syrien«). Diese Eigenmächtigkeit hinderte ISIS- und al-Nusra-Verbände zunächst nicht daran, weiter gemeinsame Angriffe zu initiieren, wie etwa bei der Einnahme des syrischen Raqqa im März 2013, doch mehr und mehr wurde die fehlende Loyalität von ISIS gegen-

über der al-Qaida-Spitze und der schwelende Konkurrenzkampf um Macht, Einfluss, Stellungen und Rekruten zu einem ernsthaften Hindernis. »The only known instance in which a local commander [...] has openly disobeyed the al-Qaeda Central emir Zawahiri«, schreibt al-Tamimi.

Spätestens mit dem überwältigenden Erfolg der Irak-Offensive Anfang 2014 hat sich Bagdadi dann vollends von der klassischen al-Qaida-Hierarchie emanzipiert. Wie ein Orkan fegten die Extremisten über den West- und Zentralirak, nahmen die Millionenstadt Mossul ein, attackierten Ö raffinerien, schiitische Heiligtümer, Kirchen und zivile Einrichtungen und etablierten in den eroberten Gebieten eine auf der Scharia begründete Ordnung. Abermals änderte sich der Name ihrer Organisation von »ISIS« zu »IS« (»Islamischer Staat«), und am 29. Juni, dem ersten Tag des Ramadans, riefen sie in den eroberten Gebieten offiziell das erneuerte islamische Kalifat unter der Führerschaft von Bagdadi aus, der sich seither »Kalif Ibrahim« nennt.

Heute herrscht der IS über ein weites zusammenhängendes Areal, das ein gutes Drittel des Iraks ebenso umfasst wie nahezu den gesamten Osten Syriens (siehe folgende Seite; d. Red.). Die stetig zunehmende Präsenz der Islamisten bereitet dabei immer mehr Staaten in der Region Unbehagen. Der Iran fürchtet die nachhaltige Destabilisierung des Irak und den, inzwischen eingetretenen, Machtverlust des schiitischen und tendenziell pro-iranischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki. Die Türkei beobachtet die Unruhen und Flüchtlingsströme an ihrer Südostgrenze kritisch und sieht sich gezwungen, ihre Rhetorik in Bezug auf die nordirakischen Kurden zu überdenken. Und für das syrische Regime stellen die Operationen des IS zwar eine erfreuliche Atempause von den anhaltenden Bürgerkriegswirren dar, aber der Anspruch der Gruppe auf eine dauerhafte Inbesitznahme des Landes könnte sich am Ende als deutlich verheerender erweisen, als die Schlagkraft der wenigen verbliebenen FSA-Verbände.

Trotz seiner evidenten radikalsunnitischen Ausrichtung bleibt der IS letztlich aber eine seltsame Konstruktion. Einerseits erhebt er den Anspruch auf wirkliche Herrschaft und territoriale Staatlichkeit in der Nachfolge der islamischen Großreiche der Frühzeit. Er ist keine bloße Terrorgruppe, keine lokal operierende und ansonsten unsichtbare Entität, keine Schattenstruktur. Sein Machtanspruch ist offen, seine Kämpfe real, seine Angriffe sichtbar. Anderer-

seits kann man der Gruppe wohl kaum die Errichtung einer islamischen Theokratie im klassischen Stil unterstellen. Die Heerscharen der IS bestehen gleichermaßen aus Söldnern und Veteranen des Syrischen Bürgerkrieges, aus Glücksrittern und Eiferern von der arabischen Halbinsel, aus Anhängern des alten (sunnitischen) Saddam-Regimes und Absolventen pakistanischer Koranschulen und sind in dieser Heterogenität keineswegs allesamt so fundamentalistisch geprägt, wie es die Berichte von zerstörten Kirchen und Massenerschießungen auf den ersten Blick vermuten lassen.

Auch das theologische Fundament, auf das der IS sein Handeln und sein »Kalifat« gründet, hat angesichts des offenkundigen Mangels an Unterstützung durch Imame und einer wenig stringenten religiösen Argumentationslinie nur sehr begrenzte ideologische Tiefenwirkung. Sie funktioniert, ja wirkt dabei aber aufgesetzt, fast schon zwanghaft um Linearität bemüht. Das wissen auch die geistigen Frontmänner der Konkurrenz, die sich nur allzu gerne auf diese Lücke stürzen: Yusuf al-Qaradawi etwa, ein ebenso bekannter wie umstrittener Gelehr-

Die Farce des »IS«-Kalifats ist zugleich seine Tragödie.

ter aus Katar, dem enge Verbindungen zur Muslimbrüderschaft nachgesagt werden, warf Bagdadi vor, mit seiner Proklamation nicht nur gegen die Scharia zu verstoßen, sondern auch noch das allgemeine Ansehen der Muslime in den Schmutz zu ziehen. Wenngleich die Wiedererrichtung des Kalifats selbstredend ein wichtiges Ziel sei, ließ al-Qaradawi wissen, so könne der Titel eines Kalifen doch nur durch das einhellige Urteil der gesamten islamischen Gemeinschaft vergeben werden. Die Ansprüche des »Islamischen Staats« nannte er falsch, das Vorgehen von »Gräueltaten und radikalen Ansichten« geprägt. Auch der jordanische Scheich Abu Mohammed al-Makdissi, ein ehemaliger Mentor des Terroristen und Al-Qaida-Affilierten Abu Musab al-Sarkawi erklärte den Rechtsan-

spruch des »Islamischen Staats« in einer Fatwa für null und nichtig. Das Verhalten von Bagdadi sei »schändlich« und kein gottesfürchtiger Muslim dürfe solch einem Usurpator Gefolgschaft leisten.

Aus diesen Vorwürfen klingt neben dem klassischen Zusammenspiel von Zorn und Entrüstung auch eine spürbare Beunruhigung heraus, die sich aus der unorthodoxen Vorgehensweise der IS speist. Seit Jahrzehnten schon träumen extremistische Kreise von einem muslimischen Großreich, einem neuen Kalifat,

Seit Jahrzehnten schon träumen Dschihadisten von einem muslimischen Großreich.

doch weder die al-Qaida-Führung noch die Muslimbrüderschaft oder sonst eine Organisation hätte es jemals gewagt, der Welt die Nachfolge in die seit 1924 vakante Kalifenposition anzutreten. Und nun tut es dieser Abu Bakr al-Bagdadi, ein gleichsam aus dem Nichts gekommener 43-jähriger Doktor der Islamwissenschaften. Zu allem Überfluss ist dieser Mann dann auch noch erfolgreich genug, sich einen dauerhaften Machtbereich zu schaffen, der von Aleppo bis tief in den Zentralirak hineinreicht und alle Hoffnungen auf einen florierenden Nachkriegsirak zerschlägt. Und nicht nur das: Die Ausrufung des Kalifats und die Erhebung Bagdadis zum »Kalifen« verschaffen dem IS aus fundamentalistischer Perspektive einen faszinierenden Glanz, ganz so, als sei die Gruppe direkt einer Endzeitprophetie entsprungen.

Ein besseres Werbemittel könnte man sich kaum vorstellen; die mystische Begriffsweite des Kalifatsbegriffs ist enorm, ob nun vom sunnitischen Establishment anerkannt oder nicht. Mit ihm ist es dem IS endgültig gelungen, alte und neue Vorgehensweisen und Symboliken geschickt zu einem gleichermaßen undurchsichtigen wie brachialen Narrativ zu verbinden, über dessen längerfristige Zielsetzung sich nur spekulieren lässt. Was sind die nächsten Schritte? Ein stär-

kerer Einsatz in Mittelsyrien? Eine Offensive gegen die Kurdengebiete im nördlichen Irak? Ein Marsch auf Bagdad? Eine Konsolidierungsphase? Ein Aufruf der Hamas, den bedrohten Brüdern und Schwestern in Gaza beizustehen, wurde jedenfalls mit dem Hinweis abgelehnt, man habe noch keine göttliche Eingebung zur Vernichtung der Juden erhalten und wolle zunächst den Islam selbst von allen Ungläubigen und Apostaten säubern. Wo sich andere Gruppierungen sonst darin überbieten, die »zionistischen Besatzer« mit möglichst ausgefeilten Schimpftiraden zu attackieren, belässt es der IS bei einem kühlen Verweis auf seinen ureigenen Fokus: die sunnitisch-schiitische Dichotomie als eigentliche Wurzel des irakischen Konflikts. Einen deutlicheren Verweis, wie wenig den Anhängern des »Kalifats« daran gelegen ist, sich für die Zwecke konkurrierender Gruppen einspannen zu lassen, kann man kaum bekommen. Und vielleicht liegt darin auch ihre besondere Gefahr.

Anfang Juli 2014 zeigte sich der ansonsten als medienscheu geltende »Kalif« dann auch erstmals der Öffentlichkeit. Während einer Predigt in der Großen Moschee von Mossul bekräftigte er nochmals seinen Anspruch, Führer aller Muslime zu sein und rief die Gläubigen zum Dschihad gegen alle Formen der Irrlehre auf. Die Reaktionen fielen wie zu erwarten aus: Regierungen und Parlamentarier aller Couleur verurteilten den Auftritt, islamische Geistliche betonten ein weiteres Mal die fehlende koranische Untermauerung der IS-Ansprüche und das Gros der Medien spottete vor allem über die vermeintliche Luxusuhr, die der ansonsten ganz in schwarz gehüllte Bagdadi hin und wieder am Handgelenk aufblitzen ließ. Allerdings kann er sie sich leisten: Bei der Einnahme von Mossul sollen den Islamisten bei der Plünderung der dort ansässigen Zentralbank alleine mehr als 400 Millionen US-Dollar in die Hände gefallen sein. Dazu modernstes Kriegsggerät, Hubschrauber, neuartige Waffensysteme und randvolle Munitionsdepots, die die desertierenden irakischen Streitkräfte zurücklassen mussten. Und dann stehen da noch die Vorwürfe des sichtlich verzweifelten Maliki im Raum, der IS erhalte massive Finanzspritzen aus Saudi-Arabien und Katar und diene der Zurückdrängung des schiitischen Einflusses in der Region. Der Auftritt des IS-Anführers mag also bizarr wirken, anachronistisch, aus der Zeit gerissen, aber die Ressourcen, die dahinterstehen und die der IS nun sein eigen nennt, sind nur allzu reale Güter des 21. Jahrhunderts. +

ISLAMISCHER STAAT I

Der Lauf der Geschichte wiederholt sich zweimal, einmal als Tragödie und einmal als Farce, schrieb Karl Marx einst in seinem »Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte«. Im Fall des IS-»Kalifats« ist allerdings wohl die Farce die eigentliche Tragödie. Mit einem schwachen, uneinigen und auseinanderbrechenden Irak, einem instabilen und umkämpften Syrien, einsatzmüden Vereinigten Staaten und Golfstaaten, die sich nicht anschicken, den sunnitischen IS-Kämpfern mit besonderer Härte gegenüberzutreten, existieren genug äußere Rahmenfaktoren, die ein schnelles Ende der Islamisten unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Ibrahim, der Umayyade aus dem 8. Jahrhundert, hielt sich nicht lange. Nach nur zwei Monaten wurde er von dem revoltierenden kaukasischen Statthalter Marwan besiegt und für abgesetzt erklärt. Mit Abu Bakr al-Bagdadi, dem Ibrahim unserer Tage, wird die Weltgemeinschaft wohl größere Schwierigkeiten haben. •••

Marco Bitschnau *studiert Soziologie, Politikwissenschaften und Ökonomie an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen.*



Unter dem schwarzen Banner: Die Flagge des »IS« trägt das islamische Glaubensbekenntnis: »Es gibt keinen Gott außer Gott. Mohammed ist sein Gesandter«, hier 2013 vermutlich in der irakischen Provinz Anbar.

Bildquelle: [Washington Post](#) (Abruf: 20. November 2014)

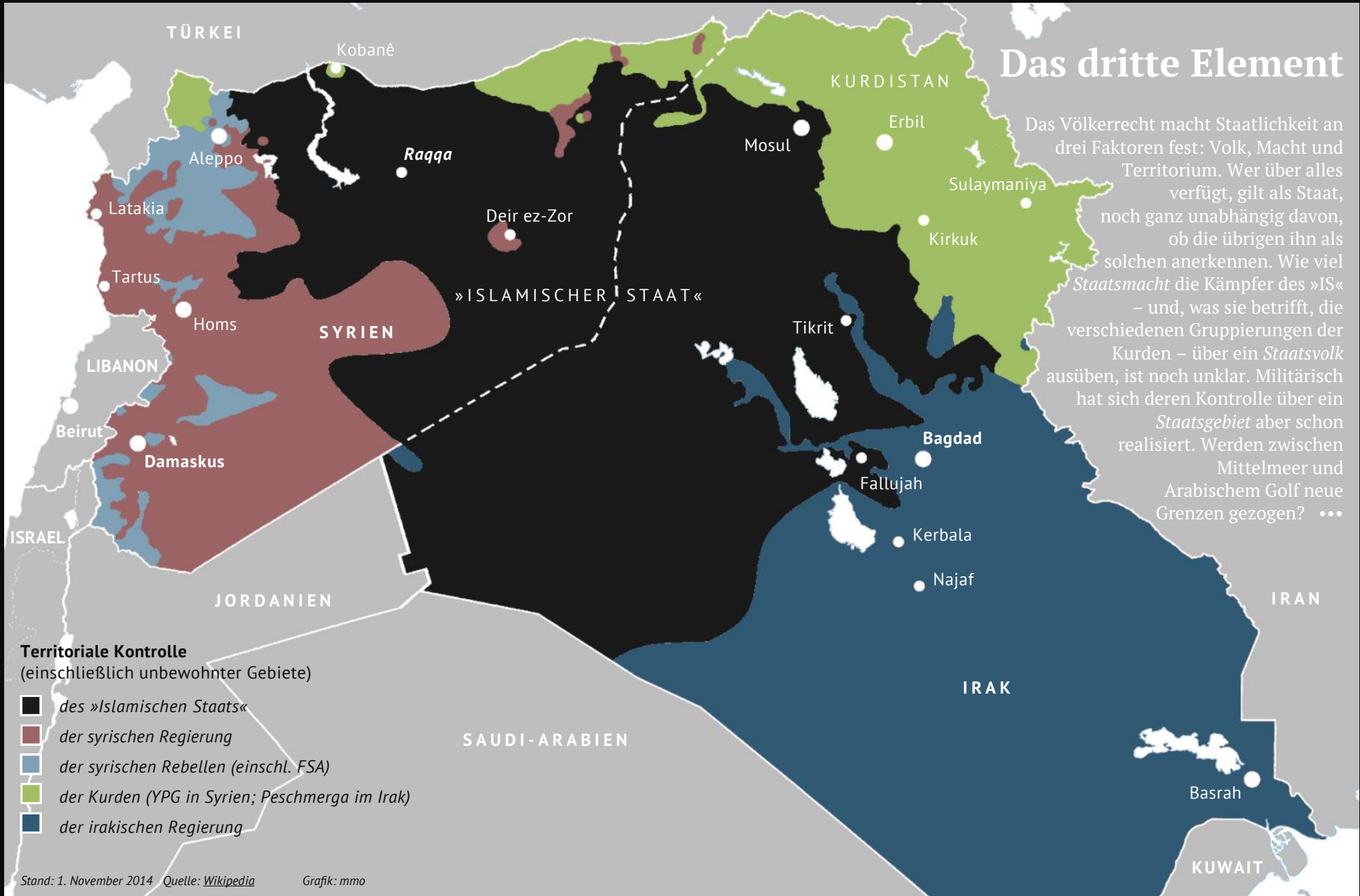
Quellen und Links:

[Kommentar »Five Myths about the Islamic State« von Daniel Byman in der *Washington Post* vom 3. Juli 2014](#)

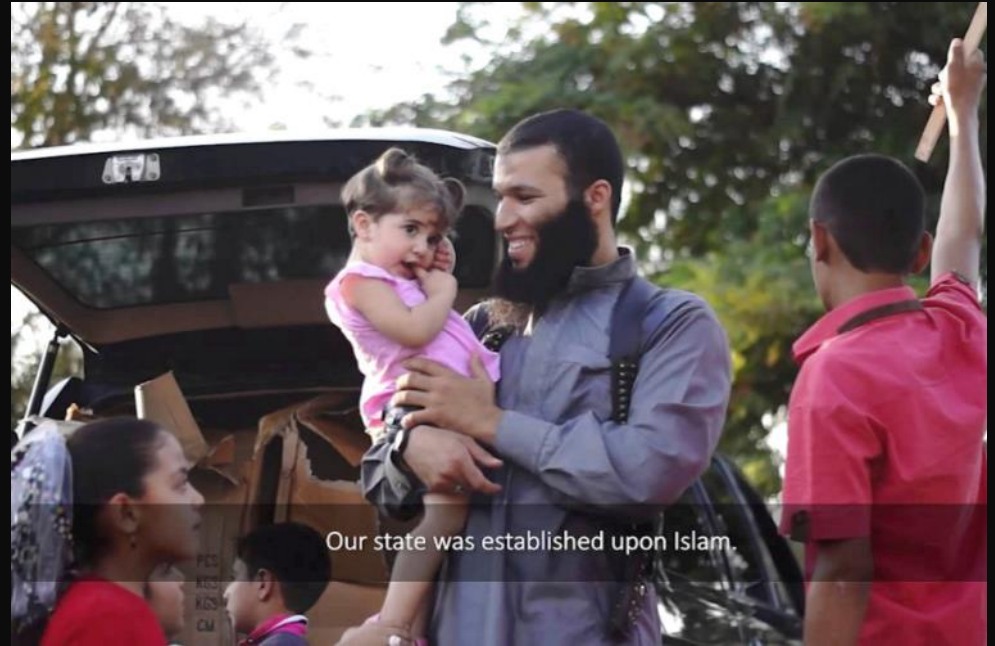
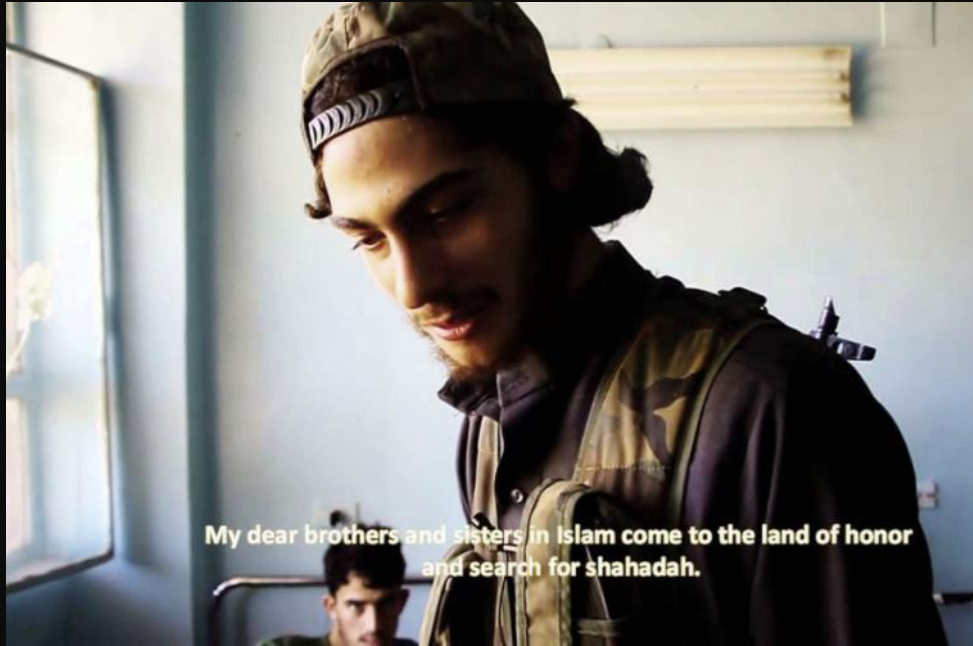
[Hintergrundbericht »Extremists in Iraq Continue March Towards Baghdad« des *Time Magazine* vom 11. Juni 2014](#)

[Analyse »The Dawn of the Islamic State of Iraq and Ash-Sham« in der *Current Trends in Islamic Ideology*, Ausgabe 16, vom März 2014](#)

[Analyse »The Caliphate and the Changing Strategy of the Public Statements of al-Oaeda's Leaders« in der *Political Theology*, Ausgabe Nr. 11\(4\), vom Oktober 2010](#)



DIE WELT UND DEUTSCHLAND: ISLAMISCHER STAAT



»Heile Welt« des »IS« in seinen Videoposts im Sommer 2014: Er spielt mit Hilfe seines *al-Hayat Media Center* professionell auf der Klaviatur mehr oder weniger subtiler Propaganda. An ein Publikum im Westen richten sich via Sozialer Medien Rekrutierungs-Clips für potentielle Dschihadisten oder die Präsentation erbeuteter militärischer Stärke. Die andere Seite dieser Medaille sind die erschreckenden Aufnahmen von Hinrichtungen westlicher Geiseln.

Bildquellen (v.l.o.n.r.u.): [youtube.com](https://www.youtube.com), [youtube.com](https://www.youtube.com), [theblaze.com](https://www.theblaze.com), [tune.pk](https://www.tune.pk) (Abruf: 17. November 2014)

Die Revolution frisst ihre Eltern

von Matthias Winkler

Der Aufstieg des »Islamischen Staats« zu einer der gefährlichsten islamistischen Gruppen im Nahen Osten lässt sich vor allem im Kontext regionaler Konfliktlinien erklären. Der iranisch-saudische Machtkampf um den Irak lieferte den Hintergrund und der syrische Bürgerkrieg die Initialzündung für den Vormarsch der Terrorgruppe, die aus »al-Qaida im Irak« hervorgegangen ist. In der Finanzierung konnte sie sich mittlerweile fast vollständig von Spendern aus den Golfstaaten emanzipieren.

Am 26. Juli 2014 lieferten sich die syrische Armee und die Terrororganisation »Islamischer Staat im Irak und Syrien« (ISIS) in der Provinz Raqqa ein schweres Gefecht. Nach ersten Meldungen wurden über 50 Soldaten der Assad-Regierung von den Islamisten hingerichtet. Daraufhin intensivierte die syrische Luftwaffe ihre Angriffe auf die Region. Diese Nachricht klingt wie das, was wir seit drei Jahren alltäglich aus Syrien zu hören bekommen und doch ist es ein Novum. Denn entgegen dem, was man von einer sunnitisch-islamistischen Gruppe im syrischen Bürgerkrieg erwarten würde, war dies die erste große Auseinandersetzung zwischen den syrischen Streitkräften und den Milizen des »Islamischen Staats«.

Die dschihadistische Gruppierung hatte in den letzten Monaten neben den nördlichen Gebieten Syriens auch weite Teile des Iraks erobert. Nachdem die Macht in diesen Gebieten konsolidiert schien, eröffneten die Islamisten nun auch die Offensive gegen die Regierung in Damaskus. Zuvor lag der Fokus auf der Bekämpfung anderer Widerstandsgruppen, was dazu führte, dass einige Experten sogar von einem geheimen Bündnis zwischen Assad und der Terrorgruppe sprachen. Es wäre dies nicht das erste Mal, dass konfessionelle Grenzen aus machtpolitischen Gründen übergangen worden wären.

Der Erfolg des ISIS lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen. Von besonderer Bedeutung sind aber die Konfliktlinien in der Region und vor allem in Syri-

en, die das Wiedererstarken einer Gruppe erlaubten, die ihren Zenit eigentlich schon überschritten hatte. Die Herkunft des ISIS ist, wie der Name vermuten lässt, eng mit der jüngeren Geschichte des Iraks verbunden. Die amerikanische Intervention im Zuge des »War on Terror« bildete hierbei den Katalysator für die Entstehung einer Allianz verschiedener Gruppen, die das Zweistromland in einen mehrere Jahre andauernden blutigen Konflikt stürzte. Auch wenn es der Vielschichtigkeit des Konfliktes nicht gerecht wird, ihn auf sunnitisch-schiitische Spannungen zu reduzieren, so war es gerade diese konfessionelle Komponente, die von Teilen der irakischen Widerstandsbewegung ausgenutzt wurde und die auch heute wieder ein enormes Mobilisierungspotential entfaltet.

Im Zentrum des Konfliktes im Irak nach Saddam Hussein stand ein Mann: Abu Musab al-Zarqawi. Der Jordanier hatte als junger Mann noch das Ende der sowjetischen Besatzung Afghanistans erlebt. Im Jahr 1999 begann er mit der finanziellen Unterstützung al-Qaidas eigene Einheiten zu trainieren und zu indoktrinieren. Bis zum März 2003 hatte er in der Region ein breites logistisches und personelles Netzwerk etablieren können und viele erfahrene Kämpfer im so genannten sunnitischen Dreieck (zwischen Bagdad, Ramadi und Tikrit im Norden des Irak) um sich geschart. Der Widerstand gegen die Besetzung des Iraks durch die USA und ihre Verbündeten bot die einmalige Gelegenheit für Zarqawi, sich +

einen Namen zu machen: Seine Gruppe, die sich bald darauf »al-Qaida im Irak« (AQI) nennen sollte, veröffentlichte brutale Videoaufnahmen von Ermordungen und Angriffen auf ihre Gegner. Zudem überschätzte das US-Militär die Rolle des Jordaniers für den Widerstand massiv und trug so weiter zur Legendenbildung bei. Mit der wachsenden Popularität in islamistischen Kreisen wuchs auch die Rolle, die die AQI spielte. Nicht nur ausländische Kämpfer schlossen sich der Gruppe an. Sie erhielt auch Unterstützung von ehemaligen Baath-Parteikadern und Teilen der irakischen Armee, die von den Besatzern aufgelöst worden war. Zarqawi hatte einen Vier-Punkte-Plan für den Kampf gegen die USA und ihre Verbündeten ausgearbeitet. Ein zentraler Aspekt dabei war, gezielte Anschläge gegen Schiiten zu verüben und ihre Heiligtümer zu zerstören, um so einen Bürgerkrieg zu provozieren. Es schien so als würde sein Plan aufgehen: Mehrere zehntausend Iraker starben in den folgenden Jahren, manche Schätzungen gehen von über einer halben Millionen Toten aus. Doch die AQI geriet im-

ISIS hat in der Vergangenheit wahrscheinlich saudische Gelder erhalten, wenn auch unbeabsichtigt.

mer mehr in den Ruf selbst ein ausländischer Invasor zu sein, die Brutalität, die die Gruppe an den Tag legte, trug weiter zum Verlust der Unterstützung von Seiten der irakischen Widerstandsbewegung bei.

Das US-Militär nutzte die Unzufriedenheit der irakischen Sunniten und trieb einen Keil zwischen sie und AQI. In Folge wechselten über 100.000 Stammeskämpfer die Seiten. Gleichzeitig schwächte die Antiterrorkampagne der US-Spezialkräfte die Gruppe personell – nicht zuletzt auch durch den Tod Zarqawis am 7. Juni 2006 durch einen US-amerikanischen Luftangriff. In den folgenden Jahren tobte der Kampf weiter, aber die Al Qaida im Irak verlor immer mehr an Bedeutung – insbesondere wegen der konsequenten Ausschaltung der Führungs-

mitglieder. Als die USA sich jedoch im Dezember 2011 aus dem Irak zurückzogen, begann die AQI wieder zu erstarken. Dies lag vor allem an der Politik des schiitischen Ministerpräsidenten des Iraks, Nuri al-Maliki, die auf den Ausschluss sunnitischer Kräfte aus Politik und Militär hinauslief und die sunnitischen Stämme wieder in die Arme der Islamisten trieb.

Vor allem aber war es der regionale Kontext, der den Wiederaufstieg der Gruppierung beschleunigte. Der Bürgerkrieg im benachbarten Syrien sorgte für eine Destabilisierung der Region. Waffen und Geldmittel flossen aus verschiedenen Staaten, wie Katar und Saudi-Arabien, aber auch den USA, Frankreich und Großbritannien an die Aufständischen in Syrien, die Türkei öffnete ihre Grenzen für die Widerstandskämpfer. Der neue Anführer der nun in »Islamischer Staat im Irak und Syrien/Levante« (ISIS) umbenannten Gruppe, Abu Bakr al-Bagdadi, wusste diese Möglichkeiten zu nutzen: Der von ISIS geführte Kampf, insbesondere gegen andere Widerstandsgruppen wurde mit gnadenloser Brutalität und Effektivität geführt. Selbst andere Gruppen erkennen die militärischen Fähigkeiten des »Islamischen Staates« an. Viele Mitglieder der Nusra-Front, vor allem ausländische Dschihadisten, schlossen sich zuletzt dem ISIS an. Allgemein ist die Gruppe unter ausländischen Kämpfern sehr beliebt: PR-Aktionen, wie die Ausrufung eines Kalifats, tragen weiter zur Popularität bei.

Aber nicht nur Syrien war entscheidend für den Wiederaufstieg des AQI als ISIS. Auch andere regionale Akteure trugen dazu bei. Zu den ersten Verdächtigen, wenn es um die Unterstützung sunnitischer Gruppen geht, gehört Saudi-Arabien: Reiche Geldgeber aus dem arabischen Staat haben schon zuvor radikal sunnitische Gruppen, beispielsweise in Indien und im Jemen unterstützt. Solche Finanzierungen werden von der saudischen Regierung toleriert, teilweise auch offen unterstützt. Die Taliban in Afghanistan erfuhren ebenfalls Unterstützung aus Saudi-Arabien und wurden vom Königshaus in Riad zeitweise als legitime Regierung des Landes anerkannt. Zwischen dem saudischen Wahhabismus und den salafistischen Strömungen solcher Gruppierungen bestehen enge ideologische Verbindungen – die (finanzielle) Unterstützung von radikalen Muslimen im Ausland ist nach GIGA-Expertin Anna Sunik ein inhärenter Teil saudische Außenpolitik. Der Irak war schon zuvor ein Spielball im Kampf regionaler Mächte, vor allem nach der iranischen Revolution 1979, als die zuvor leiste geschürte +

Rivalität zwischen Saudi-Arabien und dem Iran offen ausgetragen wurde. Die Konkurrenz der beiden größten Staaten der Region, die sich hauptsächlich über ihre fossilen Ressourcen finanzieren – der Exportanteil von Erdöl und Erdgas Irans lag 2014 bei rund 47 Prozent, der Saudi-Arabiens bei circa 85 Prozent – geht weit über die Konfessionen hinaus und lässt sich eher als ein Konflikt um die regionale Vormachtstellung deuten.

Dabei wurde und wird von beiden Seiten versucht, die Religion als Mittel zur Mobilisierung der Massen zu instrumentalisieren. Der Iran stellt sich als Schutzmacht der Schiiten dar, das saudische Königshaus gilt dagegen als sunnitische Gegengewicht zu iranischer Hegemonie-Ansprüchen. Mit dem Sturz Saddam Husseins änderte sich das gepflegte Machtgleichgewicht des Nahen Ostens. Der Iran galt als Gewinner des Machtwechsels im Zweistromland – eine Einschätzung, die sich nach dem Amtsantritt Malikis und dem Abzug der Amerikaner und ihrer Verbündeten noch verstärken sollte. Auch wenn vermutet werden kann, dass der sunnitische Vormarsch im Irak und Syrien, dem saudischen Königshaus im Sinne einer Wiederherstellung der sunnitischen Vormachtstellung in der Region entgegenkommt, so ist dieser Schluss doch verkürzt. Betrachtet man die Außenpolitik Riads in den letzten Jahren, so wurde der Stabilität immer höchste Priorität eingeräumt. Die Unterstützung einer sunnitischen Gruppe, die es sich zum Ziel setzt Grenzen aufzulösen und die zuletzt auch damit gedroht hatte das saudische Königshaus zu stürzen und die Kaaba zu zerstören, ist in diesem Kontext nur schwer vorstellbar, auch wenn sie der anderen großen Konstante saudischer Außenpolitik, der Eindämmung des Irans, dienen würde.

Anfang Juli 2014 versetzte die saudische Regierung 30.000 saudische Truppen an die Grenze zur irakischen Provinz Anbar, um ein Überschwappen sunnitischer Islamisten in das Königreich zu verhindern. Die Annahme, dass Saudi-Arabien die Finanzierung des ISIS durch Privatleute zulässt, ist zumindest seitdem die Gruppe im März 2014 offiziell als terroristische Vereinigung gelistet wurde, nicht mehr zutreffend. Eine zentrale Antiterrormaßnahme des Königshauses ist es, den nationalen Finanzsektor zu überwachen und verdächtige Spenden an solche Gruppen nicht zuzulassen. Dennoch ist es sehr wahrscheinlich, dass ISIS in der Vergangenheit auch saudische Gelder erhalten hat. Vorrangig islamistische Widerstandsgruppen in Syrien wurden in den letzten zwei Jahren von den Golfstaa-

ten massiv mit Waffen und Geldern ausgestattet. Experten vermuten, dass es diese Mittel waren, die dem »Islamischen Staat« bei seinem Aufstieg zur gefährlichsten Gruppierung der Region geholfen haben.

Auf der anderen Seite hat sich der Iran verpflichtet, dem schiitischen Premier Maliki und seiner schiitisch-dominierten irakischen Armee im Kampf gegen ISIS beizustehen. Wie das International Institute for Strategic Studies herausgefunden hat, lieferte Teheran Anfang Juli mehrere Kampfflugzeuge Su-25 »Frogfoot« in den Irak. Weitere Waffenlieferungen werden vermutet. Zudem sind einige

Mehrere tausend Barrel Öl gelangen täglich aus dem »Kalifat« auf den Weltmarkt.

Militärberater und iranische Elitetruppen (al-Quds) im Land, die der irakischen Armee aktiv im Kampf gegen ISIS beistehen. Auch wenn es wie ein humanitäres Eingreifen zum Schutz der Schiiten des Irak aussieht, und angesichts des brutalen Vorgehens des ISIS auch nach außen so präsentiert wird, ist das vorrangige Interesse Teherans der Machterhalt im Nachbarland. Das konfessionelle Grenzen zu diesem Zweck auch schon mal überschritten wurden, zeigt die Unterstützung Teherans für die Kampagne der AQI und Zarqawis gegen die US-Besatzung des Irak vor einigen Jahren.

Auch wenn die Finanzierung aus den Golfstaaten wohl einen großen Teil zum Aufstieg des ISIS beitrug, so sollte ihre Bedeutung heute nicht überschätzt werden. Der »Islamische Staat« unterscheidet sich in vielen Aspekten von anderen Gruppierungen: Es gibt eine strenge Organisationsstruktur, die weniger an eine terroristische Gruppe und mehr an eine profitorientierte Söldnerarmee erinnert. Die Kämpfer des ISIS erhalten Soldzahlungen. Es werden Jahresberichte herausgegeben deren vorrangiges Ziel es ist, neue Spender anzuwerben. Diese Finanzierung über externe Spender ist allerdings nur ein Standbein der ISIS, und zu-

gleich eines, das immer mehr an Bedeutung verliert. Nach Aussage des Brookings-Experten Charles Lister kann sich die Gruppe mittlerweile komplett aus eigenen Mitteln finanzieren. In der Mittelbeschaffung weist ISIS Charakteristika und Vorgehensweisen aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität auf: Entführungen und Lösegelderpressungen waren 2013 die Haupteinnahmequellen.

Der Vormarsch von ISIS beruht auf Fehlern, die schon vor zehn Jahren begangen wurden.

Zudem werden Waffen geschmuggelt und weiterverkauft, vor allem ehemaliges amerikanisches Militärgerät, das die Gruppe der irakischen Armee abgenommen und unter anderem auch nach Syrien transportiert hat. Es gibt Berichte über den Schmuggel mit kostbaren Antiquitäten. Satellitenaufnahmen der Stadt Apamea in Syrien, die zum UNESCO-Welterbe gehört, zeigen, dass das Gebiet durch illegale Grabungen zerstört wurde. Umstritten ist, inwieweit ISIS selbst den Schmuggel organisiert oder nur eine Abgabe von Schmuggelbanden verlangt. Einer der angeblich größten Coups der Gruppe, der Diebstahl von über 400 Millionen US-Dollar aus irakischen Banken in Mosul, über den im Juni berichtet worden war, hat nach neueren Kenntnissen in dieser Form wohl nie stattgefunden. Dennoch steht es außer Zweifel, dass die Gruppe illegale und kriminelle Aktivitäten nutzt, um ihre Konten zu füllen.

Eine zweite Finanzierungsquelle sind Gelder, die ISIS in seiner Form als »Staat« entgegennimmt. Im irakischen Mosul müssen größere und kleinere Unternehmen Schutzgelder zahlen. Die Christen der Stadt wurden vor die Wahl gestellt eine Sondersteuer (*dschizya*) zu entrichten, zu fliehen oder zu sterben. Die meisten Christen flohen vor Ablauf des Ultimatums, ihr Eigentum ist nun im Besitz des »Islamischen Staats«. Berichten zufolge ist die Situation in den besetzten syrischen Gebieten ähnlich. Die größte Einnahmequelle der ISIS scheint aber der

Verkauf von Erdöl und -gas aus erbeuteten Quellen zu sein. Nur so lässt sich der brutale Kampf mit konkurrierenden Gruppierungen, wie al-Nusra in Syrien, um die Kontrolle entsprechender Felder erklären. Anfang Juli eroberten ISIS-Kämpfer das Feld al-Omar, eines der größten Ölfelder Syriens und erhöhten so die Zahl der von der Gruppe kontrollierten Erdgas- und Ölfelder auf sechs, inklusive einer Pumpstation. Nach Geheimdienstangaben fördern die Islamisten so täglich rund 30.000 Barrel Erdöl. Über Mittelsmänner wird das Erdöl vor allem in die Türkei aber auch in den Irak verkauft. An der Grenze zur Syrien wurde sogar ein rudimentäres Pipelinesystem entdeckt. Auch im Irak werden fossile Ressourcen in den Fokus genommen, mehrere Ölfelder sind hart umkämpft. Nach Meldung von *Iraq Oil Report* schmuggelten und verkauften ISIS-Anhänger im Juli 2014 Erdöl im Wert von einer Million US-Dollar pro Tag nach Kurdistan. Seit dem Vormarsch der radikalen Islamisten im Norden des Iraks sind diese Handelsrouten wohl versiegelt, dennoch werden nach Meldungen täglich mehrere tausend Barrel Öl über Mittelsmänner – meist Angehörige sunnitischer Stämme im Irak – illegal in die Türkei oder den Libanon verkauft, von dort aus gelangt es auf dem Weltmarkt.

Nach Meldungen, im Januar 2014 verkaufte ISIS sogar Erdöl an die Regierung von Baschar al-Assad. Es wurde vermutet, dass die syrische Regierung dafür in manchen, von ISIS kontrollierten Städten, die Elektrizität am Laufen hält. Diese »Kooperation« zeigt deutlich, in welche Richtung die Absichten des ISIS gehen. Eine Auseinandersetzung mit syrischen Truppen wurde bislang vermieden, es sind eher die anderen Widerstandsgruppen, die entweder in ISIS aufgenommen, oder mit gnadenloser Effektivität bekämpft werden. Laut französischem Außenminister Laurent Fabius kooperieren ISIS und syrische Regierung inoffiziell zu beiderlei Vorteil.

Die syrische Regierung kann schon jetzt als ein einer der Gewinner der letzten Entwicklungen betrachtet werden: Der Widerstand gegen Assad wurde weitestgehend delegitimiert und durch den ISIS militärisch entscheidend geschwächt. Zuletzt flog die syrische Luftwaffe am 24. Juni 2014 Angriffe gegen Stellungen der ISIS. Es scheint offensichtlich, dass Assad nun versucht, die Gunst der Stunde zu ergreifen und sich der Welt als das geringere Übel zu präsentieren. Das bringt die westlichen Staaten in eine unangenehme Lage: Man ist vielleicht nicht nur auf den Iran angewiesen um eine weitere Ausbreitung des +

ISIS zu verhindern. Sondern man muss eventuell auch einen Mann unterstützen, an dessen Sturz man die letzten Jahre gearbeitet hat.

Der »Islamische Staat« ist kein neues Phänomen, die Strategie gegen Schiiten vorzugehen um eine ganze Region ins Chaos zu stürzen wurde schon von der Vorgängerorganisation AQI betrieben. Neu ist die Effektivität des ISIS. Die Kämpfe in Syrien wurden genutzt, um eine Machtbasis aufzubauen, den Widerstand gegen Assad zwischen den Fronten zu zerreiben und das Gebiet in Besitz zu nehmen. Der Vormarsch in den Irak erfolgte dann mit einem Kern aus erfahrenen und ausländischen Kämpfern. Anders als andere Gruppen ist der ISIS militärisch äußerst straff organisiert und geht strategisch in den eroberten Gebieten vor. Auf der einen Seite wird mit unglaublicher Brutalität regiert, auf der anderen werden die »Bürger« des »Islamischen Staats« weiter versorgt. Als zeitweise im August der marode Mossul-Staudamm von der Gruppierung eingenommen wurde, bezahlten die Islamisten die Gehälter der Angestellten, die für die Instandhaltung des Dammes zuständig sind, weiter. Die Finanzierung von Seiten reicher Geldgeber wurde größtenteils durch eigene Finanzmittel ersetzt: Schutzgelder, Plünderungen, Schmuggel und vor allem der Verkauf geraubten Erdöls.

Der schnelle Vormarsch des ISIS im Irak beruhte auf ähnlichen Fehlern, wie sie schon zehn Jahre zuvor begangen wurden. Wieder wurden sunnitische Gruppen im Irak ausgeschlossen und den Extremisten in die Hände getrieben. Und wieder liegt ein Lösungsansatz für das Problem genau an dieser Stelle. Der Rückzug Malikis vom Posten des Ministerpräsidenten und die geplante Einheitsregierung könnten zu einer Reintegration der sunnitischen Stämme in das irakische System führen und eine enorme Schwächung des ISIS bedeuten. Das »Kalifat« würde nicht nur viele Kämpfer und Kontakte verlieren, sondern auch den Rückhalt der sunnitischen Bevölkerung des Irak. Zusammen mit den zuletzt von Deutschland genehmigten Waffenlieferungen an die kurdischen Peshmerga-Einheiten könnte dem »Islamischen Staat« eventuell so Einhalt geboten werden. ...

Matthias Winkler hat am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft in München studiert.

Quellen und Links:

[Forschungspapier »Alte Ziele, neue Taktik – Saudi-Arabiens außenpolitischer Aktivismus« des GIGA Institut für Nahost-Studien, GIGA Focus Nahost 03/2014.](#)

[Hintergrundbericht »Islamic State in Iraq and Greater Syria« des Council on Foreign Relations vom 8. August 2014](#)

[Kommentar »Iran Big Winner in the Iraqi Debacle« von Bruce Riedel beim Brookings Institute vom 20. Juni 2014](#)

[Kurzanalyse »Saudi Funding of ISIS« des Washington Institute vom 23. Juni 2014](#)

[Bericht »Who finances ISIS?« der Deutschen Welle am 19. Juni 2014](#)

[Hintergrundbericht »Here's Who Is Fighting in Iraq and Why« der Vice News vom 18. Juni 2014](#)

[Bericht »ISIS Uses Mafia Tactics to Fund its own operations without help from Persian Gulf Donors« der Foreign Policy vom 16. Juni 2014](#)

[Fallstudie »Al Qaeda in Iraq« des Center for Strategic and International Studies vom Juni 2011](#)



Kurdische Peschmerga auf einem T-55-Kampfpanzer außerhalb von Kirkuk, Irak, 19. Juni 2014. Nach der ungeordneten Flucht der regulären irakischen Armee vor den Kämpfern des »IS« aus dem Norden des Landes konnten die Milizionäre der Autonomen Region Kurdistan den Vormarsch der extremistisch-islamistischen Gruppe zunächst stoppen – mit wachsender militärischer Ausrüstungshilfe auch aus Deutschland.

Foto: Boris Niehaus/ [CC BY-SA 3.0](#)



Flüchtlinge an der türkisch-syrischen Grenze bei Kobanê, 21. September 2014. Der seit 2011 wütende Bürgerkrieg in Syrien ist quasi die Wiege der Gruppe »IS«. Aber erst ihr Vormarsch im US-protegierten Irak im Juni 2014 und ihr Angriff auf die syrisch-kurdische Stadt Kobanê unmittelbar an der Grenze zum Nato-Partner Türkei haben ihr in der internationalen Politik größte Aufmerksamkeit gesichert.

Foto: Heike Hänsel/Fraktion Die Linke

Der Newcomer

von Manarsha Isaeva

Mindestens fünfzehn dschihadistische Organisationen haben laut Experten in den letzten zwanzig Jahren weltweit ein »Emirat« ausgerufen. Doch im Gegensatz zu deren national begrenzten Herrschaftsansprüchen ist die Verkündung eines Kalifats durch den »Islamischen Staat« in Syrien und im Irak eine Neuerscheinung. Wie zu frühislamischen Zeiten beansprucht er, Macht über alle Muslime der Welt auszuüben. Ein Blick auf seine Regierungsführung und auf seine Vernetzung.

Er ist ein Schmelztiegel des Dschihad: Der »Islamische Staat« vereinigt internationale wie einheimische Kämpfer. Im Irak sind die Kämpfer zwar in der Mehrheit irakischer Abstammung, doch in Syrien hat ein signifikanter Teil, der eingeschätzt bis zu 50 Prozent ausmacht, einen internationalen Hintergrund. Die jährlichen Berichte der ISIS bieten eine detaillierte Darstellung über die Anzahl der verübten Operationen, ihre komplexe Struktur sowie Änderungen in der Taktik des Dschihads. Daraus geht hervor, dass ISIS in 2013 die Zahl der Operationen in den Provinzen von Irak mehr als verdoppelt hat. Waren es 2012 noch 4.500 Aktivitäten, zählte die Miliz 2013 insgesamt 9.540 Operationen. Abhängig von der Situation in einem Gebiet sind die Kämpfer bereit, Taktik und Techniken flexibel anzupassen. Die Oberhand über die Planung der Operationen und die Einführung der neuen Methoden scheint beim hierarchisch organisiertem Kommando zu liegen.

Die Stärke des »Kalifats« baut sich aus vielen Quellen auf. Zum einen zeigen die durch die jüngsten Erfolge ermutigten Kämpfer eine hohe Motivation im Kampf. Nach dem Vormarsch der ISIS wurde viel über die Geldflüsse aus den Golfstaaten für die Unterstützung des Dschihads geschrieben. Mittlerweile basiert die finanzielle Grundlage des »Kalifats« auf eigenen Quellen. Die Kämpfer verkaufen das Öl aus den Gebieten unter ihrer Kontrolle an die syrische Regie-

rung und einheimischen oder ausländischen Händler, die auf diesem illegalen Weg Geschäfte machen. Das Geld kommt noch von Steuereinnahmen im »Islamischen Staat« und durch die Gelderpressung von den einheimischen Unternehmern. Nach der Einnahme von Mossul am 11. Juni erbeuteten die Dschihadisten 400 Millionen US-Dollar, Militärtechnik und Munition. Die fliehende irakische Armee ließ Munition und Panzer amerikanischer Herstellung zurück, die dann auf den Straßen von Mossul vorgeführt wurden.

Wie die Taliban in Afghanistan oder die Nusra-Front in Syrien übernimmt die ISIS in den von der irakischen Zentralregierung aufgegebenen Gebieten Governance-Funktionen, indem Güter wie Wasser, Strom soziale Leistungen und Sicherheit zugestellt werden. In den besetzten Städten und Dörfern sind Polizeitruppen und Scharia Gerichte eingesetzt. Der »Islamische Staat« hat die beiden Seiten der irakisch-syrischen Grenze unter Kontrolle. Seit Juni kontrolliert ISIS die Grenzübergänge zwischen Irak und Jordanien. Eine Aufhebung der Grenzen zwischen Syrien und Irak wurde Ende Juni in einer Videobotschaft des »Kalifats« veröffentlicht. Die Dschihadisten tun vieles, damit die sunnitische Bevölkerung sich unter ihren neuen Herrschern wohlfühlt. Doch die Kämpfer genießen wenig Popularität, werden aber zumindest als das kleinere Übel im Vergleich zur Zentralregierung wahrgenommen.

Die Dschihadisten tun einiges, damit die sunnitische Bevölkerung sich unter ihren neuen Herrschern wohlfühlt. Um die Herzen der lokalen Bevölkerung zu gewinnen, verteilt ISIS das Notwendige wie Medikamente, Produkte, Kleidung oder Benzin. In den Städten und Dörfern sind niedrige Brotpreise festgeschrieben. In Raqqa und Aleppo, wo ISIS am stärksten positioniert ist, wurden Strom- und Wasseranlagen repariert. Obwohl die Kämpfer wenig Popularität genießen, werden sie als das kleinere Übel im Vergleich zur Zentralregierung hingenommen.

Hat das »Kalifat« der salafistischen Extremisten eine Zukunft?

Sogar im Norden des Irak, wo viele dem Salafismus zugeneigt sind, hat ISIS wenig Sympathie gefunden. Die Mehrheit der Iraker ist säkular geprägt und erinnert sich noch an das brutale Regime von al-Qaeda in den sunnitischen Regionen. Durch ihr Vorgehen hat ISIS das ohnehin negative Image dschihadistischer Organisationen noch verschlechtert.

Die salafistische Ideologie des »Islamischen Staats« lässt keine Duldung der Andersgläubigen zu. Im »Kalifat« ist das Leben der radikalen Interpretierung des Islams unterworfen, die Kontrolle der ISIS über die Bevölkerung ist umfassend. Christen, Schiiten und andere religiöse Minderheiten sind im Staat nicht gewünscht und werden in der Regel nach der Beschlagnahme des Eigentums zur Verbannung gezwungen. Doch gegen auch abtrünnige Sunniten wird Gewalt angewendet, indem eine absolute Hingabe zu der Idee des Kalifats gefordert wird. Wer etwa sich gegen die salafistischen Gebote wehrt, riskiert sein Leben.

Über die Auseinandersetzung der ISIS mit anderen militanten Gruppen in Irak und Syrien ist durch den im Internet ausgetragenen Konflikt zwischen den Anführer der stärksten Gruppe in Syrien Nusra-Front, Abu Mohammad al Jawlani, und dem Kommandeur des »Islamische Staats in Irak« Abu Bakr al-Bagdadi bekannt geworden. Bagdadi stand hinter der Gründung der Nusra-Front in Syri-

en in Januar 2012 persönlich mit finanzieller und personeller Hilfe. Al-Nusra entwickelte sich unabhängig von al-Qaida und ISIS zu der stärksten Gruppe in Syrien. Interessanterweise gewann die Front die Sympathien durch die Wohlfahrtsinitiativen und besondere Rücksichtaufnahme auf die Einheimischen.

Im April 2013 kündigte Bagdadi das Zusammenschließen von al-Nusra-Front in Syrien mit ISI und die Gründung von der neuen Einheit »Islamischer Staat in Irak und al-Sham« (ISIS) an. Obwohl die Nusra-Front mit der Unterstützung von ISIS entstand, hat die Gruppe starke Beziehungen zur al-Qaida bewahrt. Auf die Ankündigung von Bagdadi antwortete Jawlani mit einer Bestätigung seiner Treue dem al-Qaida-Führer Ayman al-Zawahiri gegenüber. Auch Zawahiri rief in einem Brief zur Bewahrung des Status quo der zwei separaten Organisationen, die aber eine enge Zusammenarbeit weiterführen sollten.

Doch folgte darauf die Forderung des ISIS-Pressesprechers Abu Mohammad al-Adnani nach einem Staat unter einem Anführer. Dass dieser Streit den Zwecken des gemeinsamen Dschihads nicht beitragen kann, wurde auf beiden Seiten bald deutlich. Trotzdem mündete der Konflikt aus dem Wortwechsel in Zusammenstößen auf dem Schlachtfeld in Syrien. Wenn man Berichten glaubt, sind die ISIS-Kämpfer in Syrien nur marginal bei Gefechten gegen die Regierung involviert, weil ihre Hauptkraft gegen die anderen Gruppen konzentriert ist. Im Irak dagegen treten die Kämpfer von »Kalifat« und al-Nusra teils in gemeinsamen Operationen, teils unabhängig voneinander gegen die Irakische Armee auf. Der öffentliche Konflikt zwischen Bagdadi und Zawahiri sendete ein wichtiges Signal über die weitgehenden Pläne der damaligen ISIS sowohl an die anderen in Irak tätigen militanten Gruppen als auch an die restliche Welt. Es wurde klar, dass ISIS keine Konkurrenten auf dem unterordneten Territorium akzeptiert. Wer sich auf das Territorium des »Kalifats« begehrt, muss dem »Kalifen« seine Treue (*baya'a*) schwören.

Solange es dem Vormarsch beiträgt, setzt das »Kalifat« auf Kooperation mit den zahlreichen Gruppen. Eine große Rolle in der Übernahme von Mosul und anderer Städte spielten die irakischen Stämme, die aus Ablehnung des Maliki-Regimes mit ISIS paktiert haben. Die Etablierung der ISIS-Herrschaft endete für die Stämme im Nord- und Westirak mit der zunehmenden Gewalt der Kämpfer gegen sie. Im Kampf um die Provinz Raqqa in Syrien kam es in 2013 zu mehreren +

Operationen gegen Ahfad al-Rasul – einer Untergruppe der Freien Syrischen Armee (FSA). Anderswo in Syrien einigten sich FSA-alliierte Gruppen und ISIS-Kämpfer gegen den gemeinsamen Feind - die Assad-Truppen. Im Gegensatz zur Nusra-Front, die ähnlich wie das »Kalifat« einen islamischen Gottesstaat anstrebt, haben Teile der FSA ein national orientiertes Programm.

Wie man an beiden Beispielen sieht, ist in dem Gebiet, wo mehrere Gruppierungen agieren, die Ideologie nicht der einzige Grund für die Entstehung von Bündnissen oder Rivalitäten. Sie sind bereit, eigene Auseinandersetzungen einzustellen, um die schiitischen Kräfte in Irak und Syrien zu bekämpfen. Einer der Streitpunkte zwischen »Kalifat« und al-Qaida ist neben dem Kampf um die Macht die Frage der Methodologie (*manbaj*). Diese zwei grundsätzlichen Punkte verursachten die Kluft mit anderen Akteuren im Konfliktherd und auch mit der Zivilbevölkerung.

Ohne Zweifel kam der Erfolg des »Kalifats« überraschend. Dieser ist nicht zuletzt durch die Schwäche des irakischen Staats und die fatalen politischen Entscheidungen die letzten zehn Jahre zu erklären. Die sunnitische Bevölkerung, die vor dem Hintergrund der Erfahrung mit al-Qaida im Irak das heutige »Kalifat« fürchtet, hegt noch negativere Erinnerungen an die Marginalisierung unter der Regierung Maliki.

Im Unterschied zu anderen dschihadistischen Vorgängerorganisationen im Irak zeigt ISIS eine Strategie, die auf den Aufbau eines Staates abzielt. Guido Steinberg, Nahost-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik, prophezeit, dass es den aufständischen Kräften nicht gelingen werde, ein funktionierendes Staatswesen zu schaffen. Mit ihm übereinstimmend schreibt Zana Khasraw Gulmohamad, Irak-Forscher an der Universität Sheffield, dass die Dschihadisten durch das eigene brutale Handeln bereits breite Teile der Bevölkerung gegen sich eingestellt hätten. Dagegen sieht Middle-East-Forum-Fellow Aymenn Jawad al Tamimi zurzeit keinen anderen Akteur, der in der Lage wäre, eine Gegenmacht zum »Kalifat« aufzubauen. ...

Manarsha Isaeva hat Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin studiert.

Quellen und Links:

[Dossier »Islamic State of Iraq and ash Sham / Islamic State« des Terrorism Research and Analysis Consortium](#)

[Interaktive Karte »Rebels' path through Iraq« bei Aljazeera vom 12. August 2014](#)

[Essay »Calculated Caliphate« von Thomas Hegghammer im Blog Lawfare vom 6. Juli 2014](#)

[Analyse »Examining the Causes of the Islamic State's Resurgence in Iraq« der Initiative Tahrir Sourri vom 16. Juni 2014](#)

[Hintergrund/Kommentar »Al-Oaeda: The third generation?« von Abdulaziz Alhies und Hamza Mustafa bei Aljazeera vom 26. Februar 2014](#)



Zwei US-Kampffjets F-15E »Strike Eagle« bei der Rückkehr von Angriffen in Syrien, 23. September 2014. Nachdem die USA zunächst nur humanitäre Hilfe, dann rund 3.000 Militärberater in den Irak geschickt hatten, um sowohl die Kurden als auch die Zentralregierung zu unterstützen, ordnete Präsident Barack Obama Luftschläge gegen den »IS« an – und das letzten Endes auch an den Fronten des syrischen Bürgerkriegs.

Foto: US Air Force/Matthew Bruch

Schwerter zu Flugscharen

von Sören Granzow



In Teilen der Luftfahrtindustrie herrscht derzeit Goldgräberstimmung. Der Grund dafür sind zivile »Drohnen«, die die Industrie für eine Vielzahl von Anwendungen anbietet. Während der praktische Nutzen manchmal zweifelhaft erscheint, versuchen die Regulierungsbehörden mehr oder weniger erfolgreich mit der schnellen Entwicklung Schritt zu halten. Dabei bleiben wichtige Aspekte auf der Strecke und drängende Fragen unbeantwortet.

Weil sie in der Nacht nahe der George Washington Bridge mit »Drohnen« her-umgeflogen waren, verhaftete die New Yorker Polizei (NYPD) am 7. Juli dieses Jahres Remy Castro und Wilkins Mendoza. Ein in der Nähe befindlicher Helikopter des NYPD musste seinen Kurs ändern, da, zumindest aus Sicht der Piloten, Kollisionsgefahr bestand. Im anschließenden Bericht der Polizei hieß es zur Begründung der Festnahme, dass die beiden Männer mit dem nächtlichen Flug andere Personen in Lebensgefahr gebracht hätten.

Doch nicht nur jenseits des Atlantiks sieht sich die Polizei mit neuen – unbemannten – Herausforderungen in der Luft konfrontiert. Ähnliches ereignete sich auch im Bundestagswahlkampf 2013 bei einer Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel in Dresden. Ein Quadropter schwebte dort einige Minuten, nur wenige Meter von Kanzlerin und Teilen des Kabinetts getrennt, über den Zuschauern,

Ein Quadropter wird zur Gefahr für Kanzlerin und Kabinett.

bevor Sicherheitsbeamte den Piloten in der Menge identifizierten und ihn zwan-gen, die Verbindung zu unterbrechen. Das Fluggerät wurde konfisziert, der Mann – der nach eigener Aussage nur Fotos machen wollte – zunächst festgenommen, später aber wieder entlassen.

Vorfälle dieser Art ließen sich in den letzten Monaten vermehrt in verschiedenen Staaten beobachten. Allesamt verdeutlichen sie ein Kernproblem im Umgang mit den »Remotely Piloted Aircraft Systems« (RPAS): Es fehlen eindeutige Regeln und Bestimmungen für den Umgang mit diesen Fluggeräten im zivilen Alltag.

Während »Drohnen« in der militärischen Luftfahrt bereits länger ein fester Bestandteil sind und sich aufgrund des Operierens in gesperrten Lufträumen oder bei militärischen Einsätzen in Kriegs- und Krisengebieten viele sicherheitsrelevante Fragen nicht stellen, sieht die Situation in der zivilen Luftfahrt völlig anders aus. RPAS bringen das derzeit existente zivile Luftrecht in verschiedenen Punkten an seine Grenzen, während die ständigen technischen Weiterentwicklungen in diesem Bereich den Druck auf die Politik, hier endlich tätig zu werden, erheblich erhöhen. Aspekte wie Privatsphäre und Datenschutz, die Integration in den kontrollierten Luftraum oder die mögliche Sicherheitsgefährdung spielen dabei eine Rolle.

Aus Sicht der Wirtschaft ist die Sache klar: Der Markt für unbemannte Systeme bietet ein enormes Wachstumspotenzial und der Journalist Nicolas Richter

sieht in RPAS gar »die wohl größte [technische Revolution] in der Luftfahrt seit der Erfindung des Düsenantriebs.« Verschiedene Anbieter stellen ständig neue Modelle vor, die, je nach Konzeption, unter anderem in der Landwirtschaft, dem Katastrophenschutz und Rettungsdienst, bei der Öl- und Gasförderung sowie der Überwachung von Infrastruktur Verwendung finden könnten. Scheinbare Vorteile, wie geringere Kosten oder eine höhere Effizienz, sorgen dafür, dass es an potenziellen Kunden ebenso wenig mangelt wie an neuen Ideen. Mag es auch viele sinnvolle Einsatzmöglichkeiten für die unbemannten Systeme geben, so eignen sich die meisten in letzter Zeit öffentlich diskutierten Anwendungen – etwa die Lieferung von Paketen durch den Anbieter *Amazon* per RPAS – nur für PR-Zwecke. Dass nicht alle Pläne hundertprozentig umsetzbar sind, zeigt auch das Beispiel der *Deutschen Bahn*.

In Zusammenarbeit mit dem deutschen Hersteller »microdrones« entwickelte der Konzern 2013 ein System zur Überwachung der Bahnanlagen, um insbesondere Vandalismus an Zügen künftig gerichtsverwertbar dokumentieren und wirksamer darauf reagieren zu können. Die Luftsicherheitsbehörden der Länder untersagten aber schon sehr bald die Flüge bei Nacht, sodass die Bahn ihre Pläne verschob und die Tests schließlich einstellte. Angesichts der deutschen Rechtslage, die den Flugbetrieb von RPAS stark einschränkt, hatten Kritiker bereits im Vorfeld der Versuche erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit und Durchführbarkeit des Projektes geäußert. Denn obgleich das Fliegen von RPAS in Deutschland – abhängig von Gewicht und Nutzungsart – zwar grundsätzlich ohne Pilotenlizenz erlaubt ist, gestattet der Gesetzgeber jedoch nur den Flug über unbewohntem Gebiet und in Sichtweite des Piloten, was in der Regel 500 Meter im Radius und 150 Meter in der Höhe sind. Damit aber wären die »Drohnen« der Bahn kaum einsetzbar oder gar effektiver und weniger personalintensiv als der herkömmliche Patrouillendienst der Bahn gewesen – der zudem in flagranti er-tappte Vandalen auch gleich festsetzen kann. Eine effektive Nutzung von RPAS zum Objektschutz im öffentlichen (Luft-) Raum ist unter den derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen schlicht nicht möglich.

Die Ursache für diese Beschränkung liegt unter anderem in der Technik. Während die Technologie für Steuerung und Navigation der unbemannten Systeme schon relativ weit entwickelt ist, gelang es bisher nicht, ein funktionierendes »Sense-and-avoid«-System zur Vermeidung von Kollisionen zu entwickeln. Der Gesetzgeber verlangt dabei, dass ein solches System ein Sicherheitsniveau bieten muss, das äquivalent zu einem Piloten im Cockpit liegt.

Dabei ist die Ausfallsicherheit ein wesentliche Punkt, denn das System muss insbesondere dann funktionieren, wenn der Kontakt zur Bodenstation verloren +



Im Juni 2014 erhielt der Ölkonzern *BP* die Genehmigung zur Kontrolle seiner Pipelines in Alaska mittels RPAS. Damit ist es eine von nur zwei in den USA zugelassenen kommerziellen Anwendungen.

Foto: AeroVironment

geht. In diesem Fall muss das RPAS eigenständig mögliche Kollisionen vermeiden. Bislang hat noch kein Anbieter die entsprechenden Anforderungen erreicht, allerdings hat »General Atomics«, bekannt für die Militär-RPAS »Predator« und »Reaper«, Ende vergangenen Jahres erste erfolgreiche Tests eines solchen Systems mit RPAS der US-Grenzschutzbehörde »Customs & Border Protection« vermeldet. Das US-Verteidigungsministerium strebt unterdessen an bis 2017 über ein einsatzbereites sowie zuverlässiges »Sense-and-avoid«-System für seine RPAS-Flotte zu verfügen. Und auch auf europäischer Seite bemüht man sich, beispielsweise bei *Airbus Defence and Space* darum, eine Lösung für dieses Problem zu finden.

Solange diese Technik nicht flächendeckend verfügbar ist, steht eine Änderung der oben beschriebenen Sichtflugregeln aber außer Frage und damit auch die vollständige Integration von RPAS in den kontrollierten Luftraum. Flüge au-

ßerhalb der Sichtweite bleiben in Deutschland somit auch auf absehbare Zeit auf gesperrte Lufträume beschränkt.

Interessanterweise schreitet die Politik – trotz der ungelösten, grundlegenden technischen Fragen – scheinbar unbeeindruckt auf dem Weg zum Ziel der kompletten Integration von RPAS in den zivilen Luftraum voran. Wie weit diese Bemühungen bereits gediehen sind, zeigt die »European RPAS Steering Group« (ERSG), ein 2012 von der EU-Kommission gegründetes Gremium aus Vertretern der europäischen Luftaufsichts- und Sicherheitsbehörden. Im Sommer letzten Jahres veröffentlichte die EU die Ergebnisse der ERSG in Form einer Roadmap für die Integration von zivilen RPAS in den Europäischen Luftraum. Ausgehend von dem Papier rechnet man dabei um das Jahr 2020 herum mit der endgültigen Freigabe des kontrollierten Luftraums für unbemannte Systeme. Bis dahin sollen in mehreren Etappen alle wichtigen Voraussetzungen im luftrechtlichen und technischen Bereich dafür geschaffen werden.

In den USA will man sich hingegen etwas mehr Zeit nehmen. Jüngst verkündete der Stellvertretende Direktor für »Aviation Security« der US-Luftfahrtbehörde (FAA), John Hickey, auf einer Konferenz: »We're still many years away from what you would see as safe integration in the very busiest airspace.« Aktuelle Pläne seiner Behörde gehen frühestens von 2025 als Zeitpunkt für die voll-

Zivile Drohnen sind derzeit noch vor allem reine PR-Stunts.

ständige Integration aus. Dass diese Integration aber kommen wird, steht auch dort außer Frage.

Abseits des Luftrechts verbinden sich mit der stärkeren Verbreitung von RPAS aber auch Fragen nach dem Schutz persönlicher Daten und der Privatsphäre. Durch ihre oft geringe Größe und die meist standardmäßig verbauten Kameras eignen sich diese gut für verdeckte Bildaufnahmen. In Kalifornien nutzten Makler die Geräte zeitweise, um potenziellen Käufern einen Eindruck vom Inneren eines Hauses oder dem Außenbereich – inklusive der Nachbarn – zu geben. Zwar verfolgt die FAA eine restriktive Flugverbotspolitik bezüglich kommerzieller Anwendungen, jedoch sind die unbemannten Systeme inzwischen ein fester Bestandteil verschiedener Geschäftsmodelle. Privatermittler in den Vereinigten Staaten gehen beispielsweise bereits teilweise dazu über, fremdgehende Ehe-

männer oder Krankenkassenbetrüger mittels Aufnahmen von RPAS zu überführen. Kurioserweise sind die Bilder, welche von diesen eigentlich illegalen Flügen stammen, dann auch vor Gericht verwertbar.

Für eine konsequente Umsetzung der Verbote mangelt es der FAA aber derzeit nicht einfach nur an den dafür notwendigen Kapazitäten – auch macht es von außen den Anschein, dass ihre Autorität durch andere Behörden wie Raumfahrtbehörde NASA oder die Transportsicherheitsbehörde NTSB untergraben wird. So erklärte Letztere beispielsweise eine von der FAA verhängten Strafe wegen des Verstoßes gegen das RPAS-Flugverbot kurzerhand für ungültig und zweifelte zugleich an deren Zuständigkeit in Sachen »Drohnen« an.

Zu diesen administrativen Hürden kommen zusätzlich noch praktische Stolpersteine hinzu, da die zivile Luftraumkontrolle bisher noch vollkommen auf die bemannte Fliegerei ausgerichtet ist. Illegale Flüge der – zumeist recht kleinen – unbemannten Systeme können mit den vorhandenen Mitteln der Luftraumüberwachung derzeit weder erfasst, noch mit etablierten Verfahren – etwa dem Abfangen und identifizieren verdächtiger Flugzeuge durch Kampffjets – auf sie reagiert werden.

Wie die angeführten Beispiele zeigen, lässt sich die Kameratechnik der RPAS missbrauchen, um beispielsweise fremde Personen oder das Grundstück des Nachbarn zu beobachten. Die Antwort auf die Frage, ab wann Aufnahmen dabei die Persönlichkeitsrechte verletzen, variiert dabei derzeit und ist stark abhängig davon, wen man fragt. Ebenso unklar ist auch, ob – und wenn ja, wie – sich der

Potenzielle Gefahr für Privatsphäre und Kritische Infrastrukturen

Einzelne eines solchen Eindringens in seine Privatsphäre erwehren kann. Darf ein Betroffener ein RPAS, welches sich über seinem Grundstück befindet unschädlich machen oder begeht er damit eine Sachbeschädigung? Der Bereich des Datenschutzes geht momentan noch völlig unzureichend auf die neuen Herausforderungen durch unbemannte Systeme ein.

In den USA ist das Thema inzwischen auf höchster Regierungsebene angekommen. Das Weiße Haus verkündete Ende Juli Richtlinien für die Privatsphäre bei RPAS-Flügen erarbeiten zu wollen. Mit diesem Schritt könnte aber zugleich auch eine allgemeine Lockerung gültiger Verbote einhergehen.

Die Überwachungskapazitäten der RPAS bedeuten auch für Sicherheitsbehörden eine neue Bedrohung. Sperrgebiete, kritische Infrastrukturen und ähnliche Einrichtungen könnten auf diesem Wege ausgespäht und so Informationen gesammelt werden. Jedoch ist das nicht das einzige vorstellbare Risiko. In den vergangenen Monaten kam es beispielsweise häufiger zu Versuchen, mittels RPAS unerlaubte Gegenstände wie Drogen oder Mobiltelefone in Haftanstalten zu verbringen. Zumeist scheiterten die Bemühungen aber an der Unkenntnis des Piloten oder konnten durch das Wachpersonal rechtzeitig entdeckt und unterbunden werden.

Das Schmuggelszenario birgt in abgewandelter Form eine weitere Gefahr in sich. Denn anstelle von Schmuggelguts ließen sich genauso gut Sprengsätze oder ähnliches durch die unbemannten Systeme transportieren und zum Einsatz bringen. Die Möglichkeit eines solchen Szenarios wird wohl auch die Beamten im eingangs geschilderten Fall in Dresden zum Eingreifen bewogen haben: Denn der gestoppte Quadropter hätte statt einer Kamera auch einen Sprengsatz wenige Meter vor Bundeskanzlerin und Teilen des Kabinetts durch die Luft befördern können.

Solchen möglichen Missbrauchsszenarien und der einfachen Verfügbarkeit der Technologie stehen momentan nur wenige wirkungsvolle Abwehrmaßnahmen entgegen. Noch am anwendbarsten ist dabei das »Jamming«. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, bei dem die Steuerfrequenzen des RPAS mittels Störsender überlagert und das Gerät so zum Absturz gebracht wird. Allerdings muss man für eine wirksame Abwehr unter Umständen ganze Frequenzbänder stören und läuft dabei immer Gefahr, auch andere – gegebenenfalls wichtige – Signale beeinträchtigen.

Eine andere auf dem Jamming basierende Möglichkeit ist das sogenannte »Spoofing«. Hierbei wird das Navigationssystem eines RPAS mit gefälschte GPS-Koordinaten getäuscht, sodass dieses den Kurs ändert. Aufgrund der relativ komplizierten Technik eignet sich diese Maßnahme aber eher für fest installierte Einrichtungen wie Kraftwerke oder ähnliche kritische Infrastrukturen. Bei US-Rüstungsgiganten *Boeing* arbeitet man aktuell zudem an Hochenergielasern, welche ebenfalls zur Abwehr unbemannter Systeme eingesetzt werden sollen. Den Plänen nach passt die dafür notwendige Technik auf einen Geländewagen oder Lkw und lässt sich somit flexibel nutzen. Eine feste Installation ist aber ebenso denkbar.

Abgesehen davon sind die Möglichkeiten für Sicherheitsbehörden, gegen illegale zivile RPAS vorzugehen, allerdings begrenzt. Sofern man den Piloten – wie in Dresden geschehen – nicht direkt identifizieren und gegen ihn vorgehen kann, besteht, abgesehen vom – zumal im urbanen Umfeld wenig wahrscheinli-

chen – Schusswaffeneinsatz derzeit kaum eine Möglichkeit, die Fluggeräte physisch aus der Luft zu holen. Was angesichts der zunehmend geringen Größe und Lautstärke der RPAS zudem bisher im zivilen Bereich vollkommen fehlt, ist ein Detektionssystem für unbemannte Fluggeräte. In den USA arbeiten Rüstungsunternehmen aber bereits an derartigen Systemen für das Militär.

Ganz gleich, ob sich aktuelle Projekte und Prognosen in ein paar Jahren als realistische Einschätzungen oder als geplatze Blase erweisen werden – absehbar ist, dass die unbemannte Fliegerei die Zukunft der Luftfahrt entscheidend prägen wird. Eine praxistaugliche Regulierung und Integration ziviler RPAS in den Luftverkehr ist daher unerlässlich und – auch angesichts der Fortschritte bei der Lösung der technischen Fragen – kaum noch aufzuhalten. Die Annahme aber, dass sich mit neuen rechtlichen Rahmenbedingungen und hochentwickelter Technik alle unerlaubten Flüge von zivilen RPAS, wie der von Castro und Mendoza, künftig unterbinden lassen, ist illusorisch. Es wird interessant sein, zu sehen, wie Polizei, Sicherheitsbehörden aber vor allem die Bürger künftig mit dem »Drohnen«-Alltag umgehen werden. ...

Sören Granzow studiert im Master Politikwissenschaft an der FU Berlin und arbeitet beim »RPAS Test and Research Center« des EASC e.V.

Quellen und Links:

[Bericht der New York Post vom 13. Juli 2014 über Privatdetektive und RPAS](#)

[Meldung der New York Times vom 8. Juli 2014 über die Festnahme von RPAS-Piloten](#)

[Bericht der Deutschen Welle vom 2. Juni 2013 über den Einsatz von RPAS gegen Graffiti](#)

[Bericht der »European RPAS Steering Group« vom Juni 2013](#)



Der **FÖRDERVEREIN SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN E.V.** bietet jungen Wissenschaftlern eine Plattform.

Der akademische Nachwuchs, der sich auf sicherheitspolitische Themen spezialisiert, muss früher und besser qualifiziert in den fachlichen Dialog der deutschen »STRATEGIC COMMUNITY« eingebunden werden! Sicherheitspolitische Bildung und Forschung müssen unterstützt werden!

Wir stehen daher ein für eine Belebung der sicherheitspolitischen Kultur und Debatte in Deutschland. Wir unterstützen:

- ▶ Weiterbildungen für Studierende in Tagungen und Seminaren,
- ▶ die Arbeit des **BUNDESVERBANDS SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN**
- ▶ und vor allem die **SCHRIFTENREIHE »WISSENSCHAFT & SICHERHEIT«**, erscheinend im Berliner Wissenschafts-Verlag.

**Engagieren auch Sie sich für
die Sicherheitspolitik von Morgen!
Im FSH.**

Wenn Sie die Ziele des Vereins unterstützen wollen oder an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an:

- ▶ Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen e.V.
z.H. Richard Goebelt • Rottweiler Straße 11 A • 12247 Berlin
- ▶ und natürlich unsere Webpräsenz unter **WWW.SICHERHEITSPOLITIK.DE**.



Deutschland
Land der Ideen
Ausgewählter Ort 2008



Die Souveränität des Staates ist ins Gerede gekommen. Die zerfallenden Gebilde Irak, Syrien und Libyen sind nur die jüngsten Beispiele für die Erosion seines Souveränitätsmonopols. Ob er es im heraufziehenden postwestfälischen Zeitalter gänzlich einbüßt, wird seit dem Ende des Kalten Kriegs heftig diskutiert. Die Konturen dieses völkerrechtspolitischen Souveränitätsstreits zeichnen sich auch in der Diskussion um das Prinzip der Schutzverantwortung oder »Responsibility to Protect« (R2P) ab. Doch inwieweit taugt die R2P tatsächlich zur Beschränkung staatlicher Souveränität? Markiert sie einen großen Schritt auf dem Weg zur Individualisierung des Völkerrechts? Läutet sie das weltbürgerliche Zeitalter ein, das dem Kantischen »ewigen Frieden« den Weg ebnet? Oder ist sie bloß ein Willkürkonstrukt, das den Starken ein wohlfeiles Instrument in die Hand gibt, um zu intervenieren, wo und wann immer es ihnen passt?

Humanitäre Katastrophen der 1990er Jahre – etwa der Völkermord in Ruanda oder das Massaker von Srebrenica – entfachten nach dem Ende des Kalten Krieges eine Diskussion um Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit bis dahin geächteter externer Einmischungen in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten. In den Blick gerieten dabei insbesondere jene Staaten, die nicht willens oder fähig waren, humanitäre Krisen auf ihrem Territorium zu verhindern.

Fortschritt oder Feigenblatt?

von Moritz Rudolph

Spätestens seit der Libyen-Intervention des Westens 2011 ist das Konzept der »Responsibility to Protect« in aller Munde. Während es die einen frenetisch als »dramatischste normative Entwicklung unserer Zeit« bejubeln, zucken andere kühl mit den Schultern und verweisen auf nationale Interessen, an denen das Konzept abperle. Beide Positionen schießen über das Ziel hinaus, werden aber den Diskurs über die »Grenzen der Souveränität« nachhaltig verändern.

2001 legte die »Commission on Intervention and State Sovereignty« (ICISS), eine multinationale UN-Kommission unter Führung Kanadas, einen Bericht mit dem Titel »The Responsibility to protect« vor, 2005 bezog sich die UN-Generalversammlung im Abschlussdokuments des Weltgipfels einstimmig positiv auf das Konzept.

Auch der Sicherheitsrat knüpfte in seiner grundsätzlichen »Resolution 1674 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten« ein Jahr später daran an. Am 17. März 2011 berief er sich in Resolution 1973 erstmals in einem konkreten Fall auf die R2P, um den Einsatz militärischer Mittel gegen das libysche Regime zu legitimieren. Seither ist das Konzept wieder in aller Munde und hat – wie der Fall Syrien zeigt – nicht an Aktualität verloren.

SCHUTZVERANTWORTUNG

Das R2P-Prinzip löst die staatliche Souveränität nicht grundsätzlich auf, bindet sie aber an die Erfüllung der Pflicht, die eigene Bevölkerung zu schützen. Kommt ein Staat dieser Pflicht nicht nach, geht diese Schutzverantwortung demnach auf die Staatengemeinschaft über. In einem solchen Fall können die Vereinten Nationen politische und diplomatische Maßnahmen ergreifen – bis hin zu militärischem Zwang. Die Vernachlässigung der Schutzverantwortung liegt beispielsweise dann vor, wenn Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberung oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt werden, der zuständige Staat aber nicht fähig oder willens ist, humanitäre Krisen auf seinem Territorium wirksam zu unterbinden. Die R2P besteht konzeptionell aus drei Teilen: sie umfasst die »Responsibility to Prevent«, die »Responsibility to React« sowie die »Responsibility to Rebuild«. Den Kern der R2P bildet laut I-CISS dabei die »Responsibility to Prevent« und nicht die weitaus kontroverser diskutierte »Responsibility to React«, auch wenn Letztere für gewöhnlich im Zentrum der R2P-Debatte steht.

Wenn hier die Frage gestellt wird, was die R2P »ist«, so kann es dabei nicht allein um eine Formaldefinition gehen. Interessanter ist die Bestimmung ihres völkerrechtspolitischen Charakters, also die Frage, wo sie zwischen liberalem Völkerrechtsoptimismus und pessimistischem Politizismus einzuordnen ist.

kerrechtspolitischen Charakters, also die Frage, wo sie zwischen liberalem Völkerrechtsoptimismus und pessimistischem Politizismus einzuordnen ist.

Für Völkerrechtsoptimisten markiert die R2P einen qualitativen Fortschritt, der den Staaten die »Lizenz zum Töten« im Innern entziehen und dem Völkerrecht einen Individualisierungsschub verpassen könnte. Menschenrechte und staatliche Souveränität erscheinen als gleichursprünglich, bilden also zwei Seiten derselben Medaille. Mithin verwirkliche sich in der Schutzverantwortung ein Stück Weltbürgerrecht, das den Habermasschen »künftigen kosmopolitischen Zustand« antizipiere.

Das liberal-optimistische Lager begrüßt die R2P nicht nur normativ, sondern sieht sie auch praktisch auf dem Vormarsch, schließlich griffen sowohl UN-Generalversammlung als auch Sicherheitsrat das Konzept mehrfach auf. Letztere

»History took a turn for the better.«

rief sich in seinen beiden Resolutionen 1971 und 1973 explizit auf die R2P, um die Militärintervention in Libyen zu legitimieren. Weder China noch Russland legten ihr Veto ein und besiegelten damit die, bereits durch Resolution 1674 eingeleitete, faktische Anerkennung der R2P durch alle Sicherheitsratsmitglieder. Das »World Federalist Movement« sah die R2P damals bereits »operational reality« werden und UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon verkündete enthusiastisch: »History took a turn for the better«.

Dieser optimistischen Erzählung steht eine pessimistischere, politizistische Lesart gegenüber. Ihr zufolge ist der politische Wille der internationalen Staatengemeinschaft, die R2P völkerrechtlich fest – und de facto zwingend – zu verankern, nur sehr schwach ausgeprägt. Dass China und Russland im Fall Libyen kein Veto einlegten, hängt demnach vor allem mit zufälligen geopolitischen Konstellationen und nationalen Interessen zusammen, hat aber nichts mit einer entsprechenden Rechtsüberzeugung zu tun. Bei konsequenter Anwendung des R2P-Prinzips hätte die Weltgemeinschaft sonst auch 2009 in Sri Lanka und seit 2011 in Syrien zwingend eingreifen müssen.

Andererseits begründete Russland seinen Einmarsch in Georgien 2008 ausge-rechnet mit der Schutzverantwortung – ungeachtet der westlichen Proteste. Problematisch ist – das zeigen diese Beispiele – dass die Kriterien der R2P nicht hinreichend ausformuliert sind. Was genau »humanitäre Krise« oder »Genozid« bedeuten, ist wissenschaftlich und politisch nach wie vor umstritten; ein Inter-

Politizismus

wird die völkerrechtspolitische Position genannt, die den Vorrang politischer Entscheidungen gegenüber rechtlicher Geltung betont.

Immanuel Kant

veröffentlichte 1795 seine Schrift »Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf«. Darin forderte er unter anderem die Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Politik, um den gewaltsamen Naturzustand zu überwinden – ein Gedanke, der bei der Gründung des Völkerbundes und der Vereinten Nationen Pate stand. Kant wollte dabei die staatlich verankerten Menschenrechte um ein global geltendes »Weltbürgerrecht« ergänzen.

Die R2P

besteht aus drei Teilen: Sie beinhaltet *erstens* die »Pflicht zur Prävention«, die tiefere Ursachen von Menschenrechtsverletzungen frühzeitig beseitigen soll. Hat diese Präventionsarbeit keinen Erfolg, besteht *zweitens* eine »Pflicht zur Reaktion«, die sowohl friedliche als auch militärische Zwangsmaßnahmen umfasst. Nach der Reaktion greift *drittens* die »Pflicht zum Wiederaufbau«.

SCHUTZVERANTWORTUNG

pretationsspielraum wird immer bleiben und der Geopolitik ein Einfallstor ins Recht bieten.

Denn um eine Rechtsnorm völkerrechtlich zu verankern, braucht es zwei Dinge: eine permanente Staatenpraxis und eine entsprechende Rechtsüberzeugung. Völkerrechtliches Gravitationszentren bleiben aber die Nationalstaaten, von denen beides ausgehen muss. Eine Pflicht zu intervenieren beinhaltet die Schutzverantwortung nicht. Militärische Eingriffe erfolgen weiterhin nur dann, wenn sie mit den geopolitischen Interessen der Staaten zusammenfallen. Politischer Willkür ist da-

»Das Recht wohnt beim Überwältiger, und die Schranken unserer Kraft sind unsere Gesetze.«

Friedrich Schiller: »Die Räuber«

mit Tür und Tor geöffnet. Die amerikanischen Völkerrechtler Jack Goldsmith und Eric Posner gehen sogar soweit, die Anwendung völkerrechtlicher Prinzipien gänzlich den Kosten-Nutzen-Kalkülen der Staaten zu unterwerfen. Interveniert wird demnach nur dann, wenn es sich mit dem nationalen Interesse deckt. Völkerrecht ist nach dieser Lesart nicht mehr als ein außenpolitisches Argument unter vielen.

Doch vielleicht schießen die Politizisten in ihrem Drang, den politischen Charakter allen Rechts aufzudecken über das Ziel hinaus, wenn sie das Gesetz zum Instrument der starken Staaten machen. Demgegenüber gehen kritische, poststrukturalistische Rechtstheorien zwar ebenfalls vom politischen Charakter des Rechts aus, bezweifeln aber seinen rationalen, instrumentellen Gebrauch durch staatliche Kollektivakteure. Was nationale Interessen sind, ist demnach nicht objektiv gegeben, lässt sich nicht unmittelbar aus der Stellung eines Staates im Weltsystem ableiten, sondern wird stets durch diskursive Aushandlungsprozesse in der Zivilgesellschaft bestimmt: Juristen und andere Wissenschaftler, Journalisten, Politiker und Aktivisten wollen ihre Erzählung durchsetzen.

Sowohl kodifiziertes Völkerrecht als auch die Debatte darum erscheinen dem finnischen Völkerrechtler Martti Koskeniemi daher als »particularly linguistic affair«, in der verschiedene Interpretationsmuster um Deutungshoheit ringen. Als

eine solche »linguistische Angelegenheit« schaffen Völkerrecht und Völkerrechtsdebatte eine diskursive Arena, die sowohl staatliche Handlungen legitimieren als auch eine Anklageplattform für Rechtsverletzungen schaffen kann. Staatliche Instrumentalisierung von oben ist daher für jene, die sich einmal in diese Arena begeben, begrenzt. Nationale Interessen können sogar völkerrechtlich überformt werden, wenn eine mächtige Diskursallianz völkerrechtliche Normen oder auch nur die ihnen zugrunde liegenden Ideen auf die außenpolitische Agenda hebt. Einmal in die Welt gesetzt und in UN-Dokumenten verankert, wird die R2P so einfach nicht verschwinden; doch gerungen wird weiterhin um Detaildefinitionen des Konzepts.

So bildet sich – frei nach dem Chicagoer Politologen Issac Balbus – eine »relative Autonomie« des Völkerrechts heraus; allerdings braucht es dafür Zeit. Die R2P kann daher allenfalls evolutionär, nicht aber revolutionär wirken, wie Mehrdad Payandeh, Völkerrechtler in Düsseldorf, feststellt.

Sowohl liberal-optimistische Legalisten als auch politizistische Staatsreduktionisten schießen also mit optimistischen beziehungsweise pessimistischen Kanonen auf R2P-Spatzen, die dabei entweder legalistisch aufgeblasen oder geopolitisch geschrumpft werden. Doch weder wird die R2P alle zukünftigen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhindern können noch wird das Konzept an den Staaten spurlos vorübergehen. Die konkurrierenden Debattenlager sind selbst Teil jenes Kampfes um Deutungshoheit über die R2P, den kritische Rechtstheorien beobachten. Sie sind selbst diskursive Interventionen und als solche sind sie der R2P vergleichbar: Rechtlich ist die derzeitige Bindungswirkung gering, doch den völkerrechtspolitischen Diskursen, die nun nicht mehr ohne das Konzept auskommen, setzt sie Grenzen der Souveränität. Und so interveniert die R2P schon jetzt permanent, wenn auch einstweilen noch diskursiv. ●●●

Moritz Rudolph ist *Politologe und studiert derzeit Philosophie in Tübingen.*

Quellen und Links:

[Bericht »The Responsibility to Protect« der International Commission on Intervention and State Sovereignty vom Dezember 2001](#)

[Mehrdad Payandeh: »With Great Power Comes Great Responsibility?« im *Yale Journal of International Law*, Ausgabe 2/2010](#)

[Martti Koskeniemi: »International Law and Hegemony: A Reconfiguration« in der *Cambridge Review of International Affairs*, Ausgabe 2/2004](#)



Der Slum Dharavi in Mumbai und Amtseinführung von Narendra Modi am 26. Mai 2014. Fotos: Kounosu/Wikimedia Commons/CC BY-SA 3.0 und Raviv/Wikimedia Commons/CC BY-SA 2.0

Eine Frage der Prioritäten von Anne-Kathrin Krauel

Indien hat im Mai eine neue Regierung gewählt. Klarer Sieger ist die »Indische Volkspartei« mit dem umstrittenen Aufsteiger Narendra Modi an ihrer Spitze. Modi hat viele Gesichter und polarisiert die größte Demokratie der Welt. Vor allem die Minderheiten werden die Politik des ambivalenten Hindu-Nationalisten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Der Gegensatz zwischen Muslimen und Hindus auf dem Subkontinent droht jederzeit, wieder blutig aufzubrechen.

Kleine Gassen, kaum breit genug für eine Autorikscha, schlängeln sich labyrinthisch durch die zweieinhalb Quadratkilometer des Slums. Links und rechts davon, inmitten von Müllsäcken, kleine Behausungen. Sie wirken wie alte Spielzeughütten, klapprig, aus Resten zusammengeschustert – wie aus einem anderen Leben. Vielen fehlen sanitäre Einrichtungen und Elektrizität. Es ist heiß, stickig und dunkel. Und es ist laut und surrt überall. Überall Geräusche, Hundebellen, Menschen bei der Arbeit, Kinderlachen und das Tratschen der Frauen. Wer hier lebt, arbeitet meist als Tagelöhner in der Hoffnung, seine Familie damit ernähren zu können.

Willkommen in Dharavi – dem angeblich größten Slum Asiens, und nur einem von 2.613 Slums, die Indiens letzter Zensus 2011 erfasste. Nach Schätzungen der Weltbank leben noch immer 69 Prozent aller Inder, mehr als 800 Millio-

KONFLIKTURSACHEN

nen, von weniger als zwei Dollar pro Tag. Für viele dieser Menschen ist Narendra Modi – Indiens neuer Regierungschef – die Hoffnung auf den großen Sprung.

»Toilets first, temples later« lautet denn auch das Mantra dieses 15. indischen Premierministers, mit dem er Millionen der Wählerinnen und Wähler im vergangenen Mai für sich gewinnen konnte. Mit knapp 815 Millionen Wahlberechtigten hat die größte Demokratie der Welt mehr Wahlbürger als die EU, die USA und Russland zusammen. Und diese haben ein deutliches Zeichen gesetzt: Mit 31 Prozent der abgegebenen Stimmen für seine »Bharatiya Janata Party« (BJP), zu Deutsch »Indische Volkspartei«, erhielt Modi ein klares Mandat für Reformen. Denn aufgrund des Mehrheitswahlrechts sicherte sich die BJP 282 von 543 Sitzen im Lok Sabha, dem »Haus des Volkes«, dem Unterhaus von Indiens Parlament – gut 52 Prozent der Mandate. Und das mit der laut Election Commission of India höchsten Wahlbeteiligung in der Geschichte des Landes, 66 Prozent.

Vor allem sein Entwicklungsparadigma im Wahlkampf und seine Aufrufe, dass die Religionsgruppen den Kampf gegen die Armut in den Mittelpunkt rücken sollten, haben Modi zu seinem Wahlsieg verholfen und ihm »quer durch die Bank« Stimmen eingebracht, so Christian Wagner, Leiter der Forschungsgruppe Asien an der Stiftung Wissenschaft und Politik, gegenüber *ADLAS*.

Für Dhruv Goyal aus Mumbai ist klar: »This is a historic election for mainly one reason«, schreibt der Harvardstudent und ehemaliger Praktikant von Modi in *The Times of India*. Da zwei Drittel aller Inder unter 35 sind, sei es dringend nötig, die Nachfrage nach Arbeitsplätzen zu bedienen und die Wirtschaft anzukur-

»This is a historic election for mainly one reason.«

beln – dies speziell vor dem Hintergrund der Enttäuschungen und der Korruptionsskandale der bisher amtierenden Kongresspartei. »Narendra Modi fits the bill on precisely that front«, so Goyal.

In der Tat ist Modi »für die Unternehmer und für viele in der Mittelschicht, bis hin zu Uni-Absolventen auf Jobsuche, der Inbegriff von Moderne«, meint Jan Roß, Indien-Korrespondent der *Zeit*. Überhaupt wird der neue Premier vielfach als Mann der Wirtschaft gepriesen. Als Gujarats Ministerpräsident von 2001 bis 2012 machte er den Bundesstaat zu einer ökonomischen Erfolgsgeschichte, indem er vor allem Investitionen anlockte und die Schaffung von Arbeitsplätzen +

Vielfalt in Indien

Das Leitmotiv »United in Diversity« der »Kongresspartei«, die bis zu ihrer diesjährigen Niederlage Indien in jeder Hinsicht stark geprägt hat, spielt auf die sprachliche, kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt des Landes an: Der Zensus von 2001 listete 80,5 Prozent Hindus, 13,4 Prozent Muslime, 2,3 Prozent Christen, 1,9 Prozent Sikh und 0,8 Prozent Buddhisten unter der Bevölkerung von rund 1,2 Milliarden Menschen, mit 22 offiziellen Amtssprachen. Die Zahl *aller* gesprochenen Sprachen wird auf bis zu 1.600 geschätzt.



Konflikte in Indien

Die Kongresspartei arbeitete seit der Staatsgründung am indischen Profil als säkularer und liberaler Staat, um Auseinandersetzungen unter den vielen Minderheiten einzudämmen und vorzubeugen. Mit Zugeständnissen in punkto territorialer und kultureller Autonomie in der Verfassung versuchte sie, den verschiedenen Gruppen entgegenzukommen, um ein friedliches Nebeneinander in dem föderal organisierten Staat zu garantieren.

Dieser Versuch ist in der Geschichte seit der Loslösung vom Britischen Empire immer wieder gescheitert. Massenausschreitungen sowie kommunale und regionale Unruhen sind seit der Unabhängigkeit Indiens 1947 aufgetreten in Hyderabad (1948, 1983, 1990), Jamshedpur (1964, 1979), Ranchi (1967), Bhiwandi (1970, 1984), Moradabad (1980), Nellie (1983), Delhi (1984), Meerut (1987, 1991), Bhagalpur (1989), Colonelganj (1990), Ayodhya (1990), Bijnor (1990), Karnataka (1990), Rajasthan (1990), Aligarh (1990, 1992), Varanasi (1991), Mumbai (1992), Sitamarhi (1992), Kanpur (1990, 1991, 1992), Orissa (1991, 2008), Assam (1992), Bhopal (1992) und Muzaffarnagar (1988, 2013).

Zwischen 1950 und 2012 sollen bei Gewaltsamkeiten allein zwischen Hindus und Muslimen rund 10.000 Menschen ums Leben gekommen sein; beim jüngsten Vorfall vom August und September 2013 im Distrikt Muzaffarnagar im Bundesstaat Uttar Pradesh 42 Muslime und 20 Hindus.

Siehe auch: [Violette Graff und Juliette Golonnier: »Hindu-Muslim Communal Riots in India I \(1947–1986\)«](#) in der *Online Encyclopedia of Mass Violence* vom 15. Juli 2013

KONFLIKTURSACHEN

stark förderte. Auch wenn, wie Analysten des Hamburger GIGA-Instituts (German Institute of Global and Area Studies) hinweisen, Gujarat trotz guter wirtschaftlicher Leistung bei vielen sozialen Indikatoren immer noch relativ schlecht abschneide.

Als Mann des Volkes, wie Modi sich selbst auf seiner Website darstellt, der sich von niedrigster Kaste als Sohn eines Teeverkäufers bis ganz nach oben gearbeitet hat, und als überzeugter Hindu-Nationalist polarisiert er wie kein anderer die 1,2 Milliarden der indischen Gesellschaft. Für die einen ist er jetzt schon ein Held – der Held, der Indien nach vorn führen wird, der der Korruption den Kampf angesagt hat, an die einfachen Menschen denkt, gegen Slum-Tourismus auftritt

Ungeklärtes Pogrom

Die Nationale Kommission für Menschenrechte (NHRC) in Indien verurteilte Gujarats Regierung für ihr Versagen, die anti-muslimischen Ausschreitungen nach dem Zugbrand von Godhra (im Foto) zu stoppen sowie geeignete Maßnahmen zu deren Aufarbeitung und Untersuchung zu ergreifen. Der NHRC-Bericht vom März 2002 schildert, wie Nicht-Regierungsorganisationen und prominente Bürger die Polizei und Regierung des Bundesstaats des



diskriminierenden Verhaltens gegenüber muslimischen und pakistanischen Bürgern beschuldigten.

Indiens Oberster Gerichtshof ordnete im Nachhinein an, dass 2.000 von 4.000 bereits »aus Mangel an Beweisen« geschlossene Fälle wieder aufgenommen

werden mussten. Inwieweit Narendra Modi Schuld trägt, ist bis heute umstritten. Ein 2008 einberufenes Untersuchungsteam kam zu dem Schluss, es lägen nicht genug Beweise gegen den Regierungschef des Bundesstaats vor.

[Bericht »Compounding injustice: The Government's failure to redress massacres in Gujarat« der Human Rights Watch vom Juli 2003](#)

[»Report on the visit of NHRC Team headed by Chairperson, NHRC to Ahmedabad, Vadodra and Godhra« vom 31. März 2002, herausgegeben von der indischen Nationalen Kommission für Menschenrechte](#)

und Beschäftigung für die Armen und Arbeitslosen herbeizaubern wird. »We will empower the poor to enable them to fight poverty and come out of it«, sagte der Premierminister in seiner Antrittsrede vor dem Lok Sabha. Caroline Bertram, Mitarbeiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Neu-Dehli betont, Modis Charisma hätte viele Inder und Inderinnen in seinen Bann gezogen, sie beschreibt ihn als einen »Mann aus einfachem Hause, der die Sprache der Massen spricht«.

Für die anderen ist er ein Radikaler – einer, an dessen Händen Blut kleben soll. Modis Facebook-Seite allein zeigt zwar 20 Millionen Likes, allerdings existieren auch Hass-Seiten, die etwa »I/We hate Narendra Modi«, »Hang Narendra Modi« oder »Stop Mass Muderer Narendra Modi« heißen und zwischen 10.000

Narendra Modi führt angeblich unter den indischen Politikern mit der Zahl an Hass-Websites, die ihm gewidmet sind.

und 16.000 Anhänger haben. Parul Pandey von der *Times of India* zufolge führt Modi unter den indischen Politikern mit der Zahl an Hass-Seiten.

Wer ist dieser Mann, der es mit seiner Partei BJP geschafft hat, sich an Indiens Spitze zu katapultieren? Modis Karriere begann in der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), zu Deutsch »Nationale Freiwilligenorganisation«, die während des indischen Unabhängigkeitskampfes 1924 gegründet wurde und das so genannte »Hindutva« anstrebt – die Vorherrschaft der Hindus in Indien. SWP-Experte Wagner zufolge gilt die RSS als wichtigste religiös-konservative Organisation Indiens. Die RSS und der ihr nahestehende »Weltrat der Hindus« sind bekannt für ihre militärähnlichen Übungen und Indoktrinierungssitzungen, sie sollen auch verantwortlich für gewaltsame Übergriffe auf Minderheiten sein.

Bereits als Junge schloss sich der heute 64-jährige der RSS in seinem Heimatdorf in Gujarat an. Er nahm an den morgendlichen Drills teil und wurde 1971 ein so genannter »pracharak«, ein »Vollzeitkader«. Ein solcher schwört auf ein asketisches und strenges Leben, losgelöst von seiner Familie, ohne Gehalt, einzig für die Verbreitung der RSS-Ideologie. Mehr als zehn Jahre später trat Modi in die 1980 gegründete BJP ein, die als politischer Arm der RSS gilt. Innerhalb der Partei galt Modi aufgrund seiner anti-muslimischen Rhetorik als Hardliner. +

KONFLIKTURSACHEN

2001 wurde Modi erstmals zum Ministerpräsidenten in seinem Heimat-Bundesstaat Gujarat gewählt. Unter seiner Regierung kam es 2002 zu einem der schlimmsten Pogrome gegen muslimische Inder seit der Unabhängigkeit Indiens. Auslöser des Pogroms war ein Zugbrand in der Stadt Godhra, bei dem 59 hinduistische Pilger starben. Als Verursacher galten schnell Muslime, was bis heute jedoch nicht eindeutig bestätigt ist.

Die daraufhin von der Regierung Gujarats als Terroristen gebrandmarkten Muslime wurden in gewalttätigen Ausschreitungen, bis hin zu Plünderungen und Vergewaltigungen, Opfer wütender Hindu-Mobs. Nach offiziellen Zahlen kamen etwa 790 Muslime und 254 Hindus ums Leben, die Dunkelziffer wird weit höher geschätzt. Der *Spiegel* schrieb von nahezu 2.000 Opfern, die den Hindu-Fanatikern zum Opfer gefallen wären.

Modi wurde vorgeworfen, er hätte bewusst nichts unternommen, um das Pogrom zu stoppen. Ob er wissentlich die Anführer der Massaker gewähren ließ, ist nicht belegt. Es waren jedoch Beamte und Polizisten seines Staats, die tatenlos dem Geschehen zusahen. Er hätte das Blutbad auf betont gefühllose Weise als quasi »natürliche Gegenreaktion« auf den Tod der Hindu-Pilger dargestellt und damit entschuldigt, schreibt *Zeit*-Korrespondent Jan Roß. Die internationale Gemeinschaft, darunter die EU und USA, reagierte mit Einreiseverboten für Modi. Washington hob sein Verbot erst kurz nach der Wahl Modis auf. Bis heute ist die

Neben Versprechen zur Korruptionsbekämpfung finden sich im BJP-Wahlprogramm auch Forderungen, den »Ram-Janmabhumi«-Tempel zu bauen.

Verwicklung des neuen indischen Premiers in das Pogrom umstritten.

Vor diesem Hintergrund fragt Sunny Hundal, britischer Journalist indischen Ursprungs, in einem Meinungsartikel für *CNN* »does Narendra Modi threaten secular and liberal India?« und fällt ein hartes Urteil: »There is little chance that Modi will change his style of governance. Rather than a welcome change, this is the most worrying prospect of all.«

Vor allem sein Aufstieg als überzeugter Hindu-Nationalist und seine ungeklärte Verwicklung als Ministerpräsident von Gujarat in die anti-muslimischen Pog-

Ein Tempel für Rama

Ayodhya, eine Stadt im Bundesstaat Uttar Pradesh, wurde 1992 international bekannt, nachdem Hindu-Nationalisten die »Babri«-Moschee (im Foto) zerstört hatten. Das Land, auf dem das islamische Gotteshaus 1528 gebaut worden war, gilt den Hindus als Geburtsstätte des Gottes Rama und somit heilig. Seitdem existiert in Indien eine historische, politische und religiöse Debatte um den Aufbau des so genannten Ram-Janmabhumi-Tempels und die willentliche Zerstörung der Moschee.



Die BJP wurde zum Gesicht der 1980 entstandenen Kampagne zur »Rückeroberung« heiliger Hindu-Stätten. Als die Moschee demoliert wurde, unternahm die BJPgeführte Landesregierung nichts, um dies zu verhindern. Statt dessen wurde der Aufbau des Geburtstempels für Rama Teil des BJP-Parteiprogramms.

rome 2002 lassen Indiens Minderheiten, allen voran die 13 Prozent Muslime in Indien, mit besonderer Aufmerksamkeit auf die Arbeit der neuen Regierung blicken. Neben den Versprechen zur Wirtschaftsankurbelung, Armutsreduzierung und Korruptionsbekämpfung finden sich im Wahlprogramm der BJP denn auch Forderungen wie die, ein einheitliches Zivilrecht einzuführen, die verfassungsrechtliche Sonderstellung des Bundesstaats Jammu und Kaschmir abzuschaffen und, nicht zuletzt, den hinduistischen »Ram-Janmabhumi«-Tempel in Ayodhya auf dem Grund und Boden der 1992 zerstörten »Babri«-Moschee zu bauen.

Minderheiten genießen in Indien unter der bisherigen Verfassung verschiedene Rechte zur Sicherung ihrer kulturellen Identität. Dazu gehören beispielsweise die Rechte zur Bewahrung der eigenen Kultur, inklusive Sprache und Bräuche, oder das Recht auf eigene Bildungs- und Kulturinstitutionen und deren Verwaltung. Darüber hinaus ist das indische Familienrecht höchst komplex: Eine Fülle an Gesetzen regeln die Angelegenheiten der verschiedenen Religionsgruppen, wie zum Beispiel der »Parsi Marriage Act« oder der »Muslim Personal Law Application Act«. Ein einheitliches Zivilrecht, wie im Wahlprogramm der BJP verankert, wäre mit dem Abbau besonderer Privilegien für Minderheiten verbunden. +

KONFLIKTURSACHEN

Modis Rede am Unabhängigkeitstag 2014 sprach diese Sorgen der indischen Minderheiten nicht an. Obwohl einige wichtige Themen wie Korruption und Inflation kaum Beachtung in seiner Ansprache fanden, loben beispielsweise *The Economist*, die *Tagesschau*, *Times of India* und das indische private Fernsehen NDTV Modi dafür, dass er wichtige sozialpolitische Themen ansprach, die bisher Tabuthemen waren. Modi verurteilte unter anderem die jüngsten berüchtigten

Modi wird wissen, dass er Indien nicht wie Gujarat regieren kann.

Vergewaltigungen und forderte Familien auf, auf ihre Söhne achtzugeben: »Brothers and sisters, when we hear about the incidents of rape, we hang our heads in shame.« Er rief alle Inder dazu auf, gemeinsam für den Fortschritt des Landes zu kämpfen: »Therefore, I appeal to all those people that whether it is the poison of casteism, communalism, regionalism, discrimination on social and economic basis, all these are obstacles in our way forward.« Modi Asim von NDTV lobte die Rede als »just perfect«.

Andererseits jedoch stand Modi nur drei Monate nach seiner Amtsübernahme bereits in der Kritik, als er anti-muslimisches Verhalten hochrangiger Politiker unkommentiert ließ. Bei einem dieser Vorfälle wurde ein muslimischer Lieferant durch einen Politiker der hinduistisch-extremistischen Partei »Shiv Sena« während des Fastenmonats Ramadan zum Essen gezwungen. Noch heftigere Vorwürfe handelte sich der Regierungschef ein, als er die radikal-hindunationalistische Rede seines Parteikollegen Yogi Adityanath, Parlamentsabgeordneter und Hindu-Priester, durch sein Schweigen scheinbar unterstützte.

Modi wird wissen, dass er Indien nicht wie Gujarat regieren kann. Die Notwendigkeit, mit den Bundesstaaten und der Opposition zusammenarbeiten zu müssen, wird SWP-Experte Wagner zufolge den frisch gebackenen Premier in der Alltagspolitik pragmatisch sein lassen. Er muss einen Balanceakt zwischen Wirtschaftsliberalen, Religiösen, Konservativen und den Minderheiten, vor allem den Muslimen, vollziehen. Dennoch hat das klare Mandat für die BJP den religiös-nationalistischen Kräften, die Modi in seiner Partei und nahestehenden Organisationen hinter sich hat, Auftrieb gegeben. ●●●

Anne-Kathrin Krauel hat in Magdeburg, Melbourne und Bonn Wissensmanagement, Politikwissenschaft und Soziologie studiert.



Ein Held für die Massen? Narendra Modi bei einer Wahlkampfversammlung in Meerut am 14. Februar 2014

Foto: Narendra Modi/flickr/CC BY-SA 2.0

Quellen und Links:

[Rede Narendra Modis am Unabhängigkeitstag Indiens am 15. August 2014](#)

[Hintergrundbericht »Kleine Regierung, große Aufgaben« von Christian Wagner in der Internationalen Politik vom 1. Juli 2014](#)

[Analyse »Wahlen in Indien 2014: Mandat für den Wandel« des German Institute of Global and Area Studies vom Juni 2014](#)

[Paper »Statement on India's Fifteenth Prime Minister Narendra Modi« des amerikanischen Center for Justice & Accountability vom 27. Mai 2014](#)

[Kommentar »Does Narendra Modi threaten secular and liberal India« von Sunny Hundal vom 16. Mai 2014 für CNN](#)

[Kommentar »Why does India need Narendra Modi?« von Dhruv Goyal vom 9. Mai 2014 in der Times of India](#)

[Wahlprogramm der BJP vom 7. April 2014](#)



Vor nunmehr zwei Jahren wurde die Europäische Union mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Während der Verleihungszeremonie in Oslo unterstrich der Vorsitzende des Nobelkomitees Thorbjørn Jagland die Bedeutung der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich als »das wohl dramatischste Beispiel der Geschichte dafür, dass Krieg und Konflikt sich in kurzer Zeit in Frieden und Zusammenarbeit verwandeln können«. Die Kooperation zwischen den beiden bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten Staaten der EU umfasst mittlerweile ein breites Spektrum an Politikfeldern. In jüngster Zeit lässt sich auch in der militärischen Dimension eine neue Dynamik verzeichnen: Ein gemeinsamer Einsatz im westafrikanischen Mali soll den Beginn einer verstärkten deutsch-französischen Militärszusammenarbeit markieren.

Anlass zu mehr Kooperation scheint es genug zu geben. So sind Forderungen nach einer größeren sicherheitspolitischen Verantwortungsübernahme der Bundesrepublik vielerorts wieder lauter zu vernehmen. Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen forderten wiederholt und nahezu einmütig ein größeres sicherheitspolitisches Engagement. Unveränderliche Grundfeste bleibt dabei allerdings die Versicherung, dass deutsche Verantwortungsübernahme auch in

Ist das Tandem auf Kurs?

von Laura Brehme und Hendrik W. Ohnesorge

Seit Abschluss des Élysée-Vertrages 1963 kooperieren Frankreich und Deutschland in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Ein gemeinsamer Militäreinsatz in Mali soll die Zusammenarbeit weiter intensivieren, wobei der Deutsch-Französischen Brigade eine besondere Rolle zukommt. Doch es gilt, Stolpersteine zu meistern, die im Alltag beiderseits des Rheins trotz geteilter Interessen und Freundschaftsbekundungen immer wieder auftauchen.

Zukunft nie im Alleingang, sondern multilateral eingebunden erfolgen wird. Insbesondere die etablierte deutsch-französische Partnerschaft soll dabei eine herausragende Rolle spielen, wie auch ein Blick in den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD aus dem Dezember 2013 zeigt. Vor dem Hintergrund geopolitischer Machtverschiebungen und einer ganzen Reihe neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen erhalten diese Bekundungen eine neue Dimension. Zudem lassen die angespannten europäischen Staatshaushalte die Schaffung multilateraler Kapazitäten schon aus finanzieller Sicht geboten erscheinen.

Mit der erneuten Betonung verstärkter Zusammenarbeit frischen Deutschland und Frankreich etwas auf, das schon in den Jahrzehnten zuvor formuliert und beschlossen worden war. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen sich die beiden +

Ein deutscher und ein französischer Soldat während der ersten gemeinsamen Grundausbildung der Deutsch-Französischen Brigade, Mai 2013. Foto: Deutsch-Französische Brigade

Nachbarstaaten mit einer grundlegend veränderten Weltordnung konfrontiert. Während Frankreich bemüht war, seine Führungsrolle in Europa zu wahren und den östlichen Nachbarn nicht wieder zu einer Bedrohung werden zu lassen, stand für die junge Bundesrepublik die Wiedergewinnung staatlicher Souveränität und internationale Resozialisation im Vordergrund. Schnell wurde klar, dass diese teils gegenläufige Interessenkonstellation nur durch bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen einer breiten europäischen Kooperation aufgelöst werden konnte. Zunächst allerdings bestimmten Startschwierigkeiten die Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn. So scheiterte der Plevén-Plan, der eine gemeinsame europäische Armee mit deutscher Beteiligung vorsah, 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung.

Grundlage und bis heute zentraler Referenzpunkt der politischen Zusammenarbeit der beiden Nachbarländer wurde dann der 1963 unterzeichnete Élysée-Vertrag, der in Bezug auf auswärtige Angelegenheiten und Fragen der Verteidigung regelmäßige Konsultationen vorsieht. So bahnbrechend das Dokument für die Aussöhnung und politische Kooperation der beiden Länder war – im sicher-

Die Deutsch-Französische Brigade erscheint durch ihre Zusammensetzung aus leichten und mobilen Kräften für Kriseneinsätze geradezu prädestiniert.

heits- und verteidigungspolitischen Bereich stellten sich aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen zunächst kaum Erfolge ein. Der Münsteraner Politikwissenschaftler Wichard Woyke spricht deshalb von einem »schlummernden Bereich« des Vertragswerks.

Aus diesem Schlummer erwachen sollte die französisch-deutsche Verteidigungskooperation erst ein Vierteljahrhundert später. 1988 unterzeichneten Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl ein Zusatzprotokoll zum Élysée-Vertrag, das die Gründung eines »Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates« vorsieht. Der Aufgabenkatalog des Rates umfasst die Entwicklung gemeinsamer verteidigungs- und sicherheitspolitischer

Konzepte, eine verstärkte Abstimmung, gemeinsame Manöver und Ausbildung sowie die Aufstellung »gemischter Militäreinheiten«.

Letztere wurde 1989 mit der Indienststellung der »Deutsch-Französischen Brigade« vollzogen, die heute eine Stärke von rund 5.000 Soldaten aufweist, die an Standorten beidseits des Rheins stationiert sind. Neben dem im baden-württembergischen Müllheim liegenden binationalen Brigadestab und einem ebenfalls gemischten Versorgungsbataillon besteht die Brigade aus zwei deutschen Jägerbataillonen und je einem französischen Aufklärungs- sowie Infanterieregiment; die Bundeswehr hat der Brigade zudem dauerhaft ein Artilleriebataillon und eine Pionierkompanie unterstellt. Die Schwerpunktsetzung auf infanteristische Kräfte macht die Brigade zu einem leichten, auf Mobilität und rasche Verlegbarkeit angelegten Großverband, wodurch sie für Einsätze in vielen gegenwärtigen Krisenszenarien eigentlich prädestiniert erscheint.

Tatsächlich kann der Verband zwar auf eine bewegte Geschichte aus Übungen und wiederholten Katastropheneinsätzen, etwa während des Elbhochwassers 2002, zurückblicken. Wenngleich auch kleine Anteile der Brigade bereits verschiedentlich im Rahmen der SFOR-, ISAF- und zuletzt 2009 der KFOR-Mission eingesetzt wurden – ein halbwegs geschlossener Auslandseinsatz des Verbands fand bislang jedoch nicht statt. Zu sehr scheinen sich die nationalen Sicherheitsstrategien und politischen Reaktionen auf internationale Konflikte zwischen Paris und Berlin zu unterscheiden.

Mit der Entsendung größerer Anteile der Brigade zur »European Union Training Mission Mali« (EUTM-Mali) ändert sich das zumindest in Ansätzen. Auftrag der französischen und deutschen Soldaten ist es, durch die Ausbildung und Beratung malischer Streitkräfte zu mehr Stabilität und Sicherheit in der Region beizutragen. Die »Forces Armées et de Sécurité de Mali« sollen so grundlegende Ausbildung und operative Beratung erhalten, um selbst die Stabilität im Land wiederherzustellen. In der EUTM werden, wenngleich die Mandatsobergrenze deutscherseits mit 250 Soldaten noch immer niedrig liegt, erstmals zumindest Anteile mehrerer Verbände der Brigade gemeinsam eingesetzt. So waren seit Beginn der Mission im Februar 2013 Angehörige des Brigadestabes und des Artilleriebataillons 295 sowie seit dem Frühjahr 2014 Kräfte des 110. Infanterieregiments, des Jägerbataillons 292 und des binationalen Versorgungsbataillons in dem Sahel-Land eingesetzt.

Nicht zuletzt durch den Einsatz in Mali ist die Deutsch-Französische Brigade ein Symbol dafür, dass die einstige, vermeintliche »Erbfeindschaft« der beiden Anrainer einem kooperativen Zusammenleben und -wirken gewichen ist, das weit über Sicherheitsbelange und finanzielle Beweggründe hinausgeht. So +



Deutsch-französische Krisendiplomatie: Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und Laurent Fabius, Außenminister Frankreichs, in einem Bundeswehr-Airbus nach einem Besuch in der Republik Moldau, 23. April 2014

Foto: photothek/Michael Gottschalk

wird derzeit zwar immer wieder die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der EU in den Vordergrund gerückt – und die Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre ließ gerade in diesem Bereich viele Bedenken aufkommen. Dass die europäische Integration jedoch nicht zuletzt aus dem Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben in Europa heraus betrieben wurde, gerät allzu oft in Vergessenheit. Dabei ist doch gerade dieser Aspekt ein Grundpfeiler der Erfolgsgeschichte der Europäischen Union, und der Symbolcharakter gemeinsamer Projekte zwischen Frankreich und Deutschland sollte daher nicht unterschätzt werden.

Neben der hohen Symbolträchtigkeit ist gegenwärtig dennoch die Einsparung von Finanzmitteln das wohl am häufigsten ins Feld geführte Argument für eine verstärkte Kooperation. »Für beide Streitkräfte ergeben sich auch in Zeiten knapper Finanzmittel letztlich Vorteile durch die Einsparung von Ressourcen«, sagt Generalleutnant Günter Weiler, der gemeinsam mit Général d'Armée Pierre

de Villiers die Präsidentschaft der französisch-deutschen »Arbeitsgemeinschaft Militärische Zusammenarbeit« inne hat.

Dass Einsparungsziele gleichwohl auch vor der Symbolträchtigkeit der Brigade nicht haltmachen, zeigte sich im Sommer 2014: Das Verteidigungsministerium in Paris hat das 110. Infanterieregiments aus Donaueschingen abgezogen, so dass derzeit kein rein französischer Verband mehr auf deutschem Boden stationiert ist.

Es sind aber nicht nur finanzielle Überlegungen, die eine Vertiefung der Zusammenarbeit nahelegen. Insbesondere in Hinblick auf die Steigerung der operativen Fähigkeiten verspricht der Austausch von Erfahrungen und Expertise große Vorteile. General de Villiers nennt dies »zwischenmenschliche Interoperabilität«. So werden etwa deutsche und französische Soldaten an verschiedenen Standorten in beiden Ländern zusammen trainiert – mittlerweile auch in einer gemeinsamen Grundausbildung –, nehmen an Übungen und Paraden teil oder leisten Katastrophenhilfe. Dies vermag, ganz den Grundgedanken der europäischen Zusammenarbeit entsprechend, das Verständnis für andere Kulturen und Traditionen zu fördern, um so Synergien und eine verbesserte Einsatzfähigkeit zu schaffen.

Trotz all dieser Bemühungen gibt es jedoch noch immer große Hürden in der Zusammenarbeit, die es zu meistern gilt. So existieren beidseits des Rheins ver-

Das größte Hemmnis für eine vertiefte Kooperation bleiben die verschiedenen strategischen Kulturen beidseits des Rheins.

schiedene nationale Sicherheitsstrategien und Selbstbilder. Frankreich definiert seine Außen- und Sicherheitspolitik als Nuklearmacht und ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat stärker über das Militär und zeigt eine weitaus größere Bereitschaft zu militärischen Interventionen. Deutschland hingegen definiert sich als Zivilmacht und traditionell durch militärische Zurückhaltung.

Die sich trotz des umfangreichen gemeinsamen Wertefundaments bisweilen drastisch unterscheidenden Selbstbilder zeigen sich besonders deutlich im Umgang mit internationalen Konflikten. Während Paris beispielsweise Bereitschaft zeigt, militärisch in Syrien einzugreifen, schließt Berlin ein solches Vorgehen aus und stellt politische Maßnahmen und humanitäre Hilfe in den Vordergrund. Dasselbe +

ACHSE BERLIN – PARIS

Bild bot sich 2011 mit Blick auf Libyen, als vor allem die Enthaltung Berlins bei der UN-Abstimmung über die maßgeblich durch Frankreich und Großbritannien getragene Interventionsresolution 1973 in Paris für große Irritation sorgte. Ähnlich gestaltet es sich derzeit bezüglich des Irak: Während Frankreich die USA bei Luftangriffen gegen den so genannten »Islamischen Staat« unterstützt, beschränkt sich Deutschland auf Waffenlieferungen und betont humanitäre Unterstützung.

Neben diesen politischen Hürden hapert es mit einer vertieften Kooperation aber auch aufgrund einiger Schwierigkeiten bei der Implementierung. So erschweren verschiedene Führungsphilosophien und dienstrechtliche Unterschiede noch immer die alltägliche Arbeit der Deutsch-Französischen Brigade. Selbst kulturelle Eigenheiten spielen eine Rolle: So ist den französischen Soldaten zum

le im Klaren sind und es schaffen, gleichberechtigt Einsätze durchzuführen, bei denen beide Nationen dieselbe Verantwortung tragen. Ob dies derzeit in Hinblick auf Mali der Fall ist, darf bezweifelt werden. Bis heute jedenfalls bleibt das Verbandsabzeichen der Deutsch-Französischen Brigade, das die ineinander verschränkten Nationalflaggen der Partnerstaaten zeigt, im Bereich der militärischen Zusammenarbeit noch immer mehr Symbol denn Wirklichkeit. ●●●

Laura Brehme *hat an der Universität Bonn Deutsche, Europäische und Globale Politik studiert und arbeitet jetzt in der Parteizentrale von Bündnis 90/Die Grünen.*

Hendrik W. Ohnesorge *hat ebenso Deutsche, Europäische und Globale Politik in Bonn studiert und promoviert nun am dortigen Center for Global Studies.*

Derzeit sieht es eher danach aus, dass auf dem sicherheitspolitischen Tandem am Ende jeder für sich strampelt.

Mittag ein Glas Wein in der Truppenküche gestattet, was ihren deutschen Kameraden jedoch verwehrt bleibt. Echte Stolpersteine manifestieren sich auf technischer Ebene: Französisches Kriegsgerät benötigt andere Ersatzteile als deutsches und ebenso sind aus praktischen wie dienstrechtlichen Gründen häufig jeweils andere Ausbildungsanteile nötig.

Es bleibt demnach offen, ob die im deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat gesteckten Kooperationsziele erfüllt werden können: gemeinsame militärische Operationen und humanitäre Einsätze durchzuführen, Erfahrungsaustausch voranzutreiben und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Derzeit sieht es doch eher danach aus, dass auf dem sicherheitspolitischen Tandem am Ende jeder für sich strampelt – insbesondere wenn die Fahrt schwieriger wird.

Ob es dieses Tandem schafft, Impulse zu geben, um die europäische Gemeinschaft in eine neue, gemeinsame Richtung zu lenken – hin zu einer verstärkten Absprache und Kooperation in militärischen Einsätzen und gerade auch darüber hinaus – bleibt folglich abzuwarten. Es wird wohl nur dann funktionieren, wenn Paris und Berlin mit gutem Beispiel vorangehen, sich über die gemeinsamen Zie-

Quellen und Links:

[Meldung »Deutsch-französische Brigade nach Mali« von tagesschau.de vom 19. Februar 2014](#)

[Bericht »Ohne uns! ist vorbei« der Zeit vom 31. Januar 2014](#)

[Meldung »Deutsch-französische Freundschaft: Steinmeier und Fabius gemeinsam in Krisengebiete« der Deutschen Welle vom 21. Januar 2014](#)

[Bericht »Sag' zum Abschied leise au revoir« der FAZ vom 24. Oktober 2013](#)

[Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrags vom 22. Januar 2013](#)

[Interview »Die deutsch-französische militärische Zusammenarbeit« mit Generalleutnant Günter Weiler und Général d'armée Pierre de Villiers für das Bundesministerium der Verteidigung vom 17. Januar 2013](#)

[Webpräsenz der Deutsch-Französischen Brigade](#)



Neue Impulse gefragt

Ist wirklich noch ein Sammelband zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nötig? Die Antwort ist ein klares: Ja!

Das fängt ja toll an: »Es steht nicht gut um die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union.« Der von Professor Michael Staack und seinem wissenschaftlichen Mitarbeiter Dan Krause herausgegebene Sammelband beginnt mit einer ernüchternden Bestandsaufnahme: Eine immer noch nicht überwundene Konkurrenzsituation zwischen Nato und EU-Strukturen, das (immer noch) andauernde Fehlen einer gemeinsamen europäischen »strategischen Kultur«, überwiegend geringes und noch dazu abnehmendes Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Themen in den Öffentlichkeiten Europas gepaart mit akuten Finanzierungsproblemen sind nur vier von insgesamt sieben Faktoren, die die Hamburger Politikwissenschaftler in ihrer Einführung dafür identifizieren.

Nun ist die Erkenntnis, dass die »Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (GSVP) der EU nicht besonders gut aufgestellt ist, zwar richtig, aber

keineswegs neu oder besonders innovativ. Im Gegenteil. Seit Jahren beklagt eine kaum noch zu überblickende Schar von Kommentatoren die sicherheitspolitische Impotenz der Union – ist doch das wortgewaltige Bashing des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der EU-Battlegroups oder der Europäischen Rüstungsagentur zum Standardrepertoire studentischer Essays avanciert. Kann da ein weiterer wissenschaftlicher Sammelband zur GSVP überhaupt noch einen Mehrwert bieten?

Kann er. Denn anstatt sich – wie sonst leider oft üblich – in langatmigen Polemiken zu verlieren, liefert das vorliegende Buch eine erfrischend nüchterne und präzise Analyse verschiedener Aspekte europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Dazu trägt sicher auch die Kürze der insgesamt 16 Beiträge bei, die selten mehr als zwanzig Seiten füllen und ihre Autorinnen und Autoren so dazu gezwungen haben, ohne große Vorrede gleich in medias res zu gehen. Klare Fragestellungen, konzise Argumentationsketten und – in fast jedem Beitrag – eine knappe Zusammenfassung am Ende erleichtern nicht nur Lesefaulen die Lektüre. Angenehm fällt zudem ins Auge, dass sich die Autorinnen und Autoren auch sprachlich ins Zeug gelegt haben, um das »Fachchinesisch« auf ein absolutes Minimum zu beschränken und ihre Texte somit auch fachfremden Leserinnen und Lesern zugänglich zu machen.

Allerdings wird beim Lesen der ersten Texte schnell deutlich, dass sich zwischen Redaktionsschluss und Erscheinen des Buches im Frühjahr 2014 in Deutschland und der Welt einige Veränderungen ergeben haben, die der Band naturgemäß nicht mehr aufgreifen konnte: Die neuen Impulse im Feld der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Wechsel von der schwarz-gelben zur Großen Koalition, die Zuspitzung der Lage in Syrien und Irak sowie die Eskalation in der Ukraine sind hier nur die wichtigsten Entwicklungen.

Dass dies aber nicht unbedingt ein Nachteil sein muss, zeigt beispielhaft der hervorragende Beitrag von Kian Kottke zu den Beziehungen zwischen der EU und Russland. In seiner Analyse des »Kooperationsdilemmas« zwischen beiden findet Kottke klare Worte in Richtung Russland, hinterfragt aber gleichzeitig auch die europäische Position auffallend kritisch und weist dabei angenehm unangenehm auf die Fehler beider Seiten in den vergangenen Jahren hin. Geschrieben vor der Eskalation der Ukrainekrise, steht der Beitrag für qualitativ hochwertige Analyse, die auch dann noch Bestand hat, wenn sich die Rahmenbedingungen drastisch verändern. Und auch wenn die von Kottke geschilderten »Aussichten und Auswege« durch die Eskalation in der Ukraine sicherlich von der Zeit überholt wurden, ist die Schlusspassage mit seinen Einschätzungen absolut *à jour*, und sein Beitrag – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Situation – zur aufmerksamen Lektüre ausdrücklich empfohlen.

LITERATUR

Ähnlich aufschlussreich sind auch der Beitrag zum Stand der EU-Mittelmeerpolitik von Gunther Hauser, der recht ernüchternd ausfällt, obgleich er das Flüchtlingsdrama im »Mare Nostrum« nicht einmal aufgreift, oder etwa Dan Krauses Text zu den Herausforderungen und Chancen, die der amerikanische »pivot to Asia« der EU beschert – obwohl und gerade weil diese dort kaum militärisch präsent ist.

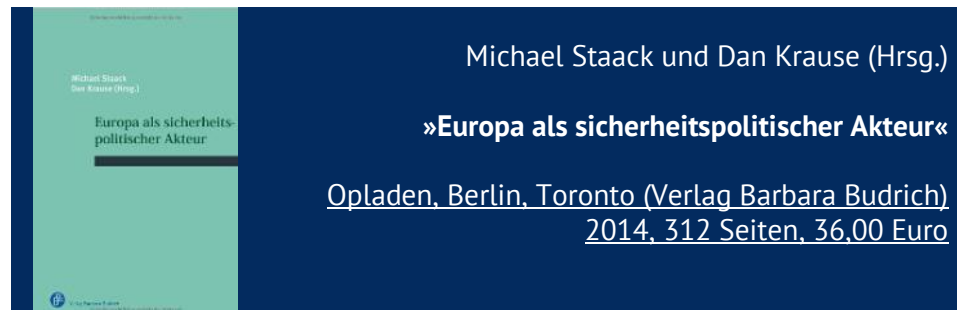
Unter den Beiträgen, die sich mit Deutschlands Rolle innerhalb der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik befassen, stechen wiederum diejenigen von Michael Staack und Nils Müller heraus. Sie heben vor allem auf strukturelle Defi-

Zeitlos hochwertig

zite der deutschen Sicherheitspolitik ab und kritisieren insbesondere das »Fahren auf Sicht« wie auch die Abwesenheit visionärer und auf Langfristigkeit ausgelegter Politik. Die Flurschäden dieser »deutschen Zurückhaltung« behinderten demnach schon jetzt die notwendige Weiterentwicklung der GSVP.

Ein zweiter Teil des Buches versucht mit seinen Beiträgen zu eruieren, ob ein europäisches »zivil-militärisches Weißbuch« die nötigen Impulse für eine gemeinsame strategische Kultur schaffen könnte. Beiträge zur Haltung Polens, Frankreichs und Großbritanniens zeigen in dieser Sektion, dass sich das Fenster für eine pragmatische Weiterentwicklung der GSVP durch ein »Europa der zwei Geschwindigkeiten«, etwa über eine Forcierung des »Weimarer Dreiecks«, zu schließen beginnt. Insbesondere Frankreich und Großbritannien schienen mittlerweile eher auf bilaterale Kooperation außerhalb der EU-Strukturen zu setzen.

Die Frage, ob das »Weißbuch« nun die Antwort auf die Probleme der GSVP sein könnte, kann der Band letztlich zwar nicht klar beantworten, jedoch legt man das Buch mit dem deutlichen Gefühl zur Seite, dass es keinesfalls schaden würde. **doe**



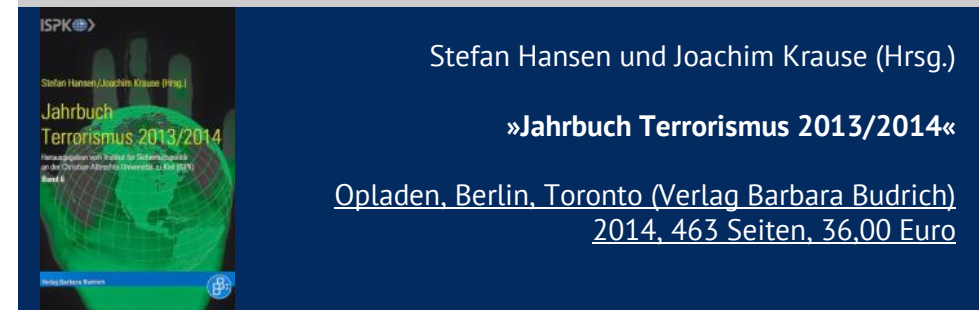
Tödliche Statistiken

Seit 2006 gibt das Kieler Institut für Sicherheitspolitik (ISPK) sein »Jahrbuch Terrorismus« heraus. Auch wenn der Titel »Jahrbuch« angesichts des bisweilen zweijährigen Erscheinungsrhythmus täuscht — die jüngste Ausgabe etwa deckt den Zeitraum 2013 und 2014 ab — so erfüllt die Reihe insgesamt ihren Anspruch, zeitnahe und dennoch umfassende, global relevante Analysen aktueller Trends dieser blutigen Art der politischen Kommunikation zu bieten.

Die Jahrbücher bestehen in der Regel aus fünf Teilen, in denen die Autoren das Phänomen Terrorismus umfassend bearbeiten: ein einleitender Überblick, der auch eine Sammlung »tödlicher Statistiken« bietet, die die Anschläge der beiden Vorjahre samt Opferzahlen detailliert aufführt; ein thematischer Part — von der Rolle deutschstämmiger Islamisten über Rechtsterrorismus bis hin zum Cyberterrorismus reicht die Bandbreite im neuesten Band —, dem wiederum ein geographischer Teil mit Länder- und Regionalanalysen folgt; ein normativ ausgelegter Teil über »Politikfragen« und den Umgang mit terroristischen Fragestellungen; schließlich ein methodischer Part mit Beiträgen zu Ideen und Analysen aus der Forschungslandschaft.

Bei den Beiträgen handelt es sich um wissenschaftliche Aufsätze mit entsprechendem Duktus und Literaturapparat — zum Querlesen oder als Einstiegslektüre sind sie daher kaum geeignet. Für diejenigen aber, die sich wissenschaftlich mit dem Thema Terrorismus beschäftigen wollen, sind die Jahrbücher ein reichhaltiger Themen- und Informationsfundus.

Michael Seibold



ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal, herausgegeben für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH). Der ADLAS erscheint dritteljährlich und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Stefan Dölling
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Stefan Dölling (doe) (V.i.S.d.P.), Sophie Eisentraut (eis), Björn Hawlitschka (haw), Dieter Imme (dim), Philipp Janssen (jap), Christian Kollrich (koll), Johanna Lange (kjl), Marcus Mohr (mmo), Sebastian Nieke (sn), Isabel-Marie Skierka (isk), Stefan Stahlberg (sts), Kerstin Voy (kv)

Layout: mmo

Autoren: Marco Bitschnau, Laura Brehme, Igor Fayler, Sören Granzow, Charlotte Hammer, Manarsha Isaeva, Anne-Kathrin Krauel, Hendrik W. Ohnesorge, Lea Manjana Pecht, Moritz Rudolph, Michael Seibold, Michael Summerer, Matthias Winkler

Danke: Michael Summerer

Copyright: © ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder. ...

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. ...

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

Foto: Oxfam



AUSGABE 3/2014

**Schwerpunkt
UNSER TÄGLICH BROT
Das Recht auf Nahrung**